



Landtag von Baden-Württemberg

93. Sitzung

14. Wahlperiode

Stuttgart, Mittwoch, 5. Mai 2010 • Haus des Landtags

Beginn: 10:03 Uhr

Mittagspause: 11:39 bis 13:15 Uhr

Schluss: 16:36 Uhr

INHALT

Eröffnung – Mitteilungen des Präsidenten	6553	3. Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zur Einführung eines Hinterlegungsgesetzes und zur Änderung landesrechtlicher Vorschriften – Drucksache 14/6094	
Glückwünsche zum Geburtstag des Abg. Wolfgang Stehmer	6553	Beschlussempfehlung und Bericht des Ständigen Ausschusses – Drucksache 14/6237.	6569
Umbesetzungen in verschiedenen Ausschüssen	6553	Abg. Bernd Hitzler CDU	6569
1. a) Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport – Übergangsquoten auf berufliche Gymnasien im kommenden Schuljahr 2010/2011 – Drucksache 14/6037		Abg. Dr. Tobias Brenner SPD	6569
b) Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Fraktion der SPD – Gesetz zur Änderung des Schulgesetzes für Baden-Württemberg – Drucksache 14/6247	6553	Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE	6569
Abg. Claus Schmiedel SPD	6553, 6560	Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP	6570
Abg. Andrea Krueger CDU	6554	Minister Dr. Ulrich Goll.	6570
Abg. Siegfried Lehmann GRÜNE	6556	Beschluss	6571
Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP	6557, 6561	4. Regierungsbefragung	
Ministerin Dr. Marion Schick	6558	4.1 Schulische Bildung von jungen Menschen mit Behinderung – Miteinander in der Vielfalt und Vielfalt im Miteinander	6571
Beschluss	6561	Ministerin Dr. Marion Schick	6572, 6573, 6574, 6575, 6576
2. Aktuelle Debatte – Die Auswirkungen der Krise in Griechenland auf Baden-Württemberg und die politische Verantwortung des Landes – beantragt von der Fraktion GRÜNE	6561	Abg. Dr. Birgit Arnold FDP/DVP.	6573, 6575
Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE	6562	Abg. Andreas Hoffmann CDU	6573, 6575
Abg. Joachim Kößler CDU	6563	Abg. Norbert Zeller SPD	6573, 6576
Abg. Peter Hofelich SPD	6565	Abg. Renate Rastätter GRÜNE	6574
Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP	6566	4.2 Privater Waffenbesitz	6576
Minister Willi Stächele.	6567	Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE	6576
		Minister Dr. Ulrich Goll	6577, 6579, 6580, 6581
		Abg. Katrin Altpeter SPD.	6578
		Abg. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP	6579
		Abg. Ilka Neuenhaus GRÜNE	6580
		Abg. Rainer Stickelberger SPD	6581
		Abg. Werner Wölfle GRÜNE	6582
		Minister Heribert Rech	6582

5. Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Fraktion GRÜNE – **Gesetz zur Änderung des Landesjagdgesetzes** – Drucksache 14/6150 6583
- Abg. Reinhold Pix GRÜNE 6583, 6586
 Abg. Paul Locherer CDU 6584
 Abg. Alfred Winkler SPD 6584, 6587
 Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP 6585
 Minister Rudolf Köberle 6586
 Beschluss 6587
6. Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport – **Umgang mit kritischen Schulleitern und Lehrkräften** – Drucksache 14/4073 6588
- Abg. Norbert Zeller SPD 6588, 6594
 Abg. Volker Schebesta CDU 6589
 Abg. Renate Rastätter GRÜNE 6590
 Abg. Dr. Birgit Arnold FDP/DVP 6591
 Ministerin Dr. Marion Schick 6593
 Beschluss 6594
7. a) Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst – **Vollständiger Ersatz der durch die neue Geschwisterregelung bei der Befreiung von den Studiengebühren entstandenen Einnahmeausfälle an unseren Hochschulen** – Drucksache 14/4115
- b) Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst – **Sachstand Studiengebühren im Sommersemester 2009** – Drucksache 14/4469 6595
- Abg. Johannes Stober SPD 6595, 6604
 Abg. Paul Locherer CDU 6597
 Abg. Theresia Bauer GRÜNE 6598
 Abg. Dietmar Bachmann FDP/DVP 6600
 Minister Dr. Peter Frankenberg 6601
 Beschluss 6604
8. Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Wirtschaftsministeriums – **Förderung der Weiterbildung während Kurzarbeit aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds** – Drucksache 14/4117 6604
- Abg. Rudolf Hausmann SPD 6604, 6608
 Abg. Katrin Schütz CDU 6606
 Abg. Edith Sitzmann GRÜNE 6607
 Abg. Beate Fauser FDP/DVP 6608
 Staatssekretär Richard Drautz 6609
 Beschluss 6610
- Nächste Sitzung 6610
- Anlage
 Vorschlag der Fraktion der CDU – Umbesetzungen in verschiedenen Ausschüssen 6611

Protokoll

über die 93. Sitzung vom 5. Mai 2010

Beginn: 10:03 Uhr

Präsident Peter Straub: Meine Damen und Herren! Ich eröffne die 93. Sitzung des 14. Landtags von Baden-Württemberg und begrüße Sie.

Urlaub für heute habe ich den Herren Abg. Hollenbach und Schneider erteilt.

Krankgemeldet sind Frau Abg. Dr. Unold, Frau Abg. Rudolf und Herr Abg. Braun.

Aus dienstlichen Gründen entschuldigt haben sich Herr Ministerpräsident Mappus

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Was?)

und Herr Minister Professor Dr. Reinhart.

Meine Damen und Herren, heute hat unser Kollege Stehmer Geburtstag. – Im Namen des Hauses gratuliere ich Ihnen herzlich und wünsche Ihnen alles Gute.

(Beifall bei allen Fraktionen – Abg. Wolfgang Drexler SPD: 1951! – Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Wo gibt es den Umtrunk?)

Meine Damen und Herren, auf Ihren Tischen finden Sie eine Vorschlagsliste der Fraktion der CDU für Umbesetzungen in verschiedenen Ausschüssen. Ich stelle fest, dass Sie den vorgeschlagenen Umbesetzungen zustimmen. – Es erhebt sich kein Widerspruch. Dann ist es so beschlossen.

Eine Zusammenstellung der **E i n g ä n g e** liegt Ihnen ebenfalls vor. Sie nehmen davon Kenntnis und stimmen den Überweisungsvorschlägen zu. – Auch hiergegen erhebt sich kein Widerspruch. Es ist so beschlossen.

*

Im Eingang befinden sich:

1. Mitteilung der Landesregierung vom 30. März 2010 – 17. Bericht der Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs der Rundfunkanstalten – Drucksache 14/6240

Überweisung an den Ständigen Ausschuss

2. Mitteilung der Arbeitsgemeinschaft der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten der Bundesrepublik Deutschland (ARD) vom 27. April 2010 – Information der Landesparlamente über die wirtschaftliche und finanzielle Lage der Landesrundfunkanstalten der ARD – Drucksache 14/6292

Überweisung an den Ständigen Ausschuss

3. Mitteilung des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst vom 4. Mai 2010 – Kultur 2020. Kunstpolitik in Baden-Württemberg – Drucksache 14/6232

Überweisung an den Ausschuss für Schule, Jugend und Sport und federführend an den Ausschuss für Wissenschaft, Forschung und Kunst

*

Wir treten in die Tagesordnung ein.

Ich rufe **Punkt 1** der Tagesordnung auf:

a) Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport – Übergangsquoten auf berufliche Gymnasien im kommenden Schuljahr 2010/2011 – Drucksache 14/6037

b) Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Fraktion der SPD – Gesetz zur Änderung des Schulgesetzes für Baden-Württemberg – Drucksache 14/6247

Das Präsidium hat folgende Redezeiten festgelegt: für die Begründung fünf Minuten, für die Aussprache fünf Minuten je Fraktion.

Das Wort zur Begründung erteile ich Herrn Abg. Schmiedel.

Abg. Claus Schmiedel SPD: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, verehrte Frau Ministerin Schick! Heute streiten wir nicht um grundsätzliche neue Weichenstellungen in der Bildungspolitik, nicht um eine Schulstrukturreform, sondern heute geht es schlicht um die Frage, ob die Regierung ihren eigenen Ansprüchen in der Bildungspolitik gerecht wird. Um das Ergebnis gleich vorwegzunehmen: Sie bleiben weit, weit hinter Ihren eigenen Ansprüchen zurück.

(Beifall bei der SPD – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Sehr gut! Guter Einstieg! – Abg. Peter Hauk CDU: Aber Sie identifizieren sich immerhin damit!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, was kann man sich in einer Bildungslandschaft mehr wünschen, als dass junge Menschen nach einem mittleren Bildungsabschluss, nach der Fachschulreife noch einmal durchstarten und sagen: „Wir wollen mehr; wir wollen die Hochschulreife, möglicherweise studieren, Ingenieurwesen oder anderes.“? Was kann man sich mehr wünschen? 27 000 junge Menschen in Baden-Württemberg wünschen sich dies für das nächste Schuljahr.

Was, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist enttäuschender, als wenn ein Drittel dieser jungen Menschen, die bildungsmäßig

(Claus Schmiedel)

durchstarten wollen, vor verschlossenen Türen stehen bleiben, nicht weil sie die Voraussetzungen nicht erfüllten, sondern weil Sie ihnen den Zutritt verwehren?

(Beifall bei der SPD)

Wie oft hören wir wie eine Gebetsformel von Ihnen: „Kein Abschluss ohne Anschluss.“ Tibetanische Gebetsmühle bei jeder Debatte: „Kein Abschluss ohne Anschluss.“

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Vorsicht mit ausländischen Bezügen! Sonst müssen Sie sich morgen wieder entschuldigen!)

Für ein Drittel der Realschüler und Realschülerinnen ist das ein leeres Versprechen. Man fragt sich, weshalb Sie ausgerechnet bei den beruflichen Gymnasien, diesem Vorzeigemodell der baden-württembergischen Bildungslandschaft, deckeln, weshalb Sie jungen Menschen den Weg dahin verwehren. Die Zusage, die Sie auch bei der Einführung des G 8 gegeben haben – „Wer sich bis zur Hochschulreife mehr Zeit lassen will, hat die Möglichkeit, sie über die Realschule und die Oberstufe der beruflichen Gymnasien zu erreichen“ –, ist ein hohles Versprechen für ein Drittel der Realschüler und Realschülerinnen. Das ist eine enorme Menge.

Deshalb erwarten wir, Frau Ministerin Schick, dass Sie sich diesem Thema stellen, dass Sie Schluss machen mit der Politik Ihres Amtsvorgängers, sich die Realität schönzureden, sich selbst in die Tasche zu lügen, als gäbe es da kein Problem, als löse sich das irgendwie von selbst auf. Wir haben die Zahlen abgefragt, wir haben die Zahlen regierungsamtlich bestätigt bekommen. Es ist wirklich ein erheblicher Teil von jungen Leuten, denen das Durchstarten in der Bildung, denen der Aufstieg durch Bildung verwehrt bleibt.

Ich sage es ganz deutlich: Wenn der Wechsel an der Spitze des Kultusministeriums mehr sein soll als der Wechsel von einem bildungspolitischen Griesgram zu einem netten Gesicht, dann müssen Sie schönen Worten auch Taten folgen lassen.

(Beifall bei der SPD – Abg. Karl Zimmermann CDU: Geschmacklos! – Abg. Dieter Hillebrand CDU: Das ist unverschämt!)

Dann kann es nicht damit sein Bewenden haben, dass man sagt: „Wir sprechen miteinander, wir hören zu, wir gehen aufeinander zu, zwischen uns allen herrscht Harmonie.“ Vielmehr wollen wir Fakten sehen. Wir machen einen Vorschlag, wie wir das Dilemma an den Oberstufen der beruflichen Gymnasien lösen können. Wir machen einen konkreten Vorschlag, wie wir es schaffen, dass alle jungen Menschen, die durchstarten wollen, die die Hochschulreife erreichen wollen, auch eine Chance dazu bekommen.

Denn, liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist ja nicht so, dass wir damit nur etwas für die jungen Menschen tun. Sie haben Anspruch auf ein Bildungsangebot, aber auch wir sind darauf angewiesen. Wir wissen, was der demografische Wandel mit sich bringt. Wir wissen, dass sich ein Fachkräftemangel abzeichnet. Wir wissen schon heute um den Ingenieurmangel. Gerade von den Technischen Gymnasien kommen ganz viele Absolventen, die schließlich eine Ingenieurlaufbahn einschlagen.

Greifen Sie unseren Vorschlag auf. Lassen Sie uns einen gemeinsamen Neustart für die beruflichen Gymnasien machen. Lassen Sie uns die überfällige Gleichstellung mit den allgemeinbildenden Gymnasien beschließen, und lassen Sie uns allen jungen Menschen, die über die mittlere Reife auch die Hochschulreife erreichen wollen, diesen Weg nicht nur ermöglichen, sondern auch garantieren.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Präsident Peter Straub: Das Wort erteile ich Frau Abg. Krueger.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Noch ein Wechsel vom Griesgram zum netten Gesicht! – Heiterkeit – Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Da gibt es noch einmal eine Rolle rückwärts!)

Abg. Andrea Krueger CDU: Vielen Dank, Herr Kollege Rülke. – Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Lieber Herr Schmiedel, Sie haben heute einen konkreten, aber leider untauglichen Vorschlag gemacht.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP – Abg. Klaus Herrmann CDU: Wie immer! – Abg. Jörg Döpfer CDU: Er bleibt sich treu!)

Ich frage mich zum wiederholten Mal – ich darf daran erinnern, dass auch ein Antrag von Herrn Kaufmann auf der heutigen Tagesordnung steht; auch den kennen wir; er kommt alle Jahre wieder, wie ein Wiedergänger –:

(Abg. Marianne Wonnay SPD: Ist das kein wichtiges Thema?)

Welches Weltbild haben Sie eigentlich? Welches Menschenbild steht hinter dem, was Sie hier sagen?

(Abg. Gunter Kaufmann SPD: Quatsch mit Soße!)

Sie haben vorhin von „Durchstarten“ gesprochen: Beginnt für Sie der Mensch erst beim Abitur? Warum nicht gleich beim Doktorhut oder beim Nobelpreis?

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Bravo! Sehr gut! – Abg. Reinhold Gall SPD: Was soll denn der Unsinn? – Zuruf der Abg. Marianne Wonnay SPD)

Richtig ist, dass nach dem Abgleich der Bewerberzahlen rund 60 bis 70 % der Bewerber als tatsächliche Bewerber für einen Platz an den beruflichen Schulen, an den beruflichen Gymnasien übrig bleiben. Woher aber wollen Sie wissen, dass die anderen rund 30 % die duale Ausbildung – so, wie Sie das immer darstellen – nur als zweite Wahl empfinden?

(Zuruf von der CDU: Sehr gut!)

Woher beziehen Sie dieses Wissen?

(Zurufe der Abg. Norbert Zeller und Gunter Kaufmann SPD)

Könnte es nicht auch so sein, dass junge Menschen ihre Entscheidungen durchaus rational treffen und bis heute davon

(Andrea Krueger)

überzeugt sind, dass z. B. auch das Handwerk goldenen Boden hat?

(Abg. Reinhold Gall SPD: Wir reden doch von denen, die sich bewerben! – Zuruf des Abg. Claus Schmiedel SPD)

Denken Sie etwa nur an die Aussage, die das IW, das Institut der deutschen Wirtschaft Köln, am 29. April 2010 zum Thema Handwerk getroffen hat:

In der schwersten Wirtschaftskrise der Bundesrepublik hat sich das Handwerk als Stabilitätsanker erwiesen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Auch das kann ein Grund für junge Menschen sein, den Weg in die duale Ausbildung zu suchen und zu finden.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Das ist doch völlig unstrittig! – Zuruf des Abg. Gunter Kaufmann SPD)

Denken Sie deswegen einmal darüber nach, ob Ihr Bild von jungen Menschen und von Menschen insgesamt eigentlich richtig ist.

Wir von der CDU sind sehr froh darüber – ich bin sicher, auch die Wirtschaft in Baden-Württemberg ist dies –, dass es nach wie vor eine große Zahl junger Menschen gibt, die diesen Weg einschlagen. Auch das heißt Durchstarten in eine erfolgreiche Berufswelt,

(Beifall der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

und das ist gut für unsere Wirtschaft.

Aber nun zu Ihrem Gesetzentwurf. Immerhin finden sich in der Begründung zwei richtige Aussagen. Das ist schon einmal etwas.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Nicht so überheblich!)

Erstens ist dies die Aussage, dass die Durchlässigkeit unseres Bildungssystems von zentraler Bedeutung ist. Das ist wohl wahr. Das ist richtig.

(Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Gut erkannt!)

Genau deshalb verfolgen wir in unserer Bildungspolitik die Devise: Kein Abschluss ohne Anschluss.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Schon wieder Wolkenkuckucksheim! – Abg. Ursula Haußmann SPD: Oje!)

Das Zweite, was Sie richtigerweise festgestellt haben, ist, dass die beruflichen Gymnasien zu Recht als vorbildliche Einrichtungen gelten – und zwar als bundesweit vorbildlich; das möchte ich ergänzen. Mancher Schulleiter in einem SPD-regierten Bundesland wäre froh, er dürfte Schulleiter in Baden-Württemberg sein

(Abg. Reinhold Gall SPD: Das glaube ich eher nicht! – Zuruf von der SPD: Namen!)

– aber sicher –, an einer Schule, die integrativ und leistungsstark ist und die durchaus auch als Garant für die Durchlässigkeit des Systems für Bildungsgerechtigkeit sorgt. Ich finde es zunächst einmal schön, dass Sie das auch erkannt haben.

Damit sind wir aber mit dem, was richtig ist, leider auch schon am Ende.

(Zuruf des Abg. Reinhold Gall SPD)

Allein schon mit Blick auf Ihre Behauptung, durch die Umsetzung dessen, was Sie mit Ihrem Gesetzentwurf fordern, werde der Landeshaushalt jährlich mit 5 Millionen € belastet, frage ich mich allen Ernstes: Wo haben Sie Rechnen gelernt? In einem beruflichen Gymnasium in Baden-Württemberg jedenfalls kann es nicht gewesen sein.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Es ist relativ einfach: Wenn man den Dreisatz beherrscht, kann man feststellen, dass die Absenkung des Klassenteilers von 32 auf 31 an den beruflichen Gymnasien in Baden-Württemberg zum kommenden Schuljahr rund 50 neue Klassen und damit zusätzliche Plätze in einer Größenordnung von 1 600 Plätzen erfordert.

Wenn man dann aber in den Haushalt schaut, wird man auch feststellen, dass dies im Endausbau gut 11 Millionen € kostet. Jetzt würde ich einmal sagen: Das ist auch noch wenig. Aber nach Ihrem Gesetzentwurf müsste man mindestens 120, vielleicht auch 150 neue Schulklassen einrichten. Dann bewegen wir uns keineswegs bei einem Volumen von 5 Millionen €, sondern redeten über 27 Millionen € oder gar 36 Millionen €. Das, meine Damen und Herren, ist schon ein „geringfügiger“ Unterschied.

(Abg. Renate Rastätter GRÜNE: Das stimmt nicht!)

– Das stimmt schon. Sie wissen genau, dass man pro Klasse 4,5 Deputate braucht und dass Sie ein Deputat mit 50 000 € veranschlagen müssen. Wenn Sie das hochrechnen, kommen Sie auf 27 bis 36 Millionen €.

Ich finde schon das gut, was wir bisher getan haben. Wir haben uns in den vergangenen Debatten, auch bei Antragsberatungen im Landtag, immer dazu bekannt, dass wir die beruflichen Gymnasien ausbauen wollen, und dies tun wir auch.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Ursula Haußmann SPD: Was ist mit den Lehrern und Lehrerinnen?)

Man muss aber natürlich sehen – Stichwort Lehrer, völlig richtig –: Man kann den Ausbau nicht beliebig weit treiben, und man kann ihn nicht über einen solchen Gesetzentwurf betreiben, weil auch erst einmal die Lehrer da sein müssen. Das wissen Sie so gut wie wir.

Ich will noch einmal darauf hinweisen: Über 11 Millionen € für die Klassenteilerabsenkung aufzubringen ist angesichts der derzeitigen Wirtschafts- und Finanzkrise schon eine enorme Leistung.

(Andrea Krueger)

Eine kleine Bemerkung am Rande: Was, glauben Sie, würden denn die Schulträger zu Ihrem Gesetzentwurf sagen? Wenn wir nur von 150 zusätzlichen Klassen ausgehen, bedeutet das für die Schulträger 450 zusätzliche Klassenzimmer plus Funktionsräume. Mich würde interessieren, was Ihr Parteikollege Ivo Gönner dazu meint.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/
DVP)

Präsident Peter Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Lehmann.

Abg. Siegfried Lehmann GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Vor zwei Jahren hat unsere Fraktion hier einen Antrag eingebracht, wonach jungen Menschen mit mittlerer Reife ein Rechtsanspruch auf einen Platz in einem beruflichen Gymnasium gewährt werden soll. Ein Jahr später – nämlich im letzten Jahr – hatten wir im Landtag eine Debatte über dieses Thema. Zu unserem Antrag wurde dann ein Änderungsantrag der Regierungskoalition eingebracht. Man wollte über die Einführung dieses Rechtsanspruchs und über die Erhöhung der Zahl der Klassen nicht abstimmen. Vielmehr wurde der Antrag eingereicht – ich zitiere –,

die Landesregierung zu ersuchen, den kontinuierlichen und bedarfsgerechten Ausbau der beruflichen Gymnasien im Rahmen der Möglichkeiten, unter Berücksichtigung der Erfordernisse des dualen Systems, fortzuführen.

Man hat sich also auch im letzten Jahr darum gedrückt. Man hat lediglich 30 zusätzliche Klassen eingerichtet, um den Bedarf aufgrund des doppelten Zugangsjahrgangs aus den Gymnasien zu decken. Aber man hat das Problem, dass die mittlere Reife für junge Menschen zunehmend eben kein Abschluss mit Anschluss ist, nicht gelöst. Ich würde sagen, die Telekom hat entsprechende Antworten darauf: Bei beruflichen Gymnasien gilt für viele, nämlich für ein Drittel der Bewerber, die die Voraussetzungen für eine Aufnahme erfüllen: „Kein Abschluss unter dieser Nummer.“ Das ist die Losung, die Sie hier ausgeben.

Das ist ein unhaltbarer Zustand, und zwar deswegen, weil Sie immer wieder von Bildungsgerechtigkeit sprechen, dies aber nicht einlösen. Bildungsgerechtigkeit heißt: Wenn Sie zu Ihrem dreigliedrigen Schulsystem stehen, dann müssen Sie auch dafür Sorge tragen, dass die Anschlüsse funktionsfähig werden. Das heißt, wer einen mittleren Bildungsabschluss und die Qualifikation dafür hat, dem muss der Hochschulzugang auch über den direkten Weg über ein berufliches Gymnasium ermöglicht werden.

(Zuruf der Abg. Andrea Krueger CDU)

Wir haben in diesem Jahr wieder 27 000 Bewerber. Die Situation hat sich überhaupt nicht entspannt. Wir müssen wieder feststellen, dass sich, obwohl Sie im letzten Jahr ein wenig ausgebaut haben, im Wesentlichen nichts verändert hat. Ich möchte Ihnen ein paar Zahlen nennen, die das verdeutlichen:

Allein im Regierungsbezirk Stuttgart bekommen 41 % der Bewerber keinen Platz an einem beruflichen Gymnasium. Im

Landkreis Biberach sind es über 40 %, die keinen Platz erhalten. Gerade in den ländlichen Räumen – das wissen Sie sehr genau –, wo die Bildungsübergänge nach Ihren Vorstellungen noch einigermaßen funktionieren – sehr hoher Zuspruch für die Realschule, relativ hoher Zuspruch auch noch für die Werkrealschule und die Hauptschule –, finden die jungen Leute keinen Anschluss, wenn sie in ihrer Bildungsbiografie einen Schritt weiter gehen wollen. Das ist ein Problem.

Das Kostenargument, das Sie aufgeführt haben, ist eigentlich keines. Bei uns gilt eine Schulpflicht bis zum 18. Geburtstag.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Da müssen alle bis 18 in die Schule!)

Jeder junge Mensch mit mittlerer Reife muss, wenn er keinen Ausbildungsplatz hat, in eine berufliche Schule gehen.

(Zuruf)

– Das ist der Fall. Und wo gehen die jungen Leute hin? Die gehen dann in die Berufskollegs, weil sie an den beruflichen Gymnasien keinen Platz bekommen. Dort erhalten sie dann über zwei Jahre hinweg eine Ausbildung, die hinterher jedoch nicht anerkannt wird. Das ist – das muss ich Ihnen sagen – wirtschaftspolitisches Missmanagement, aber keine Bildungspolitik.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

In diesen Tagen sind die Zahlen zur Ausbildungssituation bekannt gegeben worden: Die Zahl der Ausbildungsplätze ging in Baden-Württemberg um 3,9 % zurück, während die Zahl der Bewerber um Ausbildungsstellen um 2,4 % anstieg.

Ihre Antwort hierauf ist einfach: Wir gleichen das durch die Absenkung des Klassenteilers aus.

(Abg. Andrea Krueger CDU: 1 600 Schulplätze zusätzlich!)

– Das ist schön und gut. Im Prinzip ist das aber nur ein Vollziehen dessen, was Sie durch die Absenkung des Klassenteilers ohnehin vorgesehen haben.

(Zuruf der Abg. Andrea Krueger CDU)

Das führt aber nicht dazu, dass die jungen Menschen wirklich mehr Chancen haben, in eine qualifizierte Ausbildung hineinzukommen. Das ist ein Armutszeugnis. Das muss ich Ihnen sagen.

(Beifall bei den Grünen)

Wir wissen, dass in Baden-Württemberg 18 000 Ingenieure fehlen. Die Absolventen beruflicher Gymnasien – jeder dritte Schüler an den beruflichen Gymnasien besucht ein Technisches Gymnasium – sind eigentlich genau diejenigen, die wir in diesem Bereich brauchen, um in Zukunft tatsächlich wirtschaftlich bestehen zu können. Da kann ich – wir haben vor Kurzem eine Enquetekommission zu diesem Thema eingesetzt – nicht verstehen, dass man im Hier und Jetzt zögerlich ist, dass man jungen Menschen Ausbildungsmöglichkeiten versperrt, die Zukunftschancen bieten könnten. Das ist sträf-

(Siegfried Lehmann)

lich. Man muss jetzt handeln und darf nicht erst in der Zukunft handeln.

Frau Krueger, Sie haben in der letzten Woche im Rahmen der Enquetekommission eine Erklärung unter der Überschrift „Berufliche Schulen sind Garanten für die Bildungsgerechtigkeit in Baden-Württemberg“ abgegeben. Das kann ich unterschreiben. Man muss hierfür aber auch die geeignete Politik machen und qualifizierten Jugendlichen einen Rechtsanspruch auf einen Platz an beruflichen Gymnasien einräumen.

Danke.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Präsident Peter Straub: Das Wort erteile ich Frau Abg. Berroth.

Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es ist kein angenehmes Thema, über das wir heute hier zu diskutieren haben.

(Abg. Siegfried Lehmann GRÜNE: Leider!)

Denn, Frau Ministerin Schick, ich bin mir völlig darüber im Klaren, dass Sie persönlich überhaupt nichts für diese Situation können.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Doch! Sie kann sie ändern!)

Aber unerfreulich ist diese Situation trotzdem in großem Maß.

Einerseits motivieren wir junge Menschen zu Bildungsanstrengungen. Ich hoffe, dass auch aus den Werkrealschulen, gerade im ländlichen Raum, durchaus Absolventen kommen, denen aufgrund ihrer Leistungen der Weg in ein berufliches Gymnasium offensteht. Wir dürfen aber andererseits nicht 35 % derer, die diesen Weg gehen wollen, zurückschicken. Das ist nicht in Ordnung.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Sehr gut! – Abg. Walter Heiler SPD: Stimmen Sie dann zu? Sie sollten zustimmen!)

Ich kann sehr wohl nachvollziehen, wie sich all die Eltern und Schüler fühlen, die fast ein halbes Jahr lang auf einer Warteliste stehen und nicht wissen, ob der Wechsel auf das berufliche Gymnasium klappt oder nicht. Mein eigener Sohn hat das mitgemacht.

(Zurufe von der SPD: Aha! – Abg. Claus Schmiedel SPD: Frau Krueger, zuhören! – Abg. Walter Heiler SPD: Also stimmt die FDP/DVP zu! Dann können wir die Debatte beenden, Frau Krueger!)

Inzwischen ist er als Elektroingenieur in der Automobilindustrie tätig, denn er hat die Zulassung bekommen. Das jedoch würde ich mehr jungen Menschen wünschen.

Deswegen bitte ich Sie, Frau Ministerin Schick, alles daranzusetzen, dass wir es wirklich schaffen, in absehbarer Zeit allen jungen Menschen, die die entsprechende Befähigung haben, einen Platz an einem beruflichen Gymnasium zu sichern.

(Beifall bei der FDP/DVP, der SPD und den Grünen)

Allerdings ist der Weg, den die Opposition dazu vorschlägt, nun wirklich grottenfalsch.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU – Lebhafter Widerspruch bei der SPD – Abg. Claus Schmiedel SPD: Was soll denn das? Unglaublich!)

Sie sollten eigentlich aus der noch gar nicht so lang zurückliegenden Vergangenheit gelernt haben. Morgen werden wir über Kommunalfinanzen diskutieren, und morgen werden wir über die Folge der vielen Rechtsansprüche diskutieren, die die rot-grüne Bundesregierung zulasten der Kommunen auf den Weg gebracht hat und die diese jetzt nicht schultern können. Das heißt, ein Rechtsanspruch allein hilft überhaupt nicht. Nein, es bedarf der richtigen organisatorischen Gestaltung und des Willens, solches umzusetzen.

Nun zu der Frage, was das Ganze denn kosten könnte oder müsste. Es wird – da gebe ich dem Kollegen Lehmann recht – nicht viel mehr kosten, weil man diese Schüler bis 18 Jahre sowieso beschulen muss. Ob sie jetzt in einer Vollzeitschule im beruflichen Gymnasium oder in einer Vollzeitschule im Berufskolleg sind, das wird sich finanziell nicht viel nehmen – in Bezug auf die Räume übrigens auch nicht.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Ja, warum dann keinen Rechtsanspruch?)

Man könnte die Ressourcen auch von ganz woanders holen, wenn nämlich unsere allgemeinbildenden Schulen es schaffen, den Anteil der ausbildungsreifen Abgänger zu erhöhen. In dieser Hinsicht besteht, glaube ich, durchaus eine Chance. Dann wäre Lehrerpotenzial frei, das man an diesem sehr sinnvollen Ort, dem beruflichen Gymnasium, einsetzen könnte.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Reinhold Gall SPD)

Eines ist mir wirklich wichtig: Allein durch ein Gesetz ist da gar nichts getan. Der heilige Besitzstand und der gesicherte Rechtsanspruch werden unser Staatswesen noch einmal zugrunde richten,

(Lachen bei Abgeordneten der SPD und der Grünen)

weil Menschen suggeriert wird: „Das steht euch zu“, ohne dazuzusagen: „Ihr müsst das dann auch bezahlen.“ Ein großer Teil der Menschen, die schließlich merken, dass sie das dann bezahlen müssen, stellen plötzlich nicht mehr solche Forderungen nach einem Rechtsanspruch, sondern überlegen, ob sie so etwas wirklich brauchen. Das trifft für diesen Fall hier nicht zu, aber generell ist dieses Rechtsanspruchsgebaren ...

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Peter Straub: Frau Abg. Berroth, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Lehmann?

Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: ... – nicht unbedingt mitten im Satz –

(Heiterkeit)

nun wirklich das Grottenfalsche. Damit kommen wir nicht weiter. Wir kommen weiter, wenn die Schulverwaltung einsehen, dass die Schaffung von mehr Plätzen hier die einzig richtige Lösung ist.

(Heiderose Berroth)

Eines muss ich noch sagen – ich bin auch finanzpolitische Sprecherin meiner Fraktion –: Ich habe es bisher nicht für nötig gehalten, wenn mir der Entwurf eines Hauses vorgelegt wurde, zu fragen: Könnt ihr denn mit diesen Stellen auch eure Aufgaben richtig erfüllen? Künftig werde ich das leider tun müssen.

(Beifall bei der FDP/DVP – Lachen bei Abgeordneten der SPD)

Präsident Peter Straub: Das Wort erteile ich der Ministerin für Kultus, Jugend und Sport, Frau Professorin Dr. Schick.

Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Dr. Marion Schick: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Abg. Schmiedel, Sie haben zu Beginn der Debatte das Versprechen abgegeben, dass es heute einmal nicht um die übliche Schulstrukturdebatte gehen soll. Leider ist im Verlauf der Debatte das zweite Megaendlosthema wieder gestreift worden, das einen aber richtig ärgern kann: Das ist das Thema „Abwertung aller Abschlüsse, bei denen nicht Abitur draufsteht und das Gymnasium nicht der Erlangungsort ist“.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Widerspruch bei der SPD)

Wenn hier an diesem Pult davon gesprochen wird, ein Berufskollegabschluss sei nicht anerkannt, dann zeugt das von profunder Unkenntnis.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Claus Schmiedel SPD: Wer hat denn das gesagt?)

Wir erreichen mit den Berufskollegabschlüssen die Fachhochschulreife.

Vorhin wurde von Ihnen ins Feld geführt, künftig fehle es an Fachkräften im MINT-Bereich. Meine Damen und Herren, es tut mir leid, aber man muss einfach Fakten zur Kenntnis nehmen, auch wenn sie einem nicht passen. 70 % der Ingenieure, die im MINT-Bereich arbeiten, werden an den Fachhochschulen „produziert“. Wenn Sie sagen, ein Berufskollegabschluss sei kein anerkannter Abschluss, muss ich Sie doch noch einmal bitten, Nachhilfe in Anspruch zu nehmen und sich dies näher anzuschauen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Zurufe von der SPD und den Grünen – Glocke des Präsidenten)

Präsident Peter Straub: Frau Ministerin, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Lehmann?

Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Dr. Marion Schick: Nein, jetzt nicht; später.

Herr Präsident, meine Damen und Herren, 31 % – –

(Unruhe)

– Es hilft nichts. Sie müssen auch einmal zuhören. Es hilft nichts, auch wenn es nicht das ist, was Sie hören wollten.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Zuruf von der CDU: Genau!)

Ein Drittel aller Schüler in Deutschland, die ein berufliches Gymnasium besuchen, sind Baden-Württemberger, obwohl

der Anteil in der betreffenden Altersgruppe in Deutschland zwischen 12 und 14 % liegt. So viel als Antwort auf die Forderung, wir müssten in diesem Bereich endlich etwas tun.

(Abg. Dr. Frank Mentrup SPD: Ist das viel?)

Meine Damen und Herren, Sie haben es verschlafen oder nicht mitbekommen:

(Abg. Jörg Döpfer CDU: Verschlafen!)

Wir haben hier in den letzten Jahren eminent viel getan.

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: „Eminent“!)

Ich darf Ihnen das alles noch einmal aufzählen

(Unruhe – Zuruf: Zuhören!)

– selbst dann, wenn Sie nicht zuhören wollen. Sie müssten es dann im Protokoll nachlesen; es steht ja dann im Protokoll.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP – Lachen der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

In den vergangenen Jahren stieg in Baden-Württemberg die Zahl der Schüler und Schülerinnen an den beruflichen Gymnasien um ein Drittel.

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Sie können Ihre Rede zu Protokoll geben!)

Im gleichen Umfang haben sich die Zahl der Lehrerdeputate und die Zahl der Klassen erhöht. Das heißt, wir haben hier den Ausbau selbstverständlich vollzogen.

Wir haben im letzten Schuljahr über 100 zusätzliche Deputate in dieses System hineingegeben. Wir haben im letzten Schuljahr 15 neue Standorte für sozialwissenschaftliche Gymnasien eingerichtet.

(Abg. Norbert Zeller SPD: Aber Sie haben andere gestrichen!)

Wir werden in diesem Schuljahr weitere 15 Standorte für sozialwissenschaftliche Gymnasien einrichten.

(Zuruf von der CDU: Sehr gut!)

Noch vor einigen Jahren hatten die Schüler und Schülerinnen in diesem Schulbereich nur zwischen fünf Möglichkeiten zu wählen. Heute können sie zwischen neun unterschiedlichen Typen wählen.

(Abg. Siegfried Lehmann GRÜNE: 8 000 Plätze fehlen!)

Meine Damen und Herren, verlassen Sie doch endlich Ihre rein quantitativ-planwirtschaftlich definierte Diskussionsebene.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Lachen bei der SPD und den Grünen – Oh-Rufe von der SPD – Abg. Reinhold Gall SPD: Schon jetzt das Niveau von Herrn Rau! Meine Güte! Schon jetzt das Niveau von Herrn Rau! Das ging aber schnell! – Unruhe)

(Ministerin Dr. Marion Schick)

Ein Kernstück moderner Bildungspolitik muss auch die Qualität sein.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Zuruf von der CDU: Sehr gut! – Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Da war ja Herr Rau noch besser! – Abg. Reinhold Gall SPD: Nur mit Grinsen wird es nicht gehen!)

– Jetzt lösen Sie sich doch einmal von der Vergangenheit. So viel Rückwärtsorientiertheit ist doch schrecklich.

(Zurufe von der SPD und den Grünen, u. a. Abg. Reinhold Gall SPD: Sie hat sich in die Gegenwart übertragen!)

Wir machen Bildung für die Zukunft – nicht nach hinten schauen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Zuruf von der CDU: Bravo! – Oh-Rufe von der SPD und den Grünen – Abg. Reinhold Gall SPD: Meine Güte! – Unruhe)

Meine Damen und Herren, ebenso unerträglich ist die Definition von Bewerbungen als Anmeldungen. Dieses Missverständnis müsste doch einmal auszuräumen sein: Nicht jeder, der sich irgendwo für irgendetwas bewirbt, will am Ende auch dorthin. Wir haben natürlich Mehrfachbewerbungen.

(Lachen bei der SPD und den Grünen – Oh-Rufe von der SPD und den Grünen – Abg. Reinhold Gall SPD: Der bewirbt sich aus Lust und Laune! Sind Sie so nach Baden-Württemberg gekommen? – Weitere Zurufe – Lebhaftige Unruhe – Zuruf: Zuhören!)

– Zuhören fällt Ihnen offenbar schwer.

(Lachen bei der SPD und den Grünen – Abg. Reinhold Gall SPD: Das fällt auch schwer!)

Vielleicht fällt Ihnen das Lesen nicht ganz so schwer.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Heiterkeit des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Ich bitte darum, dass Sie ab und zu einmal die Tageszeitung lesen, z. B. die Tageszeitung vom vergangenen Montag.

(Lachen der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Präsident Peter Straub: Ich darf um Ruhe bitten.

Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Dr. Marion Schick: Ich finde das nicht ganz so lustig. Aber Sie scheinen es lustig zu finden, Tageszeitung zu lesen.

Am vergangenen Montag hat die Leiterin der Bundesagentur für Arbeit für den Bezirk Stuttgart bestätigt: Immer mehr Jugendliche fahren zwei- oder mehrgleisig.

(Abg. Elke Brunnener CDU: Genau! – Abg. Siegfried Lehmann GRÜNE: Warum?)

Das heißt, sie bewerben sich selbstverständlich für eine schulische Ausbildung und gleichzeitig für einen Ausbildungsplatz im dualen System. Diese Mehrfachbewerbungen sind es, meine Damen und Herren, die zum jetzigen Zeitpunkt zu einem Bewerberüberhang führen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Ich habe verstanden, dass Sie nicht gern in die Zukunft schauen. Aber blicken Sie vielleicht einmal auf den September dieses Jahres, auf das, was bisher in jedem Jahr im September der Fall war. Was passiert im September? Die jungen Menschen haben sich nach der Phase der Mehrfachbewerbungen für einen der verschiedenen zukunftsweisenden Wege entschieden

(Abg. Siegfried Lehmann GRÜNE: Sie müssen! – Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Sie müssen! Was sollen sie sonst machen?)

und sind ab September auf unseren unterschiedlichen Wegen gut versorgt. Das heißt, 50 % der jungen Schüler und Schülerinnen gehen auf die Berufskollegs, deren Funktion wir gerade noch einmal klargestellt haben.

(Abg. Norbert Zeller SPD: Das war nicht deren Wunsch! Sie wollten nicht dahin!)

20 % der Schüler und Schülerinnen wechseln in das duale System. Nur ein Drittel der Realschüler und Realschülerinnen gehen auf das berufliche Gymnasium.

(Zuruf der Abg. Theresia Bauer GRÜNE)

Wenn Sie also vom beruflichen Gymnasium als dem einzigen Weg sprechen oder dies hier so darstellen, dann diskreditieren Sie die 70 %, die sich mit gutem Grund für einen anderen Bildungsweg entscheiden.

Meine Damen und Herren, wenn Sie vielleicht einmal vorausschauen – aber Sie schauen gern zurück in die Vergangenheit –, dann sehen Sie, dass die Kapazitäten an den beruflichen Gymnasien auch heute nicht zu 100 % ausgelastet sind. Das ist die Folge dieser Mehrfachbewerbungen. Wir hatten im letzten Schuljahr eine Kapazitätsauslastung von 93 %. Da ist noch Luft drin. Aber Sie können die jungen Menschen nicht in diese Schulen hineinzwingen, auch wenn das Ihrer politischen Überzeugung entsprechen würde.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Jawohl! – Abg. Reinhold Gall SPD: Jawohl, es wird immer schlimmer! Meine Güte!)

Meine Damen und Herren, im letzten Schuljahr hat die größte Wirtschafts- und Finanzkrise seit dem Bestehen der Bundesrepublik Deutschland natürlich auch bei jungen Menschen Ängste ausgelöst und die Zahl der Mehrfachbewerbungen noch deutlich erhöht. Selbst da konnten wir für alle Absolventinnen und Absolventen in den verschiedenen Zweigen eine Vollversorgung sicherstellen. Das muss man uns erst einmal nachmachen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

(Ministerin Dr. Marion Schick)

Bitte lösen Sie sich doch auch von dem Bild, dass in einem dualen Ausbildungsverhältnis zu stehen ein Menschendasein zweiter Klasse sei

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Wer sagt denn so etwas? – Abg. Reinhold Gall SPD: Das sagt doch niemand! Das ist eine Unverschämtheit, so etwas zu unterstellen! Die wird ja schlechter als die Schavan mit ihrer Arroganz!)

und dass diese Möglichkeiten nur deswegen gewählt würden, weil nicht genügend Plätze im beruflichen Gymnasium vorhanden seien.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU zu SPD und Grünen: Da wird reiner Wein eingeschenkt, Freunde!)

Meine Damen und Herren, Sie müssen zur Kenntnis nehmen, dass Baden-Württemberg deutschlandweit die niedrigste Quote von vorzeitig gelösten Ausbildungsverträgen hat. Das ist nur möglich, wenn die jungen Menschen im dualen System auch wirklich sein wollen und dort gut versorgt werden. Und das ist ein Faktum in Baden-Württemberg; das ist so.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Zuruf von der CDU: Sehr gut!)

Dass wir außerdem die niedrigste Jugendarbeitslosenquote haben, interessiert vielleicht auch nur am Rande. Mich interessiert es aber nicht nur am Rande, sondern das ist ein Ziel unserer Bildungspolitik. Sie können diese Zahlen dem jüngsten Berufsbildungsbericht entnehmen. Auch daraus könnten Sie, wenn Sie es wollten, die Zuversicht schöpfen, dass die angebotenen Wege bereits heute in der nötigen Differenzierung und in dem wachsenden Ausbau entsprechend den Schülerzahlen vorhanden sind. Aber ein Rechtsanspruch – so, wie Sie ihn fordern – brächte niemandem etwas – außer Ihnen die Befriedigung, wieder einmal etwas per Gesetz geklärt zu haben, was in der Realität durch die Bildungspolitik in Baden-Württemberg bereits lange geklärt ist.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Lachen bei der SPD)

Präsident Peter Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Schmiedel.

Abg. Claus Schmiedel SPD: Frau Ministerin Schick, mit Ihnen es scheint wirklich schwierig zu werden. Ich sage Ihnen auch, warum.

(Zuruf von der CDU: Für die SPD! – Abg. Klaus Herrmann CDU: Eine Minderheit im Land! – Gegenruf des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Eine verschwindende Minderheit!)

In diesen Wochen geht es vielen Familien so, wie Frau Berroth es geschildert hat: Da gibt es Absagen für die Kinder, die auf eine gymnasiale Oberstufe an einer beruflichen Schule wollen, und das zuhauf. Dass Sie hier hinstehen und sagen, das seien Spaßbewerbungen, das ist Zynismus pur.

(Beifall bei der CDU – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Das hat doch niemand gesagt! Unglaublich! Jetzt müssen Sie sich schon wieder entschuldigen! – Abg. Klaus Herrmann CDU: Das verstehen Sie nicht!)

Jetzt zeige ich Ihnen einmal die Messlatte: Das sind die Landesverfassung und das Schulgesetz von Baden-Württemberg. In Artikel 11 der Landesverfassung heißt es:

Jeder junge Mensch hat ... das Recht auf eine seiner Begabung entsprechende Erziehung und Ausbildung.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja!)

Jetzt frage ich Sie einmal, Frau Krueger: Stellen Sie auch dann, wenn jemand am Gymnasium einen mittleren Bildungsabschluss erreicht hat, die Frage, ob für ihn nicht die duale Ausbildung besser sei? Warum soll denn jemand, der an einem Gymnasium einen Bildungsabschluss erwirbt, automatisch das Recht haben – das hat er –, die Hochschulreife zu erwerben? Da machen Sie kein Fragezeichen. Da heißt es auch nicht, dass er das aus Spaß macht und etwas anderes abqualifiziert, wenn er das macht. Warum wollen Sie das einem Realschüler nicht ermöglichen?

Sie haben ein Menschenbild, das bedeutet: Wer einmal das Gymnasium von Anfang an besucht, ist prädestiniert für die akademische Laufbahn.

(Unruhe bei der CDU – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Die Kollegin hat doch etwas anderes gesagt!)

Ein junger Mensch, der die Realschule besucht, der soll sich das erst erstreiten.

(Unruhe bei der CDU)

Jetzt komme ich zu Frau Berroth. Das verstehe ich jetzt überhaupt nicht. Sie haben mehrfach gesagt, das koste nicht mehr, das sei eine Umschichtung, potenzielle Lehrer seien auch vorhanden, man müsse es eigentlich nur wollen. Aber Sie sind gegen einen gesetzlichen Anspruch. Wie soll ich denn das verstehen, wenn Sie sagen, die Schulverwaltung müsse endlich einsehen, dass sie dieses Recht realisieren müsse? Lassen Sie uns doch gemeinsam das Gesetz machen. Dann macht die Schulverwaltung das schon. Dann macht sie das.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Frau Ministerin Schick, dass Sie die Realität so verdrehen, dass Sie sagen, am Ende würden alle Wünsche befriedigt, denn irgendwo seien sie im Schulsystem gelandet –

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Quatsch! Das stimmt doch gar nicht!)

Sie haben mit keinem Satz begründet, warum Sie nicht umschichten wollen, und zwar den Wünschen der Schülerinnen und Schüler sowie der Eltern entsprechend vom Berufskolleg auf das berufliche Gymnasium. Warum wollen Sie denn nicht umschichten? Sie sagen: „Wir haben doch das Berufskolleg; dann sollen die gefälligst ins Berufskolleg.“ Ich frage Sie einmal: Wer macht denn hier Planwirtschaft, Sie oder wir?

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

(Claus Schmiedel)

Wir hatten viele Jahre mühsamer Bildungsdiskussion mit Herrn Rau. Ich sage Ihnen auch, was der Grund war. Der Grund war, dass er sich geweigert hat, einen Blick auf die Realität zu werfen, wie sie ist. Wenn Sie wenigstens zugestehen würden, dass es ein Problem gibt, wenn Sie das wenigstens aufnehmen würden und sagen würden: „Wir bemühen uns, das Problem zu lösen“, wäre es gut. Aber Sie stellen sich hier hin und sagen: „Wir haben überhaupt kein Problem, wir sind sowieso die Besten, wir müssen überhaupt nichts anders machen, und falsch liegen nur die, die das kritisieren.“ Das ist der Gipfel! Damit haben Sie Herrn Rau noch übertroffen. Das ist Herr Rau in Potenz.

(Beifall bei der SPD – Lachen bei der CDU)

Immer dann, wenn ich einen Wahlkreis besuche, gehe ich in eine Berufsschule. In jeder Berufsschule ist dies ein Thema. In jeder Berufsschule! Ich kann Ihnen nur raten: Gehen Sie vor Ort, und reden Sie einmal mit den Berufsschullehrern und Schulleitungen. Dann werden Sie erleben, was die GEW gesagt hat und was der Berufsschullehrerverband gesagt hat. Die unterstützen nämlich die Initiative der SPD, weil sie die Realität kennen. Sie verweigern sich der Realität, und deswegen sind Ihre Antworten auch falsch.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Wenn die Landesverfassung und das Schulgesetz von Baden-Württemberg ernst genommen werden sollen, dass jeder junge Mensch ein seiner Begabung entsprechendes Angebot bekommt, also einen Anspruch auf dieses Angebot hat, dann ist es überfällig, dass wir in den beruflichen Gymnasien die Gleichstellung mit den allgemeinbildenden Gymnasien herbeiführen. Das ist das Ziel unseres Antrags, und wir werden Sie aus dieser Diskussion nicht entlassen. Wir wissen, dass wir die Eltern hinter uns haben, die Lehrerschaft hinter uns haben und auch die Schulträger hinter uns haben; denn das Raumthema stellt sich binnen Kurzem überhaupt nicht mehr. Wir haben zurückgehende Schülerzahlen in den Berufsschulen; da gibt es jetzt Räume zuhauf, in denen man das machen kann. Wir haben auch Berufskollegs. Man muss nur umschichten.

(Unruhe bei der CDU)

Ihnen fehlt der Wille, die Realschüler an dieser Stelle mit den Gymnasialschülern gleichzustellen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Sie wollen für die jungen Leute planen; wir wollen die Freiheit.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Das ist der Punkt! – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: So ein „Geschmiedel“!)

Präsident Peter Straub: Das Wort erteile ich Frau Abg. Berroth.

Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sowohl das berufliche Gymnasium als auch die du-

ale Ausbildung sind Schmuckstücke der Bildungslandschaft in Baden-Württemberg.

(Beifall der Abg. Hagen Kluck FDP/DVP und Helmut Walter Rüeck CDU)

Ich halte es für völlig unangemessen, wenn einzelne Redner versuchen, diese beiden Ausbildungsgänge gegeneinander auszuspielen.

(Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Das macht nur die Frau Schick!)

– Nein, Sie haben damit angefangen. – Um es einmal klar zu sagen: Beide brauchen den Ausgleich des strukturellen Lehrerstundendefizits, das an unseren beruflichen Schulen besteht. Es ist eine wichtige Aufgabe für die nächsten Jahre, dass wir das hinbekommen.

Noch einmal, Herr Schmiedel: Ich habe mich deutlich dagegen ausgesprochen, Rechtsansprüche, egal welcher Art, weiter zu konstruieren, weil sie uns nicht weiterhelfen. Diese machen Probleme, sind unflexibel und kosten weit mehr Geld, als sie Nutzen bringen. Deswegen sind wir generell gegen Rechtsansprüche.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Sie haben doch selbst gesagt, es koste nichts!)

– Aber was ein Rechtsanspruch später kostet, wenn er einmal im Gesetz steht, weiß man nicht.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Ich bin generell dagegen, Rechtsansprüche zu verankern. Ich bin dafür, vernünftige Politik zu machen. Das traue ich unserer Regierung durchaus zu.

(Beifall bei der FDP/DVP – Zurufe von der SPD, u. a. Abg. Claus Schmiedel: Wenn es kein Problem gäbe, müssten wir keinen Rechtsanspruch machen!)

Präsident Peter Straub: Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Der Berichtsantrag Drucksache 14/6037 ist mit der heutigen Aussprache erledigt.

Der Gesetzentwurf zur Änderung des Schulgesetzes, Drucksache 14/6247, wird zur weiteren Beratung an den Ausschuss für Schule, Jugend und Sport überwiesen. – Dagegen erhebt sich kein Widerspruch. Dann ist es so beschlossen.

(Abg. Klaus Herrmann CDU: Den können wir auch gleich ablehnen! – Gegenruf der Abg. Andrea Krueger CDU: Genau! Wir können ihn auch gleich ablehnen!)

Damit ist Tagesordnungspunkt 1 erledigt.

Ich rufe **Punkt 2** der Tagesordnung auf:

Aktuelle Debatte – Die Auswirkungen der Krise in Griechenland auf Baden-Württemberg und die politische Verantwortung des Landes – beantragt von der Fraktion GRÜNE

(Präsident Peter Straub)

Es gelten die üblichen Redezeiten: fünf Minuten für die einleitenden Erklärungen und fünf Minuten für die Redner in der zweiten Runde.

Das Wort erteile ich Herrn Abg. Kretschmann.

Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Krise in Griechenland ist nicht nur eine Krise des Euro. Es ist eine Krise Europas. Am europäischen Haus tun sich vor allem an der Südseite Risse auf. Wir Europäer müssen jetzt nicht nur die Risse kitten, sondern wir müssen auch das Fundament und die Strukturen stärken, wenn wir Europa vor dem Abbröckeln und vor dem Einsturz bewahren wollen.

Mehr noch als andere hat Deutschland und hat insbesondere Baden-Württemberg als außenwirtschaftlich dicht verflochtenes Land gute Gründe, die Stabilität der gemeinsamen Währung, den Wert des gemeinsamen Wirtschaftsraums zu schätzen und zu schützen. Nebenbei bemerkt ist unsere Landesbank mit 2 Milliarden € in Griechenland engagiert. Die deutschen Banken zusammen sind es mit 40 Milliarden €. Es wird noch zu klären sein, ob das Engagement der Landesbank in Griechenland dem Geschäftsmodell entspricht, das wir für sie propagieren, oder nicht.

(Beifall bei den Grünen)

Würden die Eurostaaten jetzt nicht helfen, so wäre das auch ein negatives Signal an die Finanzmärkte. Das beträfe auch andere Länder wie Portugal, Spanien oder Irland. Ein weiteres Zögern hätte die Krise verschärft. Wenn sich die Finanzmärkte von den Anleihen dieser Länder auch unter Wert getrennt hätten, hätte dies zu einer unabsehbaren Gefahr und Lawine für die gesamte Eurozone führen können. Deswegen war es richtig, so zu handeln.

Die Europäer müssen in der ersten großen Krise seit Beginn der Währungsunion zusammenstehen. Sonst wird Europa nicht nur ein wirtschaftliches, sondern auch ein politisches Rollback erleben. Die nationalistischen Geier warten schon auf das Scheitern des Euro.

Zusammenstehen heißt aber nicht, dass nun alle paar Monate eine Rettungsaktion im dreistelligen Milliardenbereich notwendig wird. Im Gegenteil: Einen zweiten Fall wie in Griechenland darf es nicht geben. Die Rettungsaktion für Griechenland hat u. a. auch genau diesen Zweck.

Griechenland und alle anderen müssen auf den Pfad der finanzpolitischen Nachhaltigkeit zurückfinden und zurückgeführt werden. Ich sage deutlich: Wer am europäischen Tisch sitzen will, muss sich auch an die europäischen Tischsitten halten. Das gilt für alle.

(Beifall bei den Grünen und der Abg. Beate Fauser FDP/DVP – Zuruf des Abg. Hagen Kluck FDP/DVP)

Im Zusammenhang mit der Krise in Griechenland gibt es nun von allen Seiten Rufe nach einer strengeren Regulierung der Finanzmärkte. Diese sind richtig. Aber dies ist nicht der Kern des griechischen Problems.

Spekulanten können nur dort aufspringen, wo es schon Schief lagen und Risiken gibt. Die Spekulation an den Finanzmärk-

ten hat die Krise nicht ausgelöst, sondern ausgenutzt, verstärkt und beschleunigt. Die Notwendigkeit einer wirksamen Regulierung der Finanzmärkte war schon vor dem Fall Griechenland längst offenkundig. Diese Regulierung ist ein absolutes Erfordernis – jetzt natürlich umso mehr.

(Beifall bei den Grünen)

Das beste Rezept gegen Spekulation heißt daher nachhaltige Finanzpolitik und stabile Staatsfinanzen. Das heißt, die Ausgaben müssen sich an den Einnahmen ausrichten.

(Zuruf des Abg. Hagen Kluck FDP/DVP)

Verursacher der Schieflage in Griechenland ist in erster Linie natürlich der griechische Staat selbst. Die Hauptursachen liegen dort in einer Klientelpolitik, in einem aufgeblähten öffentlichen Sektor mit maßlosen Privilegien, finanziert auf Pump. Die Folge ist eine Neuverschuldung in Höhe von 14 % des Bruttoinlandsprodukts. Das hat natürlich die Finanzmärkte aufgeschreckt.

In Griechenland liegt das effektive Aufkommen der Einkommensteuer bei 4,7 % des Bruttoinlandsprodukts, verglichen mit 10,4 % im EU-Durchschnitt und 7 % in Deutschland. Nach dem Weltbild der FDP herrschen also in Griechenland offenbar paradiesische Verhältnisse.

(Zuruf der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

Hier sehen Sie, Herr Rülke, wohin Ausbeutung des Staates und Finanzierung auf Pump, maßlose Steuersenkungen auf Pump führen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Zurufe der Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP und Jürgen Walter GRÜNE)

Ein Punkt, der in der Debatte über die Ursachen häufig vergessen wird, sind die exorbitanten Rüstungsausgaben in Höhe von fast 5 % des Bruttoinlandsprodukts. Das sind zwei Prozentpunkte mehr als im Durchschnitt der OECD.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Sind das auch Vorschläge der FDP?)

Das Volumen beträgt ungefähr 5 Milliarden €. Das entspricht ungefähr den Zinsausgaben für Darlehen von 120 Milliarden € bei einem normalen Zinsniveau. Man muss auch sagen: Unsere Rüstungsexporte, die ja die höchsten in Europa sind, sind ebenfalls ein Grund für diese griechische Schieflage.

(Beifall bei den Grünen)

Griechenland hat ein massives Exportdefizit im Außenhandel in Höhe von 8 Milliarden €. Das kam auch den deutschen Exporten zupass. Es ist immer dasselbe: Solange der Rubel rollt, wird weggeschaut.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Haben die Rubel?)

Daher sind jetzt drei Schritte angesagt. Erstens: Solidarität.

(Zuruf des Abg. Hagen Kluck FDP/DVP)

Zur Hilfe für Griechenland mit harten und klaren Auflagen gibt es unserer Ansicht nach keine vernünftige Alternative. Wir tragen sie mit.

(Winfried Kretschmann)

Zweitens: mehr Stabilität. Hier muss die Politik – die europäische ebenso wie die deutsche – klarmachen, dass bei der Haushaltskonsolidierung in Griechenland – im Süden und in allen Himmelsrichtungen – jetzt Entschlossenheit, Ernsthaftigkeit und Nachhaltigkeit angesagt sind.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Haben Sie auch noch etwas auf Lager, was wir nicht wissen?)

Aber wer die Einhaltung des europäischen Stabilitätspakts einfordert, muss selbst Beispiel geben. Hier können wir uns an die eigene Nase fassen.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Machen Sie es doch!)

Drittens zu den Konsequenzen für uns in Baden-Württemberg: Die Haushaltssituation hier ist nicht erfreulich, aber nun wirklich nicht vergleichbar mit der von Griechenland. Aber machen wir uns nichts vor: Der griechische Virus hat längst auch Baden-Württemberg befallen.

(Lachen des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP)

Bei uns ist die Epidemie nur noch nicht ausgebrochen.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Peter Hauk CDU: Schon die Vorläuferdebatte war infiziert!)

Wir schütteln den Kopf, Herr Hauk, über Beamtenpensionen in Griechenland in Höhe von 94 % des letzten Gehalts. Das tun wir zu Recht. Aber auch bei uns baut sich eine gewaltige Lawine von Pensionsverpflichtungen auf.

(Abg. Peter Hauk CDU: Das ist doch nichts Neues! Diese Beamten gibt es seit 30 Jahren!)

Wenn wir so weitermachen, wird sich die Verschuldung hier in zehn Jahren ebenso verdoppeln, und bisher machen Sie so weiter. Ihr Ministerpräsident hat keinen Einsparpfad dargelegt, er hat keinen einzigen strukturellen Vorschlag gemacht und nur dunkle Drohungen für die Zeit nach der Krise ausgesprochen.

Wenn wir keine entsprechenden Maßnahmen ergreifen, wird Folgendes geschehen: Wir werden, wenn die Pflicht zur Nullneuerschuldung im Jahr 2020 kommt, mit ähnlich brachialen Maßnahmen im öffentlichen Dienst aufwarten müssen, wie die Griechen das jetzt auch tun müssen. Das müssen wir nicht, wenn wir jetzt maßvolle Zumutungen für den öffentlichen Dienst beschließen.

(Zuruf des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP)

Das ist für die Betroffenen zwar hart, aber erträglich. Dabei sind Sie von den Regierungsfractionen endlich gefordert.

(Beifall bei den Grünen – Zuruf des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP – Abg. Peter Hauk CDU: Ich warte auf weiter gehende Vorschläge bei der Dienstrechtsreform! – Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Das müssten Sie sehr ernst nehmen. Sie haben bisher – leider gilt das auch für die Regierungserklärung des Ministerpräsidenten – überhaupt kein Wort dazu gesagt, wie es in dieser Frage weitergehen soll, sondern nur dunkle Drohungen formuliert.

Ich will zum Schluss noch ein Wort der Sympathie an unsere

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Griechen!)

Bürgerinnen und Bürger griechischer Herkunft sagen. Uns erreichen immer Informationen, dass Bürgerinnen und Bürger griechischer Herkunft „angemacht“ werden. Ich finde, es ist ein Übel in Deutschland, Migranten dauernd für die Zustände in dem Heimatland, aus dem sie kommen, mitverantwortlich zu machen.

(Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Ich möchte an dieser Stelle sagen: Das muss endlich einmal aufhören. Ich möchte allen Landsleuten griechischer Herkunft, die in Jahren und Jahrzehnten am Aufbau Baden-Württembergs mitgewirkt haben, die zum kulturellen Leben unseres Landes beigetragen haben, meinen herzlichen Dank, meinen Respekt und meine Sympathie aussprechen. Dies ist durchaus auch mit ein Grund, Griechenland zu helfen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei den Grünen – Zuruf des Abg. Albrecht Fischer CDU)

Präsident Peter Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Köbler.

(Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Jetzt wird zur Sache geredet!)

Abg. Joachim Köbler CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Mit viel Aufregung und viel Getöse wird zurzeit die Griechenlandfrage behandelt. Manche meinen, sie seien im Recht, wenn sie den Zerfall der Währungsunion voraussehen. Insbesondere der Eurountergangsguru Professor Hankel hat natürlich im Augenblick sehr viele Medienauftritte. Es kommt einem vor, als ob er bei dem Untergangsgesang einen Lustgewinn hätte.

Meine Damen und Herren, das Thema der Aktuellen Debatte lautet: „Die Auswirkungen der Krise in Griechenland auf Baden-Württemberg und die politische Verantwortung des Landes“. Ohne Zweifel sind wir alle von der Krise betroffen. Das Schicksal Griechenlands und der Menschen dort muss uns natürlich wichtig sein. Die wirtschaftliche Lage in Griechenland hat auch Auswirkungen auf die Unternehmen in Baden-Württemberg. Der Fortbestand der Währungsunion ist gerade für ein exportorientiertes Bundesland wie Baden-Württemberg von besonderer Bedeutung.

Wir sind allerdings nicht die handelnden Akteure. Das sind die Bundesregierung und der Bundestag. Trotzdem will ich für unsere Fraktion ein paar Aussagen machen.

(Zuruf des Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE)

Ob es uns passt oder nicht, es gilt der Satz von Wolfgang Schäuble:

Die Griechenlandkrise ist nicht nur eine Krise und ein Problem der Griechen, sondern ein Problem Europas und damit auch Deutschlands.

Herr Kretschmann, Sie haben bestätigt: Es gibt einen Zusammenhang zwischen der Krise in Griechenland, dem Bestand

(Joachim Kößler)

der Währungsunion und dem Fortschritt in der deutschen Wirtschaft. Dieser Zusammenhang stellt uns auch in eine Gesamtverantwortung für die europäische Währung. Ich füge hinzu: Es ist auch eine politische Verantwortung für Baden-Württemberg.

Nun ergibt sich die Frage: Wie lösen wir das Problem?

Erstens – oft gehört, viel zitiert –: Wir werfen die Griechen aus der Europäischen Union hinaus. Das geht rechtlich einfach nicht; es gibt rechtlich kein Ausstiegsszenario in den Verträgen. Das geht aber auch politisch nicht, und es geht meines Erachtens erst recht nicht, wenn man an dem Ziel eines gemeinsamen Europas als Werte- und Schicksalsgemeinschaft festhalten will. Europa ohne Griechenland, das wäre wie die europäische Kultur ohne die griechischen Philosophen.

Zweitens: Die Griechen verlassen die Eurozone freiwillig. Auch das wird immer wieder gefordert. Das hätte zwar ökonomisch Sinn: Die Drachme würde abgewertet, der Export Griechenlands würde steigen, und damit würde auch das Wirtschaftswachstum Griechenlands steigen.

(Abg. Peter Hauk CDU: Die Schulden in Euro bleiben!)

– Richtig. Die Schulden in Euro bleiben. Der Fraktionsvorsitzende hat das ergäntzt.

Ob damit aber mittelfristig die hohen Zinsen und der Schuldendienst Griechenlands im Hinblick auf die Euroschulden zu bewältigen sind, ist natürlich mehr als fraglich.

Drittens: Wir machen gar nichts und lassen Griechenland pleitegehen. Das würde uns zwar im Augenblick nichts kosten. Der Preis wäre aber langfristig sehr hoch. Ganz trivial und ganz naheliegend: 45 Milliarden € Kredite deutscher Banken müssten abgeschrieben werden. Was das bedeutet, wissen Sie selbst aus der jüngsten Vergangenheit. Die Spekulation würde auf Portugal und Spanien übergehen. Der Wert der griechischen Anleihen würde auf null sinken. Griechenland würde kaum neue Kredite bekommen – und wenn, dann nur zu ganz hohen Zinsen.

Es gibt nur einen Weg in dieser Situation. Wir müssen, ob wir wollen oder nicht, Griechenland stützen. Die Kritiker werden sagen: Dem widerspricht die Nichthaftungsklausel, die sogenannte Non-Bailout-Klausel in Artikel 103 des EU-Vertrags. Diese besagt: Es gibt keine Haftung für die Schulden eines Landes. Beim Rettungspakt geht es aber nicht um einen Haftungsfall, sondern um eine freiwillige Maßnahme. Wir haften nicht, aber wir schützen unsere eigenen Interessen, und in unserem Interesse liegt der Erhalt des Euro.

Die gesamte Unterstützungsmaßnahme wird darüber hinaus durch Artikel 122 abgedeckt. Danach sind Hilfen gestattet, wenn ein Land durch gravierende Schwierigkeiten ernstlich bedroht ist.

Um mit Professor Franz, dem Leiter des Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung, zu sprechen: Wir müssen angesichts der griechischen Tragödie zwischen zwei Übeln wählen – um bei dem Bild zu bleiben –: zwischen Szylla und Charibdis.

Es spricht meines Erachtens sowohl ökonomisch als auch politisch mehr dafür, Griechenland zu stützen, als dies nicht zu tun.

Es fällt schwer, einem Land zu helfen, das sich den Beitritt in die Eurozone erschlichen hat. Genauso schwer fällt es, ein Land zu stützen, das seine Staatsausgaben durch großzügige Geschenke an seine Bediensteten hat ausufern lassen und seine Steuern nur nachlässig und lax erhebt.

Aber nicht nur Griechenland hat über seine Verhältnisse gelebt, sondern auch viele andere Staaten in der Eurozone haben das getan. Sie haben sie genannt. Mittlerweile wurde dort ein gewaltiges Staatsdefizit aufgebaut.

Auch wir Deutschen und wir Baden-Württemberger sind nicht ganz ohne Sünden. Das wird uns in Zukunft noch viel Arbeit abverlangen.

Im Fall Griechenlands hat sich die Verwundbarkeit der Währungsunion allerdings vollends offenbart. Künftig sind deshalb drei Aufgaben zu lösen:

Erstens: Der Stabilitäts- und Wachstumspakt muss reformiert werden. Denkbar wäre, eine Schuldenbremse nach deutschem Vorbild auf der europäischen Ebene zu verankern. Die Überwachung der Einhaltung der Stabilitätskriterien, die bisher sehr lax gehandhabt wurde, ist strenger, intensiver und effizienter durchzuführen. Es kann nicht sein, dass gerade bei neuen Mitgliedern die Überwachung besonders lax gehandhabt wird.

Zweitens: Sanktionen, die nur angekündigt, aber letztlich nicht vollzogen werden, nützen nichts. Deshalb sollten wir beim Erreichen von Schwellenwerten automatisch sofort Sanktionen in Gang setzen. Die bisherigen Verfahren haben die Sünder geradezu ermuntert, wie bisher weiterzumachen, weil es bei Sanktionen immer Ausnahmen gab.

Drittens: Um den Druck auf die Defizitsünder zu erhöhen, sollte nicht nur ein freiwilliger Austritt, sondern auch ein zwangsweiser Ausschluss aus der Eurozone möglich sein, und dies sollte künftig als Sanktionsmöglichkeit im Katalog verankert werden. Wer Kredite an andere Länder vergibt, muss sich darüber im Klaren sein, dass die Gelder ausfallen können.

(Beifall der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

Ein solcher Druck ist nur unter Androhung eines Staatsbankrotts möglich.

Meine Damen und Herren, wir sollten alles tun, damit aus der griechischen Tragödie keine europäische Tragödie wird.

Der Rettungspakt für Griechenland beinhaltet einerseits einen Förderteil, der den Griechen hilft, ihre Misere zu bewältigen. Aber er beinhaltet andererseits auch einen Teil mit strengen und harten Forderungen. Das Paket steht unter dem Motto „Fördern und fordern“. Beides gehört zusammen. Die Ergebnisse sollten aber streng kontrolliert werden.

Da mein Vertrauen in die EU-Kontrollen zumindest beschädigt ist, bin ich froh, dass der Internationale Währungsfonds genau dort an Bord ist. Er verfügt über die nötige Erfahrung, damit die Kontrollen effizienter, exakter und strenger durchgeführt werden.

(Joachim Kößler)

Ich möchte zum Schluss kommen und nur einen Satz von Konrad Adenauer hinzufügen:

Wir leben alle unter dem gleichen Himmel, aber wir haben nicht alle den gleichen Horizont.

(Abg. Peter Hofelich SPD: Adenauer?)

Wir können nur hoffen, dass sich der Horizont in Griechenland und in Europa insgesamt weitet und bei allen Beteiligten die notwendige Einsicht in die Situation einkehrt.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP sowie des Abg. Winfried Kretschmann GRÜ-NE – Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Sehr gut!)

Präsident Peter Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Hofelich.

Abg. Peter Hofelich SPD: Werter Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren! „Die Auswirkungen der Krise in Griechenland auf Baden-Württemberg und die politische Verantwortung des Landes“ lautet die Überschrift dieser Aktuellen Debatte. Ich will, ähnlich wie Kollege Kretschmann, zur politischen Verantwortung zunächst sagen: Es gehört dazu, dass wir als Politiker in Deutschland dafür werben, die Menschen in Griechenland im Blick zu haben und gegen Ressentiments zu stehen. Auch müssen wir wissen, dass drei Viertel der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Griechenland nicht im öffentlichen Dienst arbeiten und für sie eine nicht einfache Zeit ansteht.

Deswegen muss auch klar sein: Viele Menschen werden es so sehen, dass es vorrangig darum geht, Kredite in Höhe von 45 Milliarden € an Griechenland abzusichern, die deutsche Banken anderen Banken geben, und dass es vielleicht weniger um die Kolleginnen und Kollegen in Griechenland geht, die gerade schwierige Zeiten vor sich haben. Deswegen sage ich: Es gibt für uns eine Grundverantwortung, für die Griechen etwas zu tun, weil es wichtig ist, klarzustellen, dass auf diesem Kontinent künftig eine Ordnung herrschen wird, bei der die Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen wieder mehr als bisher im Mittelpunkt stehen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Die Auswirkungen auf Baden-Württemberg kann man, wenn man es ernst nimmt, eigentlich nüchtern zusammenfassen. Unser Land ist mit seinen Maschinen der Ausrüster der Welt und wird sich dort, wo es keine Eurozone gibt – etwa im Dollarraum –, durch die Veränderung in den Währungsparitäten in den nächsten Monaten vielleicht sogar etwas leichter tun. Gleichzeitig wird es Schwächen innerhalb der europäischen Volkswirtschaften geben, die für uns wiederum hinderlich sind. Wie das unter dem Strich ausgeht, weiß man nicht.

Mit Sicherheit wird Baden-Württemberg aufgrund des insgesamt steigenden Zinsniveaus auch schwierigere Bedingungen haben, im Aufschwung tatsächlich wieder seine volle Kraft zu entfalten. Das sind Punkte, die, wenn man über Auswirkungen in Baden-Württemberg redet, in diese Debatte gehö-

ren, aber nicht gemeint waren bei dem, was die Grünen mit der Debatte bewirken wollten.

Ich will deswegen schon auf den Kernpunkt eingehen, Herr Kollege Kretschmann: Es gibt in der Bevölkerung ein Brodeln. Die Menschen sind verunsichert, und sie haben die klare Erwartung an die Politik, dass wir nach Lehman und nach Griechenland dafür Sorge tragen, dass es kein drittes Mal einen solchen „Unfall“ gibt. Die Menschen dürfen nun kein drittes Mal den Eindruck haben: Wir haben damit gar nichts zu tun, aber alles wirkt sich auf uns aus. Das darf nicht mehr passieren.

(Beifall bei der SPD)

Als Oliver Stone seinen Film „Wall Street“ – ich glaube, vor zwei Jahrzehnten – in die Kinos gebracht hat, war das eine Parabel über die Loslösung der Finanzwirtschaft von der Realwirtschaft. Die Hauptfigur, von Michael Douglas verkörpert, heißt übrigens – für Cineasten interessant – „Mister Gekko“. So heißt auch ein Tier, das in lauen griechischen Nächten die Wände hochklettert. Da schließt sich der Kreis.

Aber in Wirklichkeit geht es bei dem Film um etwas ganz Wichtiges, nämlich darum, dass bereits sehr früh eine Fehlentwicklung gesehen worden ist, für die wir heute in vielerlei Hinsicht büßen. Sie lautet: Die Finanzwirtschaft löst sich von der Realwirtschaft. Wir haben die Aufgabe, Regeln einzuführen, damit die Finanzwirtschaft wieder eine dienende Rolle für die Realwirtschaft hat

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

und sich nicht – polemisch gesprochen – 24-jährige BWL-Ab solventen zum „Master of the Universe“ aufschwingen und darüber reden, ob es ein AAA- oder ein AA-Rating gibt, wodurch eine völlig unverhältnismäßige Situation in der Welt eingekehrt ist, die aus meiner Sicht politisch korrigiert werden muss, weil hier etwas aus der Balance geraten ist.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der CDU, der Grünen und der FDP/DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das stimmt!)

Meine Damen und Herren, ich will mich nicht auf Frau Merkel konzentrieren, die durch ihr Zaudern die Zinsen hochgetrieben hat und am Ende doch die Realität anerkennen musste. Ich will mich auch nicht darauf konzentrieren, dass die Menschen darüber lächeln, dass unsere deutschen Banken sich freiwillig bereit erklären, gerade einmal 2 Milliarden € bereitzustellen, und damit im Grunde genommen den Ärger nur steigern.

Ich will drei Punkte nennen, die für uns wichtig sind und bei denen die baden-württembergische Politik auch gefordert ist. Ich bitte Sie, werte Herren und Damen von der Regierung, sich zu äußern, ob Sie das unterstützen.

Erstens: Wir brauchen die Durchsetzung von Regeln auf den Finanzmärkten. Die erste wichtige Sache sind strikte und klare Regeln. Ich nenne als Beispiele nur den Produkt-TÜV für riskante Produkte oder auch eine insgesamt etwas heruntergezogene Rolle der Ratingagenturen, die sich zu einer Rolle aufschwingen, die ihnen nicht zusteht. Aber dann brauchen wir auch eine europäische Ratingagentur, die in der Lage ist,

(Peter Hofelich)

ein Gegengewicht zu den Interessen der anderen Seite des Atlantiks zu bilden.

(Beifall bei der SPD sowie der Abg. Siegfried Lehmann GRÜNE und Beate Fauser FDP/DVP)

Zweitens brauchen wir – da hat Herr Haasis uns heute Morgen unterstützt – eine europäische Finanzmarktsteuer. Diese ist angesagt. Sie ist im politischen Konsens erreichbar, und wir werben auch in Baden-Württemberg dafür. Sie kann mit dafür sorgen, dass wir wieder zu einer Entschleunigung des Wirtschaftsgeschehens kommen, und dazu, dass wir wieder tilgen können, was in der Krise an verloren gegangenem Kapital bei den Staaten angefallen ist. Kolleginnen und Kollegen, wir brauchen eine europäische Finanzmarktsteuer.

(Beifall bei der SPD)

Drittens: Es würde sich lohnen, im Landtag eine Debatte in großem Stil – dafür haben wir heute nicht die Zeit – darüber zu führen, dass wir eine abgestimmte europäische Wirtschafts- und Finanzpolitik brauchen. Die wird aber nicht nur für Griechenland gelten. Es ist nicht damit getan, zu sagen: „Die Tatsache, dass 25 % der Beschäftigten in Griechenland im Staatssektor arbeiten, und die dort zu beobachtende Bedienungsmentalität können wir uns in Europa nicht mehr leisten.“ Vielmehr wirkt das auf uns selbst zurück.

Selbstverständlich wird man, wenn man A sagt, auch B sagen müssen. Das heißt, insgesamt wird über Politiken von Ländern in Bezug auf Europa diskutiert werden, und zwar auch über unsere Politiken. Diejenigen, die hier immer so gern den Schild der Subsidiarität hochhalten, werden dann merken, dass diese Subsidiarität zwar wichtig ist, etwa bei der Durchsetzung der kommunalen Selbstverwaltung, dass sie aber kein Schutzschild ist. Mit der Art und Weise, wie wir etwa mit der Umwelt oder mit den Rechten von Minderheiten umgehen, können wir durchaus auch Gegenstand der Diskussion in anderen Ländern sein.

Europäische Wirtschafts- und Finanzpolitik kohärent abzustimmen wird bedeuten, dass wir uns proaktiv in die europäischen Politiken einbringen müssen. Wenn wir das nicht tun, werden die Entscheidungen von Bürokraten durchgesetzt, nicht von Parlamenten. Deswegen werden wir als Parlament, auch als Landesparlament, künftig eine aktivere Rolle in Europa spielen müssen, Kolleginnen und Kollegen.

Ich kann am Ende nur sagen – meine Redezeit ist demnächst abgelaufen –: Das Beispiel lehrt uns, dass es keine getrennte Verantwortung in den verschiedenen Bereichen gibt. Das erwarten die Menschen auch von uns. Es gibt keine Trennung zwischen privater und öffentlicher Verantwortung. Es gibt eine öffentliche Verantwortung insgesamt, die wir als Parlament wahrnehmen müssen. Politik braucht dies in der jetzigen existenziellen Situation, in der sich viele Menschen befinden, um ihrer Glaubwürdigkeit gerecht zu werden.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Claus Schmiedel SPD: Super!)

Präsident Peter Straub: Das Wort erteile ich Frau Abg. Berroth.

Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Zunächst eine Bemerkung auf einen Einwurf des Kollegen Dr. Mentrup: Ich war noch nie in Griechenland im Urlaub und werde daher davon auch nichts erzählen.

(Abg. Dr. Frank Mentrup SPD: Das hatte ich mir gedacht! – Abg. Nikolaos Sakellariou SPD: Das wollten wir auch gar nicht wissen!)

Das wäre diesem Thema sicher auch nicht angemessen.

Eine Frage, Herr Kollege Kretschmann, habe ich aber schon, nämlich: Warum führen wir heute diese Debatte hier im baden-württembergischen Landtag?

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Das weiß er nicht einmal selbst!)

Das ist mir auch nach Ihrer einführenden Rede nicht wirklich klar geworden. Sie sind kurz einmal in Panikmache verfallen und haben vom „Virus Griechenland“ gesprochen, um in einem Ihrer nächsten Sätze allen Griechen wieder die Bäckchen zu streicheln und zu versichern, sie selbst seien natürlich nicht gemeint.

(Abg. Nikolaos Sakellariou SPD: Na, na! „Bäckchen streicheln“?)

Aber dieser Virus soll in Baden-Württemberg ausgebrochen sein. Ich glaube, Sie leben wirklich nicht in der Realität. Wir hätten vielleicht Probleme, wenn wir in den letzten 15 Jahren all Ihren Anträgen gefolgt wären. Dann wäre die Situation hier etwas instabiler.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Das haben wir glücklicherweise nicht getan. Daher sehe ich jetzt auch nicht, weshalb gerade Baden-Württemberg Verantwortung für diese griechische Tragödie tragen soll. Der Fehler ist nicht heute passiert. Der Fehler ist vor knapp zehn Jahren passiert, als man Griechenland in die Eurozone aufgenommen hat.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Da waren die Grünen in der Bundesregierung!)

Natürlich, Herr Kollege Kößler, kann auch ich mir Europa nicht ohne Griechenland vorstellen. Wir haben aber andere europäische Länder nicht in die Eurozone aufgenommen, weil die Stabilität nicht gewahrt war. Damals hat die rot-grüne Bundesregierung schlicht und ergreifend nicht aufgepasst.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Deswegen ist es besonders unangemessen, dass die Grünen jetzt Baden-Württemberg Verantwortung zuschieben wollen.

(Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Das muss man einmal zur Kenntnis nehmen!)

Herr Hofelich, Sie haben völlig recht: Die Menschen sind in Sorge. Sie sind vor allem deshalb in Sorge, weil das eine Materie ist, die nicht einfach zu überblicken ist. Sie haben jetzt

(Heiderose Berroth)

wieder die Spekulanten angesprochen. Heute steht in der „Stuttgarter Zeitung“ ein Interview mit unserem Kollegen, Herrn Stratthaus – der gerade den Saal verlassen hat.

(Abg. Gerhard Stratthaus CDU: Nein, hier bin ich!)

– Er ist doch hier; er ist nur weiter nach vorn gekommen. Wunderbar!

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Er wollte näher bei Ihnen sein! – Heiterkeit)

In der „Stuttgarter Zeitung“ heißt es:

Die Spekulanten haben lediglich die Entwicklung verstärkt und beschleunigt.

Aber sie waren mit Sicherheit nicht ursächlich.

(Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Aber verstärkt haben sie die Krise! Das müssen Sie zugeben!)

Aber den Menschen, die in Sorge sind, müssen wir eines sagen, was auch das Bundesministerium für Finanzen in einer Verlautbarung ganz deutlich gesagt hat. Ich darf zitieren:

Die Hilfe liegt unmittelbar auch in unserem eigenen ... Interesse. Sie ist als Ultima Ratio notwendig, um die Finanzstabilität im Euroraum als Ganzes zu sichern und erheblichen Schaden von der Bundesrepublik Deutschland

– ich füge hinzu: auch von Baden-Württemberg – abzuwenden.

Das ist nun wirklich der wichtige Teil.

Erfreulich ist, dass auch die Banken ihre Bereitschaft zur Mitwirkung erklärt haben.

Ich halte es schlicht für den falschen Platz, nun im baden-württembergischen Landtag über Ratingagenturen und eine Neuordnung der Finanzmärkte zu debattieren. Deswegen werde ich mich dazu auch nicht äußern.

Eines ist klar: Die Reederei „Europa“ muss ihr Flaggschiff „Euro“ sicher zwischen Szylla und Charybdis hindurchnavigieren und muss aufpassen, dass es nicht vor Gibraltar auf neue Untiefen stößt. Aber ich bin zuversichtlich: Auch Odysseus ist – auch wenn es lange gedauert hat – schließlich wohlbehalten wieder zu Hause angekommen. Und das hoffen wir auch – wobei eines klar ist: Die griechischen Schulden müssen auf Dauer von den Griechen bezahlt werden. Wir helfen jetzt, weil sie diesen Überbrückungskredit brauchen. Wir müssen Vertrauen in den Euro schaffen; das ist die wichtigste Botschaft überhaupt. Daran wird Baden-Württemberg – auch im eigenen Interesse – mit Sicherheit so mitwirken, wie es notwendig ist. Aber wir müssen darauf achten, dass Finanzgeschäfte solide gestaltet und abgesichert werden, um aus dieser Krise gut herauszukommen.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Präsident Peter Straub: Das Wort erhält Herr Finanzminister Stächele.

Finanzminister Willi Stächele: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich bin sehr dankbar für diese Debatte, denn sie gibt uns Gelegenheit, das aufzuarbeiten, was vielen Menschen und auch uns Sorgen bereitet. Ich denke, es ist richtig, dass sich auch die Politik und die Politiker offen besorgt zeigen, wenn es darum geht, Herausforderungen dieser Art zu bewältigen. Es gibt keine Patentrezepte.

Ich denke, dass die Frau Bundeskanzlerin heute Morgen mit den folgenden zwei Sätzen das Richtige gesagt hat. Ich zitiere:

Es geht um nicht mehr und nicht weniger als um die Zukunft Europas und damit um die Zukunft Deutschlands in Europa.

Ihr zweiter Satz lautete:

Wir schützen unsere Währung, wenn wir handeln.

Und dann muss man als dritten Satz anfügen: Wir schützen Wirtschaft und Arbeitsplätze in Deutschland und auch in Baden-Württemberg. Denn eines ist klar: Wenn der Überschuss in der Außenhandelsbilanz Deutschlands gegenüber Griechenland bei 6 Milliarden € liegt, dann kann man sich an fünf Fingern ausrechnen, in welchem Maß baden-württembergische Firmen daran beteiligt sind.

Also kurzum: Es geht um viel, um sehr viel. Insbesondere für die, die jetzt glauben, man schiebe irgendwelche Gelder irgendwo in den Mittelmeerraum, sage ich: Es geht ganz konkret auch um Wirtschaft und Arbeitsplätze hier in Deutschland.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Sie wissen, Ausgangspunkt war damals im Grunde die Bitte des griechischen Staates, man möge doch den Unterstützungsmechanismus in Gang setzen. Sie kennen die dramatische Finanzproblematik, in die Griechenland wie in einen Strudel hineingezogen wurde. Es lohnt gar nicht, jetzt ein bisschen oberlehrerhaft noch einmal alles aufzuzeigen; es stand viel, fast zu viel in den Gazetten. Ich finde, man sollte ein bisschen behutsamer damit umgehen.

Es sind Fehler gemacht worden. Sie sind eingestanden worden. Man ist nunmehr bereit, mit einem gewaltigen Maßnahmenpaket gegenzusteuern. Das Maßnahmenpaket der Griechen ist gewaltig. Bis zu 30 Milliarden € will man sparen. Um diesen Betrag will man den Haushalt bis zum Jahr 2014 entlasten. Bis dahin will man das Haushaltsdefizit, das jetzt 13 % des Bruttoinlandsprodukts beträgt, auf 3 % senken. Das ist so gewaltig, dass einem dabei fast der Atem stockt.

Unsere Finanzmärkte trauen der ganzen Geschichte heute noch nicht. Sie sehen: Der STOXX ist gefallen, und der DAX ist gefallen. Der Euro liegt aktuell bei 1,30 US-Dollar. Wenn sie dem derzeit noch nicht so ganz trauen, dann hängt das damit zusammen, dass sie Angst haben, dass das Maßnahmenpaket, das Ausgangsvoraussetzung für das Gelingen ist, vielleicht durch Instabilität bzw. politische Unruhen in Griechenland gefährdet werden könnte.

Es ist im Moment ganz wichtig, dass wir Zuversicht auch in Richtung der Finanzmärkte abgeben. Wir müssen sagen: Wir vertrauen den Griechen; sie werden es schaffen. Sie haben das

(Minister Willi Stächele)

zu einer Überlebensfrage erklärt, und deswegen, Finanzmärkte, gebt jetzt bitte auch den notwendigen Vertrauensvorschuss.

In diesem Zusammenhang fand ich die Pressemitteilung der IHK Region Stuttgart – ich weiß nicht, ob Sie sie gelesen haben – nicht besonders gut. In der Begründung zu dem Gesetzentwurf, über den derzeit im Deutschen Bundestag debattiert wird, steht sinngemäß: Wir gehen davon aus, dass wir nicht in Anspruch genommen werden. Wir geben Kredite; wir gehen davon aus, dass wir nicht in Anspruch genommen werden.

Darüber kann man jetzt diskutieren. Aber ich finde, die Wirtschaft – in diesem Fall die IHK in ihrer gestrigen Presseerklärung – sollte nicht von vornherein eine defätistische Haltung einnehmen. Man sollte nicht von vornherein das Scheitern herbeireden oder prophezeien. Denn jetzt ist ganz wichtig: Vertrauen ist das Kapital, das von dem Maßnahmenpaket in Griechenland und von dem, was wir jetzt mit insgesamt 110 Milliarden € schultern, ausgehen muss. 80 Milliarden € davon entfallen auf die Eurogruppe. Sie wissen, dass 22 Milliarden € davon Kredite der KfW sind, für die die deutsche Bundesregierung die Bürgschaft übernimmt.

Kurzum: Wir brauchen Vertrauen in das, was die Griechen tun, und dann bedarf es natürlich auch der Zuverlässigkeit, damit unsere Hilfen wirken können.

Ich bin übrigens nicht besonders angetan davon, dass schon heute darüber spekuliert wird, ob diese 110 Milliarden € ausreichen. Wenn dieser Tage namhafte Bundespolitiker in der Presse sagen, es könnten auch 150 Milliarden € sein, dann sage ich: Das ist im Moment alles Unsinn. Seien wir uns doch jetzt einfach einmal einig: Diese 110 Milliarden € sind der große Wurf. Die Politik zeigt erneut Gestaltungsfähigkeit, und wir sollten uns dahinterstellen.

Meine Damen und Herren, das Zweite ist, dass im Grunde schon seit der Finanzkrise die Aufgabenstellung lautet, in der Regulierung der Finanzmärkte endlich voranzukommen. Das ist eine Gratwanderung; niemand von uns will Banker spielen. Die Politik will nicht so stark regulieren, dass sie am Schluss selbst Finanzmarkt ist. Es ist also schon gekonnt und richtig, dass man schaut, was man umsetzen kann.

Ich will Ihnen nur einmal stichwortartig vortragen – wir können vielleicht im Finanzausschuss darüber reden –, was im Moment in der Röhre drinsteckt, um einfach einmal zu zeigen, dass die Politik nicht untätig ist:

Das Vorstandsvergütungsgesetz ist verabschiedet. Zum Ausführungsgesetz zu Ratingagenturen kam am 16. September 2009 der Erlass der EU-Verordnung. Das Ausführungsgesetz befindet sich im Gesetzgebungsverfahren. Die Umsetzung der EU-Bankenrichtlinie und der EU-Kapitaladäquanzrichtlinie befindet sich derzeit im Gesetzgebungsverfahren. Der Entwurf eines Gesetzes über die aufsichtsrechtlichen Anforderungen an die Vergütungssysteme von Instituten und Versicherungsunternehmen befindet sich ebenfalls im Gesetzgebungsverfahren. Dann gibt es die Weiterentwicklung der Basel-II-Regeln. Die Neuordnung der Finanzaufsicht auf europäischer und auf nationaler Ebene ist im Koalitionsvertrag von CDU, CSU und FDP enthalten. Die EU plant, den Derivatemarkt zu regulieren.

Die Finanztransaktionssteuer ist ebenfalls ein aktuelles Thema. Dazu muss man allerdings eine Anmerkung machen, die wichtig ist – Herr Hofelich, Sie haben es angesprochen –: Präsident Haasis hat heute Morgen auch noch einmal eine Transaktionssteuer befürwortet. Ich sage Ihnen frank und frei: Wenn sie global machbar ist – genau so fordert es Haasis – und nicht verkürzt wird, nicht nur auf die nationale Ebene oder auf den europäischen Raum bezogen wird, dann wäre ich dafür. Aber isoliert geht es nicht.

Wenn diese Steuer vielleicht bei 0,5 % liegen könnte, dann würde die Börse in Stuttgart mit ungefähr 500 Millionen € belastet. Jeder kann sich an fünf Fingern abzählen, dass eine einseitige nationale Finanzmarktbelastung deswegen nicht infrage kommt. Aber dass das eine geeignete Form wäre – ich bin ein bisschen enttäuscht, dass man hier nicht weiter vorangekommen ist –, gestehe ich in der Tat zu. Es ist auch erklärte Politik der Bundesregierung, hier weiterzuarbeiten, selbst wenn die ersten Schritte nicht sehr erfolgreich waren.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, in der Diskussion ist es auch wichtig, nicht überheblich zu werden. Natürlich haben die anderen Euroländer auch ihre Probleme, und auch Deutschland hat seine Verschuldungsprobleme.

(Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Und Baden-Württemberg!)

– Auch Baden-Württemberg hat mit dem Großauftrag „Konsolidierung der Haushalte“ zu kämpfen. Der Finanzminister spricht dies mit aller Regelmäßigkeit an, Herr Kretschmann.

(Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Das nützt aber nichts, wenn der Ministerpräsident Sie immer zurückerpfeift!)

Es gibt aber auch ein gutes Signal, das heute Morgen vernommen werden konnte. Die Einschätzung der EU-Kommission aus der aktuellen Situation heraus lautet: Die staatlichen Defizite werden im Jahr 2010 im Durchschnitt um 0,3 Prozentpunkte auf 6,6 % des Bruttoinlandsprodukts zunehmen. Man geht davon aus, dass das Defizit von Griechenland mithilfe dieser konkreten Maßnahmen von 13,6 % auf 9,3 % sinkt. Jetzt füge ich an, um einfach wieder einmal Bescheidenheit zum Ausdruck zu bringen: Umgekehrt allerdings wird das Defizit in Deutschland von 3,3 % auf 5,0 % steigen.

Ich bitte und werbe um Vertrauen in das Maßnahmenpaket für Griechenland. Ich will gern, nachdem ich heute Morgen auch von Berlin darüber unterrichtet worden bin, welche zwölf Vorschläge aktuell für Änderungen im Stabilitätsbereich vorgesehen sind, dem Finanzausschuss hierüber berichten. Im Übrigen sollten wir alle miteinander, die wir auch außerhalb des Parlaments in Diskussionen stehen, stets um Vertrauen werben. Wir sollten den Leuten ein Stück weit die Sorgen nehmen, aber gleichzeitig sagen: Man darf den Weg nicht unberücksichtigt lassen, sondern man muss ihn mit Besonnenheit und in großer Verantwortung gehen.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP sowie des Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Damit ist Tagesordnungspunkt 2 erledigt.

Ich rufe **Punkt 3** der Tagesordnung auf:

Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zur Einführung eines Hinterlegungsgesetzes und zur Änderung landesrechtlicher Vorschriften – Drucksache 14/6094

Beschlussempfehlung und Bericht des Ständigen Ausschusses – Drucksache 14/6237

Berichterstatter: Abg. Dr. Tobias Brenner

Das Präsidium hat für die Allgemeine Aussprache eine Redezeit von fünf Minuten je Fraktion festgelegt.

Für die CDU-Fraktion darf ich Herrn Abg. Hitzler das Wort erteilen.

Abg. Bernd Hitzler CDU: Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Nach dem Inkrafttreten des Zweiten Gesetzes über die Bereinigung von Bundesrecht im Zuständigkeitsbereich des Bundesministeriums der Justiz ist nun auch klar, dass das Hinterlegungsrecht zur Sachmaterie des Landesgesetzgebers gehört. Die Hinterlegungsordnung soll nun als neues Gesetz gefasst werden. Wichtig ist vor allem eine einheitliche Ausgestaltung im Bundesgebiet, was auch gelingen wird. Die Regelung der Kosten in Hinterlegungssachen wird sich auch künftig nach den Bestimmungen des Landesjustizkostengesetzes richten. Dieses muss dann auch an die neue Regelung angepasst werden.

Um es klar auszudrücken: Die CDU-Fraktion begrüßt den Gesetzentwurf und dankt dem Justizministerium für die sachgerechte Ausarbeitung des Gesetzes.

Es ist auch sehr erfreulich, dass in der Anhörung der Verbände viel Positives herausgekommen ist und eine große Zustimmung erfolgt ist. Diese Zustimmung erhoffe ich mir natürlich auch heute in der Plenardebatte.

Was nun die kritische Frage der Verzinsung anbelangt, so begrüßt die CDU-Fraktion, dass Beträge unter 10 000 € nicht verzinst werden.

Zu dieser trockenen Materie zum Abschluss noch ein praktisches Beispiel dafür, worüber wir diskutieren: Wenn ein Schuldner seinen Gläubiger nicht kennt und ihn auch nicht erreicht, hinterlegt er beim zuständigen Amtsgericht einen Geldbetrag. Er ist dann von seiner Gesamtschuld befreit.

Mir bleibt nur noch die humorvolle Anmerkung, dass ich hoffe, dass unsere Fraktionskassierer nicht auch noch eine solche Regelung wollen.

Besten Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU – Abg. Helmut Walter Rüeck
CDU: Guter Gedanke, Herr Kollege! Ich werde darüber nachdenken!)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die SPD-Fraktion darf ich Herrn Abg. Dr. Brenner das Wort erteilen.

Abg. Dr. Tobias Brenner SPD: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren! Mein Vorredner hat es schon angesprochen: Mit der Bereinigung von Bundesrecht wurde das Hinterlegungsrecht in die Sachmaterie des Landesgesetzgebers überführt und die Hinterlegungsordnung als Hinterlegungsgesetz gefasst. Die Regelungen sind weitgehend übernommen worden. Im Prinzip handelt es sich um ein unspektakuläres Verfahrensrecht, das, wenn man von den dinglichen Wirkungen der Hinterlegung einmal absieht, eigentlich die verfahrensrechtliche Seite der Hinterlegung regelt, und zwar der Hinterlegung zum einen natürlich zu Sicherungszwecken und zum anderen – das wurde angesprochen – im Sinne eines Erfüllungssurrogats, um sich von Verbindlichkeiten zu befreien, wenn etwa die Erfüllung nicht möglich ist, z. B. aus Gründen, die aus der Gläubigersphäre kommen.

Das einzig Diskussionswürdige ist die Verzinsungsregelung. Bis 10 000 € soll nicht verzinst werden, und ab 10 000 € zu 1 %. Diese Regelung ist, vorsichtig ausgedrückt, etwas gegriffen, um nicht zu sagen, etwas willkürlich, denn der Aufwand ist der gleiche, ob der Betrag nun unter oder über 10 000 € liegt. Aber das ist ein Punkt, der nicht so entscheidend oder zentral ist, dass man die Zustimmung oder die Ablehnung des Gesetzes davon abhängig machen sollte. Etwas elaborierter ausgedrückt: Es ist keine *Conditio sine qua non* für eine Zustimmung.

Wir stimmen dem Gesetz also zu und bedanken uns auch beim Justizministerium.

(Beifall bei der SPD)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die Fraktion GRÜNE erteile ich Herrn Abg. Oelmayer das Wort.

Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zutreffenderweise hat der Kollege Dr. Brenner für die SPD-Fraktion dargelegt, dass wir als Landtag von Baden-Württemberg jetzt die Kompetenz haben, im Bereich des Hinterlegungsrechts ein Gesetz zu erwarten. Wir könnten jetzt über die Grundsatzfrage diskutieren, was ich aber nicht tun will,

(Abg. Siegfried Lehmann GRÜNE: Schade!)

weil die Hinterlegungsordnung auch weiter gelten würde, ohne dass wir das Gesetz erlassen.

Jetzt könnte man natürlich sagen: Im Sinne einer Entbürokratisierung brauchen wir nicht unbedingt ein neues Gesetz mit 38 Paragraphen zu verabschieden. Aber dann würde ich den Menschen im Justizministerium, die in kurzer Zeit und in sicher mühsamer Arbeit ein qualitativ hochwertiges Gesetz erarbeitet haben, glaube ich, Unrecht tun. Schon allein deshalb, liebe Kolleginnen und Kollegen, quasi aus purer Achtung vor den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Justizministerium, stimmt die Fraktion GRÜNE diesem Gesetz zu.

(Beifall der Abg. Bärbl Mielich GRÜNE – Abg. Bärbl Mielich GRÜNE: Bravo!)

(Thomas Oelmayer)

Ein weiterer grundsätzlicher Gedanke ist: Als Landesgesetzgeber sollten wir immer dann von unserer Kompetenz auch Gebrauch machen, wenn sie uns zugestanden wird. Aus Artikel 72 des Grundgesetzes und der darauf basierenden Gesetzgebung des Bundes entsteht jetzt die Kompetenz für uns, das Hinterlegungsrecht auch in landesgesetzgeberischer Tätigkeit zu ordnen. Deshalb sollten wir auch im Sinne der Föderalismusreform I, in deren Verlauf wir ja händeringend nach weiteren Kompetenzen für den Landtag von Baden-Württemberg und die Länder überhaupt gesucht haben, tätig werden. Auch das ist ein Grund dafür, warum wir als Fraktion GRÜNE dem Gesetzentwurf, der von der Landesregierung, vom Justizministerium, eingebracht wurde, zustimmen.

Zu den einzelnen Tatbeständen, liebe Kolleginnen und Kollegen, wurde von meinen Vorrednern schon ausgeführt, dass die Hinterlegung als solche ein wichtiges und sinnvolles Instrument ist. Das ist, glaube ich, unbestritten. Ob man in Zeiten unserer Finanzmarktkrise noch über Zinssätze diskutieren muss, sei dahingestellt; gerade heute Morgen habe ich gelesen, dass es für Festgeld gerade einmal noch 1 % Zinsen gibt. Insofern sind wir alles in allem auch hier auf dem richtigen Weg. Deswegen wären die Bestimmungen zur Verzinsung auch für uns Grüne kein Grund, das Gesetz abzulehnen. Wir stimmen dem Gesetz zu.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die Fraktion der FDP/DVP darf ich Herrn Abg. Dr. Wetzel das Wort erteilen.

Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es wurde bereits des Öfteren darauf hingewiesen, dass durch die Föderalismusreform I das Land Baden-Württemberg nunmehr für das formelle Hinterlegungsrecht zuständig ist. Es geht also um Zuständigkeitsfragen. Außerdem wird das Hinterlegungsverfahren insgesamt geregelt.

Wer forensisch tätig ist, wer auch vor Ort tätig ist, was ich noch immer bin, der weiß, dass das Hinterlegungsverfahren wichtig ist, und zwar besonders dann, wenn sich zwei um ein und dieselbe Sache oder das Geld streiten und der Gläubiger nicht weiß, wohin er Zahlungen leisten muss, wem er zahlen kann.

(Abg. Dr. Tobias Brenner SPD: Der Schuldner!)

Dafür brauchen wir das Hinterlegungsverfahren.

Das materielle Hinterlegungsrecht, das vorschreibt, was hinterlegt werden kann oder muss, wird von der Regelung gar nicht berührt. Dies wird in einer Vielzahl von Gesetzen – BGB etc. – geregelt. Das vorgeschlagene Hinterlegungsgesetz orientiert sich im Wesentlichen an den Vorgaben der Hinterlegungsordnung, die allerdings an den heutigen Sprachgebrauch angepasst wurde.

Eine Anhörung der betroffenen Verbände hat stattgefunden; diese haben keine Einwendungen geltend gemacht. Im Gegenteil: Die Verbände begrüßen dieses neue Gesetz.

Die vorgesehene Neuregelung der Verzinsung des hinterlegten Geldes ist kontrovers diskutiert worden. Meines Erach-

tens ist es aber sachgerecht, dass eine Verzinsung erst ab einem Betrag von 10 000 € erfolgt, um die Sache etwas unkomplizierter zu gestalten. Die Verzinsung erfolgt taggenau.

Es ist begrüßenswert, dass Baden-Württemberg bei der Schaffung der Regelung gut im Zeitplan liegt und insgesamt eine sachgerechte Regelung gefunden werden konnte. Das Land und die Länder insgesamt werden dadurch gestärkt. Das ist insgesamt zu begrüßen. Wir begrüßen auch, dass sogar die Opposition mitmacht und kein Haar in der Suppe gefunden hat.

(Abg. Rainer Stickelberger SPD: Wenn es vernünftig ist, immer! – Zuruf der Abg. Ursula Haußmann SPD)

Das zeugt davon, dass das Justizministerium hervorragend gearbeitet hat. Aus diesem Grund danke ich dem Justizministerium und allen voran dem Justizminister für die gute Arbeit.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die Landesregierung darf ich Herrn Justizminister Professor Dr. Goll das Wort erteilen.

Justizminister Dr. Ulrich Goll: Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Der Bund hat sich von einer bedeutenden Kompetenz getrennt. Wir wissen das zu schätzen.

(Heiterkeit des Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP)

Wenn wir kein Gesetz machen müssten, würden wir auch keines machen, lieber Herr Oelmayer. Zunächst wird klargestellt, dass die bundesrechtliche Hinterlegungsordnung, die noch besteht, entsprechenden landesrechtlichen Regelungen nicht entgegensteht. Aber zum 1. Dezember 2010 tritt die bundesrechtliche Hinterlegungsordnung außer Kraft. Spätestens ab dann brauchen wir eine eigene Vorschrift. Machen wir es also gleich, wie in diesem Land üblich. Denn bis dahin ist es nicht mehr lange.

Wir regeln es weitgehend bundeseinheitlich, weil es wirklich keinen Sinn macht, wenn das formelle Hinterlegungsrecht zwischen den Ländern unterschiedlich geregelt ist.

Allerdings gibt es im Grunde genommen einen Punkt, bei dem sich Unterschiede ergeben, und zwar gerade bei der Frage nach der Verzinsung. Sie ist bundesweit diskutiert worden – mit allen möglichen Ergebnissen. Manche Länder machen hier gar nichts. Wir haben einen Kompromiss gefunden. Es wird mit Recht darauf hingewiesen, dass die Regelung so oder auch ein bisschen anders aussehen könnte. Aber auf irgendetwas muss man sich verständigen. Ich freue mich, dass der Vorschlag Ihre Unterstützung findet.

Im Übrigen habe ich den interessanten Hinweis zur CDU-Fraktionskasse zur Kenntnis genommen. Sie müssten mir aber dann vorher noch sagen, was für ein Rating sie hat.

(Abg. Karl-Wolfgang Jägel CDU: Gut! – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Ein besseres gibt es doch gar nicht! Keine Bad Bank! – Abg. Albrecht Fischer CDU: Triple-A! – Gegenruf des Abg. Reinhold Gall SPD: Vorsicht!)

(Minister Dr. Ulrich Goll)

Vielen Dank für die Unterstützung bei diesem Entwurf, der, wovon ich ausgehe, gleich als Gesetz beschlossen wird.

Danke.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Wird noch das Wort gewünscht, da alle Fraktionen noch Rederecht haben?

(Zuruf: Nein! – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Man soll auch nichts erzwingen!)

Ich möchte Sie nicht überfordern, sondern will Sie nur fragen.

(Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Wir könnten noch einiges dazu sagen! – Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE: Wenn der Minister schon „lieber Herr Oelmayer“ sagt!)

Damit liegen mir keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir kommen deshalb in der Zweiten Beratung zur **A b s t i m m u n g** über den Gesetzentwurf Drucksache 14/6094.

Abstimmungsgrundlage ist die Beschlussempfehlung des Ständigen Ausschusses, Drucksache 14/6237. Der Ständige Ausschuss empfiehlt Ihnen, dem Gesetzentwurf zuzustimmen.

Ich rufe auf

Artikel 1

Hinterlegungsgesetz (HintG)

mit den §§ 1 bis 31. Dieser Artikel ist in sieben Abschnitte gegliedert.

Wer Abschnitt 1 – Allgemeine Bestimmungen – mit den §§ 1 bis 5 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist Abschnitt 1 einstimmig so beschlossen.

Wer Abschnitt 2 – Annahme – mit den §§ 6 bis 10 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist Abschnitt 2 einstimmig zugestimmt.

Wer Abschnitt 3 – Verwaltung der Hinterlegungsmasse – mit den §§ 11 bis 14 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist Abschnitt 3 einstimmig zugestimmt.

Wer Abschnitt 4 – Benachrichtigungen – mit den §§ 15 bis 20 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist Abschnitt 4 einstimmig so beschlossen.

Wer Abschnitt 5 – Herausgabe – mit den §§ 21 bis 26 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist Abschnitt 5 einstimmig zugestimmt.

Wer Abschnitt 6 – Erlöschen des Anspruchs auf Herausgabe – mit den §§ 27 bis 30 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist Abschnitt 6 einstimmig zugestimmt.

Wer Abschnitt 7 – Hinterlegung in besonderen Fällen – mit dem § 31 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist Abschnitt 7 einstimmig so beschlossen.

Ich rufe auf

Artikel 2

Änderung des Landesjustizkostengesetzes

Wer Artikel 2 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Einstimmig zugestimmt.

Ich rufe auf

Artikel 3

Schlussbestimmungen

Wer Artikel 3 zustimmt, der möge bitte die Hand erheben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Einstimmig zugestimmt.

Die Einleitung

lautet: „Der Landtag hat am 5. Mai 2010 das folgende Gesetz beschlossen:“.

Die Überschrift

lautet: „Gesetz zur Einführung eines Hinterlegungsgesetzes und zur Änderung landesrechtlicher Vorschriften“. – Sie stimmen der Überschrift zu.

Wir kommen zur

S c h l u s s a b s t i m m u n g

Wer dem Gesetz im Ganzen zustimmen möchte, der möge sich bitte erheben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Somit ist diesem Gesetz einstimmig zugestimmt. Vielen Dank.

Wir treten jetzt in die Mittagspause ein.

(Zurufe: Schon jetzt?)

Wir setzen die Sitzung um 13:15 Uhr fort.

(Unterbrechung der Sitzung: 11:39 Uhr)

*

(Wiederaufnahme der Sitzung: 13:15 Uhr)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die unterbrochene Sitzung des Landtags von Baden-Württemberg wird fortgesetzt.

Ich rufe **Punkt 4** der Tagesordnung auf:

Regierungsbefragung

Zur Vorbereitung der Regierungsbefragung hat das Staatsministerium folgende drei zentrale Themen der Kabinettsitzung am 3. Mai 2010 mitgeteilt:

(Stellv. Präsident Wolfgang Drexler)

1. Schulische Bildung von jungen Menschen mit Behinderung – Miteinander in der Vielfalt und Vielfalt im Miteinander
2. Umsetzung der Empfehlungen des Innovationsrats
3. Entwurf „Kultur 2020. Kunstpolitik für Baden-Württemberg“

Für eine einleitende Erklärung zum Thema „Schulische Bildung von jungen Menschen mit Behinderung – Miteinander in der Vielfalt und Vielfalt im Miteinander“ darf ich der Ministerin für Kultus, Jugend und Sport, Frau Professorin Dr. Schick, das Wort erteilen.

Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Dr. Marion Schick: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Heute ist der Tag der Menschen mit Behinderungen. Deswegen ist es gut, wenn wir heute Gelegenheit haben, hier zu dem Konzept der Regierung zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention einige Fragen zu klären.

Es ist ein gutes Zeichen für Menschen mit Behinderungen, dass wir gerade in dieser Woche das Umsetzungskonzept des Kultusministeriums im Ministerrat verabschiedet haben und damit die Empfehlungen der Expertenkommission, die wir im letzten Jahr eingesetzt haben, eine hohe Akzeptanz erfahren haben.

Das Thema ist von hoher Bedeutung; das erleben wir alle in unseren Kontakten. Es ist ein Thema, das mit besonderer Sensibilität und Behutsamkeit, aber gleichzeitig auch mit hoher Konsequenz und hohem Nachdruck angegangen werden muss.

Wir werden bei der Umsetzung der Empfehlungen des Expertenrats die richtige Lösung für den einzelnen jungen Menschen mit Behinderung im Blick haben und für jeden Einzelnen die richtige Lösung vor Ort entwickeln.

Das Instrument hierzu wird die Bildungswegekonferenz sein, die zum nächsten Schuljahr in den Schulamtsbezirken umgesetzt wird, und zwar – es erscheint mir wichtig, das noch einmal zu betonen – von allen Staatlichen Schulämtern.

Um vertiefte Erfahrungen zu gewinnen – auch für die anstehende Schulgesetzänderung –, weisen wir ab dem nächsten Schuljahr fünf Schwerpunkterprobungsregionen aus, in denen die Situation, auch die Umsetzungssituation, mit besonderem Nachdruck beobachtet und analysiert wird. Dort werden die wesentlichen Erkenntnisse gesammelt, um die Schulgesetzänderung vorzubereiten und dabei eine Reihe von Folgefragen zu beantworten, z. B.: Wie muss bei einer inklusiven Beschulung die Notengebung aussehen? Wie muss die Versetzungsordnung gestaltet werden? Wie müssen die Ressourcen gesteuert werden? Welche Inhalte und Vorgehensweisen brauchen wir bei der Lehreraus- und -fortbildung? Was müssen wir entwickeln, um die Schulen in privater Trägerschaft hier mit einzubeziehen? Welche Auswirkungen hat die Ausweitung von Schulbezirken in diesem Zusammenhang?

Wir werden auch durch die Ausweitung der gemeinsamen Beschulung Erkenntnisse gewinnen – nicht nur in den Erprobungsregionen, sondern im ganzen Land –, und zwar Erkenntnisse darüber, wie sich die Rolle der Sonderschulen weiter entwickeln wird, die wir als sonderpädagogische Kompetenz-

zentren in jedem Fall erhalten und in ihrer Kompetenzsetzung ausbauen werden.

Diese Fragestellungen werden in den Erprobungsregionen schwerpunktmäßig beleuchtet. Dann wird daraus die Schulgesetzänderung vorbereitet. Gleichzeitig wird, von den Schulämtern ausgehend, die gemeinsame Beschulung im ganzen Land ausgeweitet.

Was sind die nächsten Schritte? Wir werden nach der nun erfolgten Kabinettsbefassung und -verabschiedung zunächst Auftaktveranstaltungen in allen Schwerpunktreionen und dann darüber hinaus Informationsveranstaltungen in allen Regionen des Landes durchführen. Wir werden eine Internetplattform mit Leitfragen zur Weiterentwicklung der Schulkonzepte aufbauen und damit auch ein Ansprechpartnersystem im Land entwickeln, das kompetente Ansprechpartner ausweist, vor allem auch Pädagogen und Pädagoginnen, die bereits Erfahrung mit der gemeinsamen Beschulung von jungen Menschen mit und ohne Behinderungen haben.

Wir sind im Moment dabei, ein Fortbildungskonzept zu entwickeln und dann sehr schnell in die Handlung umzusetzen, bei dem vor allem auch Lehrer und Lehrerinnen hospitieren werden, sich Erfahrungen anschauen werden, die wir im Land mit der gemeinsamen Beschulung junger Menschen mit und ohne Behinderungen bereits haben.

Ich darf noch einmal darauf hinweisen, dass Baden-Württemberg hier von einem der höchsten Niveaus in ganz Deutschland aus startet. Knapp 30 % der jungen Menschen mit festgestelltem sonderpädagogischem Förderbedarf sind bereits heute in das allgemeine Schulsystem eingegliedert. Das ist eine der höchsten Quoten in Deutschland. Wir haben gleichzeitig – ich glaube, es ist auch wichtig, die Qualität noch einmal zu betonen – die deutschlandweit niedrigste Quote von jungen Menschen mit Behinderungen, die ohne Schulabschluss eine allgemeine Schule oder eine Sonderschule verlassen. Das heißt, wir sind heute das erfolgreichste Land bei der Beschulung von jungen Menschen mit und ohne Behinderungen.

Der Weg, den wir einschlagen, ist von Konsequenz und gleichzeitig von Verständnis und Behutsamkeit gekennzeichnet. Die allgemeinen Schulen, die in diesem Zusammenhang noch keine Erfahrungen haben, müssen sich dem Thema annähern. Es gibt aber den klaren Auftrag an alle Schulämter im Land, initiiierend und unterstützend tätig zu werden – nicht abwartend, sondern initiativ –, damit wir flächendeckend zu einer noch höheren Quote der gemeinsamen Beschulung kommen und inklusive Lösungen zum Normal- und Standardfall werden.

Wir werden gleichzeitig ein Monitoring aufbauen und damit auch überprüfen können, wie unsere Regelungen uns dem Ziel näherbringen und wie wir sie dann unterwegs noch weiter anpassen können.

Deswegen und zusammenfassend sage ich: Wir beschreiten nun den Weg zur vorgeprüften und definierten Änderung des Schulgesetzes.

Vielen Dank, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Erste Frage für die FDP/DVP-Fraktion, Frau Abg. Dr. Arnold.

Abg. Dr. Birgit Arnold FDP/DVP: Frau Ministerin, herzlichen Dank für Ihre Ausführungen. Wir sind unsererseits sehr froh, dass Sie diesen Weg so forsch und mit festen Vorhaben beschreiten.

(Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Wir auch!)

Sie haben die Aufgabe der Schwerpunktschulämter herausgestellt. Ich möchte gern folgende Frage stellen: Welche Möglichkeiten sehen Sie darüber hinaus, junge Familien, die sich schon jetzt auf den Weg machen wollen, außerhalb dieser Schwerpunktschulämter zu unterstützen?

Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Dr. Marion Schick: Frau Abgeordnete, wir haben alle Staatlichen Schulämter bereits darüber informiert, dass wir von ihnen eine Initiativhaltung erwarten. Der große Unterschied zur jetzigen Situation wird sicherlich sein, dass mit Beginn des nächsten Schuljahrs flächendeckend alle Schulämter die Aufgabe haben, hier von sich aus Lösungen zu erarbeiten, und vor allem Eltern nicht in der Rolle sein sollten, auf eigene Faust und auf eigene Verantwortung Kooperationspartner suchen zu müssen. Dies ist ab sofort Aufgabe aller Staatlichen Schulämter, sodass wir den Eltern eine nachhaltige Unterstützung bieten können. So gewährleisten wir, dass im Ergebnis auch in den Nichterprobungsregionen für die Eltern und die behinderten Kinder ab sofort ein deutlicher Wechsel und Fortschritt zu erleben sein wird.

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Eine Zusatzfrage des Herrn Abg. Hoffmann.

Abg. Andreas Hoffmann CDU: Frau Ministerin, wir teilen Ihre Ansicht,

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Was Wunder!)

dass wir jetzt in allen Schulamtsbezirken beginnen sollten. Die „Beobachtungsschulämter“ oder die „Versuchsschulämter“ sind ja gehalten, entsprechende Vorgaben zu machen. Für uns gibt es dabei eine ganz maßgebliche Bedingung, nämlich dass wir Schulen haben, die von ihrer Ausstattung her integrationsfähig sind, die aber auch integrationswillig sind. Das heißt, die behinderten Kinder müssen an diesen Schulen willkommen sein. Wir dürfen nicht im ersten Schritt Schulen verpflichten. Jede Schule muss irgendwann integrationsfähig sein, aber im ersten Schritt ist es, glaube ich, wichtig, dass man die entsprechenden Maßnahmen auch auf Integrationswilligkeit bezieht.

Zu meiner Frage: Wir haben zwei unterschiedliche Personengruppen. Zum einen haben wir heute Kinder in Sonderschulen, bei denen sicher schon viel zum Thema „Integration an Regelschulen“ gemacht worden ist. Haben diese Kinder auch die Möglichkeit, im nächsten Schuljahr in eine Regelschule zu wechseln?

Zum anderen geht es um die Eltern, die ein behindertes Kind haben, das neu in die Schule kommt. Kann ihnen tatsächlich – wir hätten das gern – ab dem kommenden Schuljahr ein Angebot in einer Regelschule gemacht werden?

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Bitte, Frau Ministerin.

Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Dr. Marion Schick: Herr Abgeordneter, es ist Aufgabe der Staatlichen Schulämter, mithilfe der Bildungswegekommision an dem runden Tisch passgenaue Lösungen für beide von Ihnen angesprochenen Personengruppen zu erarbeiten. Das heißt, sowohl Kinder mit Behinderungen mit einem festgestellten sonderpädagogischen Förderbedarf, die neu eingeschult werden, als auch Kinder, die bereits an einer Sonderschule sind, können, wenn die Eltern – und hoffentlich auch die Kinder – es wünschen, diese Frage selbstverständlich in Zusammenarbeit mit dem Staatlichen Schulamt neu aufrollen.

Es gibt hier keine Stichtagsregelungen, es gibt keine Normierungen, es gibt keine vorgeschriebenen Modellvarianten. Aus unserer Sicht gibt es ausschließlich eine Orientierung am Einzelfall, und es gibt die Orientierung am elterlichen Erziehungsplan.

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Eine weitere Zusatzfrage, Herr Abg. Zeller.

Abg. Norbert Zeller SPD: Frau Ministerin, Sie haben im Wesentlichen die Ergebnisse und die Vorschläge der Expertenkommission übernommen, und Sie führen jetzt Modellversuche ein. Ich bin etwas überrascht über ein Schreiben des Staatlichen Schulamts Konstanz, in dem die Schulen dringend darum gebeten werden, auf Eigeninitiativen mit Eltern, Kollegien oder Schulträgern zu verzichten. Das ist für mich ein Widerspruch zu dem, was Sie eben dargestellt haben.

Wir waren uns im Schulausschuss darüber einig, dass wir keine Testversuche, keine Testläufe, keine Schulversuche brauchen. Es gibt genügend Erfahrungen, Erkenntnisse, Modelle und Studien. Ich habe Ihnen hier welche mitgebracht. Ich empfehle sie Ihnen gern zur Lektüre. Es gibt haufenweise Ergebnisse. Jetzt muss es darum gehen, diese Ergebnisse endlich umzusetzen.

Das, was Sie machen, ist ein Hinausschieben um weitere zwei bis drei Jahre. Wir wollen, dass das Schulgesetz jetzt geändert wird, und zwar noch in dieser Legislaturperiode, weil die Eltern im Hinblick auf das Elternwahlrecht unserer Meinung nach auch einen Rechtsanspruch haben und Sicherheit benötigen.

Ich kann Ihnen Beispiele von Eltern nennen, die eine wahre Odyssee durchlaufen, wenn sie ihr Kind an eine Regelschule schicken wollen. Das jüngste Beispiel: Lassen Sie sich einmal aus Kressbronn erzählen, was dortige Eltern alles mitmachen.

Sie sprechen laufend von „passgenau“. Meine Frage ist: Was heißt denn „passgenau“? Das ist letztendlich nichts anderes als eine Einzelfallentscheidung. Damit werden die Eltern wiederum zu Bittstellern.

Die zweite wichtige Frage in diesem Zusammenhang ist: Wenn Sie jede Gelegenheit nutzen, um zu betonen, dass 30 % der Kinder schon jetzt gemeinsam unterrichtet werden, müssen Sie auch wissen, dass dies immer unter der Maßgabe des zielgleichen Unterrichts stattfindet. Zieldifferenter Unterricht findet eben nicht statt. Aber zieldifferenter Unterricht ist genau das, was dringend notwendig ist. Sind Sie bereit, zieldif-

(Norbert Zeller)

ferenten Unterricht auch in dieser Vorphase zuzulassen? Was sagen Sie eigentlich den Eltern, die jetzt erklären, dass sie nicht zu lange warten wollen und ihr Kind im nächsten Schuljahr inklusiv unterrichtet haben wollen?

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Bitte, Frau Ministerin.

Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Dr. Marion Schick: Herr Abgeordneter, ich freue mich, dass wir in der Beurteilung der bereits gelebten Praxis in Baden-Württemberg einig sind. Auch das Kultusministerium ist der Ansicht, dass wir keine Erprobung des gemeinsamen Unterrichts brauchen. Deswegen sprechen wir zwar sehr wohl von Erprobungsregionen, wollen dort aber nicht die Unterrichtsmodelle erproben, sondern die rechtlichen, die finanziellen und die Strukturauswirkungen intensiv beobachten und daraus Schlüsse für die Änderung des Schulgesetzes ziehen.

(Zuruf des Abg. Norbert Zeller SPD)

Ich will deutlich sagen: Wir sind uns einig in der Einschätzung, dass der gemeinsame Unterricht nicht erprobt werden muss.

Zu Ihrem letzten Punkt, dem zieldifferenten Unterricht: Er ist bereits heute in vielen Fällen gelebte Praxis. Sie haben dankenswerterweise die hohe Zahl der gemeinsam beschulten Jugendlichen noch einmal erwähnt. Hier haben wir in vielen, vielen schon heute gelebten Unterrichtssituationen selbstverständlich bereits eine Zieldifferenzierung, wie wir auch eine Methodendifferenzierung haben. Dies ist bereits möglich und wird dann mit der Änderung des Schulgesetzes, die bereits terminiert ist, auch in der Fläche abgesichert werden.

Sie haben gefragt: Was sagen wir den Eltern, die für das nächste Schuljahr für ihr Kind die beste Lösung finden wollen? Das wird nicht in 100 % der Fälle tatsächlich die Beschulung in der allgemeinen Schule sein. Es geht ja immer um die beste Lösung im Einzelfall.

Ich darf wiederholen, was ich vorhin ausgeführt habe: Bereits mit Beginn des nächsten Schuljahrs sind alle Staatlichen Schulämter als Moderatoren für die Bildungswegekonzferenzen aufgerufen und stehen zur Verfügung, sodass es keine Verknüpfung zwischen der Änderung des Schulgesetzes und einem deutlichen Ausbau der gemeinsamen Beschulung gibt.

Ich darf noch einmal darauf hinweisen, dass die Änderung des Schulgesetzes ein Nachvollziehen der rechtlichen Regularien sein wird. In der gelebten Praxis werden wir ab dem Herbst eine deutliche Ausweitung erfahren. Die ersten Hinweise, die wir von Schulen haben, die sich interessieren, die sich sozusagen bereit erklären, jetzt schnell einzusteigen oder auszubauen, sind sehr vielversprechend. Wir bekommen Rückmeldungen von den Eltern, dass sie bereits jetzt, in den letzten vier Monaten der Diskussion der Thematik, auch hier im Hohen Haus, erlebt haben, wie sich die Einstellung aller Beteiligten ändert. Also die Antwort für die Eltern ist: Es beginnt mit dem nächsten Schuljahr.

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Eine weitere Zusatzfrage für die Fraktion GRÜNE, Frau Abg. Rastätter.

Abg. Renate Rastätter GRÜNE: Frau Ministerin Schick, der ehemalige Kultusminister Rau hat vor genau einem Jahr, im

Mai 2009, angekündigt, dass die Sonderschulpflicht in Baden-Württemberg abgeschafft und ein Elternwahlrecht eingeführt wird. Es war natürlich nie die Rede davon, dass es vier Jahre dauern würde, bis das Schulgesetz dann tatsächlich geändert werden soll.

Nun hat Staatssekretär Wacker in der Debatte vor wenigen Wochen im Schulausschuss und im Plenum gesagt, dass die Sonderschulpflicht differenziert abgeschafft werde, dass sie in einem ersten Schritt in Modellregionen abgeschafft werde. Das ist auch in den Protokollen so vermerkt.

Deshalb ist meine Frage: Wenn schon die Sonderschulpflicht insgesamt nicht erst in drei Jahren abgeschafft werden soll, weshalb wird sie nicht zumindest in den Modellregionen aufgehoben, wie das vor wenigen Wochen von Staatssekretär Wacker angekündigt wurde? Denn das würde in der Tat die Möglichkeit geben, zu prüfen, inwieweit die Eltern sehr verantwortungsbewusst mit ihrem Elternwahlrecht umgehen. Das wäre also ein erster wichtiger Schritt. Das wäre eine Mindestforderung, die man in diesem Zusammenhang erheben könnte.

Die zweite Frage ist: Eltern von Kindern mit Behinderungen haben in der Regel vielfältige Erfahrungen mit ihren Kindern gemacht. Sie wissen als Experten am besten, was sie ihren Kindern zutrauen können, wo sie Grenzen setzen müssen, was sie ihren Kindern zumuten können und was nicht. Glauben Sie nicht, dass es wichtig ist, diesen Eltern auch das Signal zu geben: „Ihr bekommt die Elternwahlfreiheit, weil wir wissen, dass ihr als Expertinnen und Experten gut mit dieser Situation umgeht“?

Ich möchte noch hinzufügen: Das Elternwahlrecht würde mehr bedeuten als runde Tische in der Vergangenheit. Die Bildungswegekonzferenzen sind faktisch – da würde mich Ihre Meinung interessieren – nichts weiter als die Fortsetzung der runden Tische, die es ohnehin gegeben hat, sodass sich das, was jetzt eingeführt wird, unwesentlich von dem unterscheidet, was wir schon in der Vergangenheit hatten, und die Eltern immer wieder in die Nachfragesituation und in die Rolle der Bittsteller gedrängt werden.

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Bitte, Frau Ministerin.

Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Dr. Marion Schick: Frau Abgeordnete, ich freue mich, dass wir auch hier einig sind. Die von Ihnen beschriebene Situation eines Bittstellertums der Eltern muss der Vergangenheit angehören. Deswegen ist die Aufgabenstellung für die Bildungswegekonzferenzen von einer klaren Aussage determiniert und dominiert. Die Aussage lautet: Der elterliche Erziehungsplan ist Richtschnur, und nur wenn zwingende Gründe entgegenstehen, kann der elterliche Wille im Einzelfall eventuell nicht umgesetzt werden.

Die zwingenden Gründe müssen aber tatsächlich in sehr genau definierten Fällen bewiesen werden. Wenn Sie es juristisch ausdrücken mögen: Hier gibt es dann die Beweislastumkehr. Das ist natürlich ein ganz entscheidender Fortschritt gegenüber der Situation, die wir heute haben. Dies gilt sowohl innerhalb als auch außerhalb von Erprobungsregionen. Es ist der dezidierte politische Wille und auch die Handlungsleitli-

(Ministerin Dr. Marion Schick)

nie, die das Kultusministerium den Schulämtern vorgibt, dass in der Bildungswegekonferenz der elterliche Wille die Leitlinie ist. Es muss sozusagen umgekehrt bewiesen werden, warum er in einem bestimmten Fall nicht umgesetzt werden kann.

Daher bin ich mit Ihnen völlig einig: Die schulgesetzliche Änderung und Einführung eines absoluten Elternwahlrechts wird zu diskutieren sein, und zwar auf der Basis der Ergebnisse aus den Erprobungsregionen. Aber der elterliche Wille als Richtschnur ist bereits ab sofort die Leitlinie für die Diskussion und die Ergebnisse in den Bildungswegekonferenzen.

Insoweit haben wir, glaube ich, dieses Anliegen, das ich nachhaltig unterstütze, umgesetzt. Eltern von behinderten jungen Menschen haben eine solch intensive Betreuungs- und Erziehungsleistung erbracht, sie sind als Menschen so intensiv gefordert, dass es nicht sein darf, dass wir sie im staatlichen Schulsystem zu Bittstellern machen

(Abg. Norbert Zeller SPD: Sie tun es aber!)

oder ihnen zusätzliche Belastungen aufbürden. Mit dem von uns verabschiedeten Umsetzungskonzept werden wir genau dies als Paradigmenwechsel umsetzen.

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Eine weitere Frage der Frau Abg. Dr. Arnold für die Fraktion der FDP/DVP.

Abg. Dr. Birgit Arnold FDP/DVP: Frau Ministerin, gestatten Sie mir eine weitere Frage. Sie wollen in den Schwerpunktschulämtern die neue Situation vertieft ausprobieren. Das Ganze soll vor allem gruppenbezogen realisiert werden. Wir denken auch, dass das der richtige Weg ist, auch mit Blick auf die Ressourcen, die zurzeit zur Verfügung stehen.

Ist der Gruppenbezug auch Voraussetzung für die Unterstützung und Förderung außerhalb der Schwerpunktschulämter?

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Bitte, Frau Ministerin.

Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Dr. Marion Schick: Frau Abgeordnete, der Gruppenbezug, den Sie gerade thematisiert haben, wird ein Element in den Bildungswegekonferenzen sein, und zwar neben der strikten Einzelfallorientierung, die die Sonderpädagogik von uns verlangt. Junge Menschen mit Behinderungen sollten in gar keinem Fall in Klassifikationen gepresst, in Schubladen gesteckt werden. Vielmehr ist der strikte Einzelfallbezug die Voraussetzung für den Erfolg der gemeinsamen Beschulung und für die optimale Förderung von jungen Menschen.

Daneben müssen die Staatlichen Schulämter die Leistung erbringen, die Einzelfälle, die thematisiert werden und die zur Lösung anstehen, auch in Konzeptionen zu gießen, die eine Planung auf örtlicher Ebene ermöglichen. Das kann etwa der Fall sein, wenn sich Gruppen von jungen Menschen ergeben, die als Gruppe sinnvoll zu beschulen sind, was auch eine andere Organisationsform der Mitnahme der sonderpädagogischen Förderkompetenz aus der Sonderschule an die allgemeinbildende Schule möglich machen könnte.

Aber der Gruppenbezug ist kein Handlungsdogma. Das könnte dem Wunsch der Eltern sowie auch unserem Wunsch entgegenstehen, dem einzelnen Kind die optimale Lösung zu er-

möglichen. Wir werden hier beides im Blick behalten müssen, aber wir dürfen daraus kein neues Dogma der Gruppenlösung erarbeiten.

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Eine weitere Zusatzfrage für die CDU-Fraktion, Herr Abg. Hoffmann, bitte.

Abg. Andreas Hoffmann CDU: Frau Ministerin, ich habe den Eindruck, dass die Opposition die Ansicht vertritt, dass es für die Eltern einen Unterschied macht, ob sie in einer Erprobungsregion wohnen oder nicht. Ich habe Sie aber so verstanden, dass es für die Eltern keinen Unterschied macht. Vielmehr dienen die Erprobungsregionen gerade nicht dazu, die Umsetzung hinauszuzögern, sondern sie dienen dazu, Erfahrungen zu sammeln, die dann auch eine rechtssichere Umsetzung ermöglichen.

Was für ein Wahlrecht wäre es, das ein Landtag verabschieden würde, wenn danach gar nicht garantiert werden könnte, dass die Eltern wirklich wählen können, weil vor Ort gar nicht genügend Angebote vorhanden wären?

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Soll sie jetzt Ihre Vorurteile bestätigen, oder wie? Was sind denn das für Fragen?)

Mir ist wichtig, von Ihnen eine klare Antwort auf folgende Frage zu erhalten: Kann man ein Gesetz verabschieden, wenn vor Ort gerade noch ein Wahlrecht in der Umsetzung ist? Anders ausgedrückt: Hätten wir besser warten sollen, hätten wir den Eltern die Möglichkeiten erst einmal nicht einräumen sollen, hätten wir mit der Umstellung noch zwei Jahre warten sollen, bis alle so weit sind? Das hätte doch sicher niemand gewollt.

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Bitte, Frau Ministerin.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Ein schlichtes Ja reicht!)

Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Dr. Marion Schick: Herr Abgeordneter, die Einschätzung und die Erlebnisqualität der Eltern wird hoffentlich völlig unberührt von der Frage bleiben, in welcher Region des Landes die Familie wohnt. Ich wünsche mir, dass Eltern im besten Fall gar nicht merken, ob sie in einer Erprobungsregion wohnen oder nicht. Eltern sollen in dem Paradigmenwechsel, den wir angesprochen haben, vom Ergebnis her die beste Lösung für ihr Kind verwirklicht sehen, und zwar mit aktiver Unterstützung der Staatlichen Schulämter und vor allem auch mit aktiver Unterstützung der allgemeinen Schulen.

Das Thema Inklusion ist kein Thema der Sonderpädagogik, sondern ein Thema der Schulen insgesamt. Insofern gehe ich davon aus, dass mit Beginn des nächsten Schuljahrs das Thema Erprobungsregion kein Thema mehr sein wird und dass wir gleichzeitig im Hintergrund in den Erprobungsregionen die notwendigen Erkenntnisse sammeln, um dann ein vernünftiges geändertes Schulgesetz zu verabschieden und nicht ein schnell geändertes Schulgesetz, das wir dann wieder nachreparieren müssten.

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Weitere Zusatzfragen? – Herr Abg. Zeller für die SPD-Fraktion.

Abg. Norbert Zeller SPD: Letztendlich sagen Sie, Frau Schick, dass es darauf ankommt, eine inklusive Entwicklung ausreichend vorzubereiten, um dann ein fundiertes Gesetz zu machen. In dieser Frage unterscheiden sich unsere Haltungen. Denn wir haben genügend Erfahrungen. Es gibt andere Bundesländer, die bereits weiter vorangeschritten sind, die diesen Weg beschritten haben.

(Zuruf des Abg. Volker Schebesta CDU)

Auch außerhalb der Bundesrepublik gibt es Länder, die diesen Weg praktizieren. Insofern können Sie auch solche Erfahrungen mit aufnehmen. Ihr Argument, man brauche jetzt noch zwei, drei Jahre, sticht eben nicht.

Wir wissen – das traue ich Ihrem Haus sogar zu –, dass Sie das, wenn Sie mit Volldampf daran arbeiten, innerhalb dieser Legislaturperiode noch schaffen. Das ist eine Entwicklung, die Sie hier – –

(Abg. Volker Schebesta CDU: Sehen das die kommunalen Landesverbände genauso?)

– Ich habe hier großes Vertrauen, Herr Schebesta, in das Kultusministerium, zumindest in dieser Frage.

(Zuruf des Abg. Claus Schmiedel SPD)

Deswegen sage ich Ihnen: Es gibt kein Argument dafür, die inklusive Schulentwicklung noch lange zu erproben. Wir brauchen jetzt eine Entscheidung. Ich hatte Ihnen einen Fall genannt; es ist jetzt nicht möglich, ihn zu vertiefen. Aber ich kann Ihnen sagen: Erkundigen Sie sich einmal, was diese Eltern mitmachen. Es ist unerträglich, was sie mitmachen.

Ich habe noch eine kurze Frage mit der Bitte um eine Antwort: Wie definieren Sie dann die Rolle der Sonderpädagogik?

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Bitte, Frau Ministerin.

Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Dr. Marion Schick: Herr Abgeordneter, ich darf noch einmal wiederholen, dass wir, glaube ich, einig sind in der Einschätzung, dass sich die Erprobung nicht auf die pädagogischen Modelle und Hintergründe der gemeinsamen Beschulung bezieht, sondern ausschließlich auf die Gewinnung von Erkenntnissen zur Umsetzung der Schulstrukturfragen, auch und vor allem der Finanzierungsfragen. Wir dürfen hier die Schulträger – die Städte und die Gemeinden – nicht aus dem Blick lassen. Es ist nicht so, dass wir dies hier allein vorantreiben könnten. Ich glaube, es ist ein sehr vernünftiges Vorgehen, das auch den Schulfrieden in den einzelnen Gemeinden sehr unterstützen wird.

Wir sind uns einig: In der Pädagogik sind wir – gerade auch in Baden-Württemberg – lange über das Erprobungsstadium hinaus. Sie haben den Blick in andere Bundesländer angesprochen. Aber nicht in jedem Fall können wir durch den Blick in andere Bundesländer lernen. Es gibt Bundesländer, die unter dem Stichwort „Inklusion“ nun neue Inklusionsschulen aufbauen, die also z. B. eine Schulbezirksregelung beibehalten oder einführen und innerhalb eines Schulbezirks Inklusion an einer einzigen Schule umsetzen lassen. Da steht zwar „Inklusion“ darüber, aber es ist eigentlich ein Exklusionsmodell unter falscher Flagge.

Ich will damit andeuten, dass der Blick in andere Bundesländer für Baden-Württemberg auch in diesem Bereich manchmal schwierig ist, weil wir hier im Bundesvergleich bereits das individualisierteste und erfolgreichste System haben. Das erkennen Sie, wenn Sie sich z. B. die Schulabbrecherquoten anschauen.

Der Blick über die Grenzen hinaus, Herr Abgeordneter, den Sie angesprochen haben, ist sehr differenziert zu gestalten. Denn der Begriff „Junge Menschen mit Behinderungen“ wird leider in einigen Ländern – Sie kennen dies auch aus eigener Praxis sehr genau – sehr inflationär verwendet. Es gibt Länder, die unter jungen Menschen mit Behinderungen auch junge Menschen verstehen, die unter Dyskalkulie oder unter Aufmerksamkeitschwierigkeitssymptomen leiden. Das tun wir nicht. Wir werden die Gruppe der Behinderten nicht ausweiten. Ganz im Gegenteil, die Differenzialdiagnostik wird so verantwortungsvoll fortgeführt wie heute.

Deswegen sind Inklusionsquoten anderer Länder nicht mit denen Deutschlands bzw. Baden-Württembergs vergleichbar, weil sie in der Regel auf einer anderen Grundgesamtheit basieren. Wir sollten den Blick hier bei uns im Land – innerhalb Deutschlands und Baden-Württembergs – lassen und uns ausschließlich daran messen: Gelingt es, die hervorragenden Erfolgsquoten und Qualitäten im Bereich der Inklusion noch weiter zu verbessern? Davon gehe ich aus. Das ist unser Ziel und nicht das Nachjagen hinter irgendwelchen Quoten.

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Vielen Dank, Frau Ministerin. – Ich muss die Debatte über dieses Thema jetzt abbrechen, weil nach unserer Regelung die Behandlung dieses ersten Themas höchstens 30 Minuten dauern darf.

Wir kommen jetzt zum zweiten Thema. Heute beginnt ein Mitglied der Fraktion GRÜNE.

Ich darf Herrn Abg. Sckerl bitten, eine Frage an die Regierung zu stellen.

Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte mich an den Herrn Justizminister wenden.

Herr Minister, Sie haben in den letzten Tagen mit zahlreichen Äußerungen zu Ihrer Vorliebe für Faustfeuerwaffen vom Kaliber 9 mm und andere, mit Aussagen zum Personenschutz, die von den Betroffenen als Schmähkritik und als herabsetzend empfunden werden mussten, und mit Aussagen zur Polizei

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ein Freund der Polizei! – Vereinzelt Heiterkeit)

weit über Baden-Württemberg hinaus nur noch Kopfschütteln erzeugt. Ausgerechnet Sie rütteln seit Tagen kräftig am staatlichen Gewaltmonopol – ausgerechnet Sie!

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Claus Schmiedel SPD: So ist es! – Abg. Peter Hauk CDU: Wir wollen einmal den Altstraßenkämpfer fragen, welche Mittel er früher eingesetzt hat! – Gegenruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Genau! – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Der große Beschützer der Polizei! – Weitere Zurufe)

(Hans-Ulrich Sckerl)

– Herr Fraktionsvorsitzender und Kollege, eine persönliche Bemerkung an Ihre Adresse – das ist es dann aber für diese Legislaturperiode gewesen –:

(Zuruf des Abg. Hagen Kluck FDP/DVP – Abg. Andreas Hoffmann CDU: Frage!)

Zugegeben, auch ich hatte einmal vor vielen, vielen Jahren eine wilde Vergangenheit.

(Oh-Rufe – Heiterkeit – Abg. Peter Hofelich SPD: Sie stehen wenigstens dazu! – Weitere Zurufe – Unruhe)

Bei mir hat es vielleicht einige Monate länger gedauert, bis ich auf dem Boden des Grundgesetzes stand.

(Oh-Rufe – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Sehr anständig! – Zuruf des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP)

Seit ich auf dem Boden des Grundgesetzes stehe, Herr Kollege, werden Sie mich davon auch nicht herunterbekommen. Das ist auch völlig klar.

(Beifall bei den Grünen – Zuruf: Hoi! – Abg. Peter Hauk CDU: Wollen Sie etwa behaupten, hier wäre jemand, der nicht auf diesem Boden steht? – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Wir freuen uns, dass Sie hier angekommen sind!)

Deswegen irritiert uns ganz explizit die Haltung des Ministers, weil wir das staatliche Gewaltmonopol und die vorbehaltlose Anerkennung des staatlichen Gewaltmonopols für ganz wichtige Errungenschaften eines demokratischen Rechtsstaats halten.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das gilt aber auch für Baden-Baden!)

Herr Minister, Sie haben der aus der Mitte des Sonderausschusses „Amoklauf“ stammenden Initiative zur Neuauflage der Waffenamnestie einen wahren Bärendienst erwiesen. Diese Initiative ist nicht mehr glaubwürdig.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Karl Zimmermann CDU: Oh!)

Sind Sie ernsthaft der Meinung, dass Sie das Bild – ich sage es einmal so – des heldenhaften letzten Rockers und Cowboys,

(Vereinzelt Heiterkeit)

der bei Bedarf auch einmal zur Knarre greift, weiterzeichnen wollen, dass Sie damit unserem Land, dem Ansehen der Regierung, dem Ansehen des Landtags einen Gefallen tun?

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Glauben Sie, dass Sie dem Ansehen des Landtags einen Gefallen tun würden?)

Oder sind Sie der Meinung, dass Sie in diesem Zusammenhang Ihrer Vorbildfunktion gerecht werden sollten? Ich finde, heute ist eine gute Gelegenheit dafür. Ihre Regierung hat an-

gekündigt, als politisches Ziel zu verfolgen, dass so wenige Waffen wie möglich im Land in privater oder sonstiger Hand unterwegs sind.

Herr Minister, machen Sie doch endlich den Anfang. Meine Frage lautet: Sind Sie dazu bereit? Ich möchte Sie dazu auch auffordern.

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Herr Kollege, Sie können drei Minuten lang Ihre Frage begründen und sollten dann Ihre Frage stellen.

Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Noch einen Satz als Frage, Herr Vorsitzender, dann bin ich sofort weg.

(Heiterkeit – Zurufe: „Herr Präsident“! – Nicht „Vorsitzender“, sondern „Präsident“!)

– Herr Präsident. – Herr Minister, sind Sie nicht auch der Auffassung, dass die christliche Friedensbewegung bereits in den Achtzigerjahren mit dem Motto – ich habe es dabei –

(Der Redner hält einen Aufkleber hoch. – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Sehen lassen!)

„Ohne Rüstung leben“ ein gutes Vorbild dafür gestiftet hat? Wäre das nicht auch ein Vorbild für Ihr künftiges weiteres Dasein als Minister?

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die Landesregierung erteile ich Herrn Justizminister Professor Dr. Goll das Wort.

(Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Bewaffnet oder nicht? – Abg. Karl Zimmermann CDU: Mein ganzer Körper ist eine Waffe! – Heiterkeit – Abg. Guido Wolf CDU: Das ist zum Schießen!)

Justizminister Dr. Ulrich Goll: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich bin Ihnen dankbar, dass Sie dieses Thema in die Regierungsbefragung eingebracht haben, weil die Diskussion darüber mittlerweile ein Ausmaß annimmt, einen Drall bekommt, sodass ich eigentlich jede Gelegenheit begrüße, ein paar Punkte richtigzustellen. Darunter sind genau auch jene, die Sie dankenswerterweise angesprochen haben.

Ich könnte jetzt auch sagen – das ist ernst gemeint; ich mache normalerweise keine Schleichwerbung –: Lesen Sie einmal das Interview in den „Stuttgarter Nachrichten“, das ich heute gegeben habe.

(Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Das hätten Sie besser gelassen!)

Darin steht eigentlich alles. Sie haben nachher Gelegenheit, nachzufragen. Ich bin gespannt, was Ihnen daran wieder nicht gefällt. Aber eigentlich ist in diesem Interview alles gesagt.

(Minister Dr. Ulrich Goll)

Vorweg darf man sagen: Es steht außer Zweifel, dass ich in der Tat zwei Waffen auf legaler Grundlage besitze, wobei mir auffällt, dass viele in der Diskussion das klassische Kleinkaliber 22 als „großkalibrig“ bezeichnen. Das sagt doch schon einiges.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Wer hat das jetzt behauptet? Das war wieder ein Ablenken!)

– Viele.

Zweitens habe ich die notwendige Sachkenntnis im Umgang mit den Waffen. Drittens sind diese Waffen gesichert aufbewahrt. Ich habe viertens gesagt, dass ich, solange ich infolge meines Amtes in einer exponierten Situation bin, diese Waffen auch behalten möchte, weil sie insbesondere im häuslichen und familiären Bereich einen bestimmten Schutz bieten.

(Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Das kann jeder für sich reklamieren!)

Ich nehme jetzt die Gelegenheit wahr, wie ich es vorhin gesagt habe, und gehe im Einzelnen auf einige Aspekte Ihrer Fragen ein.

(Unruhe bei der SPD und den Grünen – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Zuhören!)

Eine ganz merkwürdige und von mir nicht gewollte Wendung nehmen z. B. die Äußerungen zum Personenschutz. Ich sage dazu auch jetzt: Sollte ich aus Unachtsamkeit zu dieser Schiefelage beigetragen haben, dann täte mir dies leid. Ich kann Ihnen nur sagen, was ich tatsächlich gesagt habe.

Im Beisein einiger Journalisten – es waren ja überall Leute dabei – wurde ich gefragt, warum ich im Jahr 1996 auf den Personenschutz verzichtet habe, wobei ich übrigens nicht so erfreut bin, dass das ständig in der Zeitung steht. Aber das ist jetzt eben so. Bis 1996 hatten der Innen- und der Justizminister Personenschutz. Ich habe im Sommer 1996 als Erstes auf diesen Personenschutz verzichtet, weil er mit einem Riesenaufwand verbunden ist und weil es mich zweitens eher belastet hätte, wenn junge Leute sozusagen den ganzen Tag um mich herum sind und keine andere Aufgabe haben als die, auf mich aufzupassen. Das finde ich eigentlich ein bisschen schade.

(Zuruf des Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE – Unruhe)

Das muss, glaube ich, jeder ein Stück weit für sich persönlich entscheiden, und Sie haben mich danach gefragt.

Ich habe nebenbei gesagt, dass nicht einmal der Personenschutz einen hundertprozentigen Schutz bietet – nicht einmal der Personenschutz. Das hat übrigens Herr Seidenspinner am nächsten Tag genauso gesagt. Nichts anderes habe ich gesagt. Ich wollte natürlich nicht den Eindruck erwecken – das sage ich an dieser Stelle noch einmal ganz klar –, als könnte ich mich selbst besser schützen. Das wäre, auf Deutsch gesagt, doch bescheuert.

(Abg. Theresia Bauer GRÜNE: Der Eindruck ist aber entstanden!)

– Ja. Deshalb bin ich froh, hier darauf hinweisen zu können: Ich bilde mir natürlich nicht ein, dass mein Waffenschein einen besseren Schutz bedeutet als der Personenschutz. Ich respektiere das, was die Polizeibeamten machen, in jeder Weise. Ich sage gern: Sie können es viel besser als ich. Aber das ändert nichts daran, dass ich in einem bestimmten häuslichen Umkreis dank Vertrautheit mit der Sache durchaus Vorkehrungen treffen kann, um mich und meine Familie, in der Sicherheit immer wieder einmal ein Thema ist, wirksam zu schützen. Das ist auch für mich von einer gewissen Bedeutung.

Das hat mit dem Gewaltmonopol des Staates im Übrigen nicht das Geringste zu tun; daran wird nicht gerüttelt. Ich finde es aber originell, dass man das, was man eigentlich jedem Streifenbeamten zu Recht zutraut, nämlich dass er zu einem verantwortungsvollen Umgang mit seiner Waffe in der Lage ist, ausgerechnet dem Justizminister, der immerhin einem klassischen Ressort vorsteht, nicht zutraut und nicht zubilligen möchte. Das finde ich dann umgekehrt wieder erstaunlich, obwohl das völlig klar ist. Ich hätte jetzt keine Mühe, zu belegen, in welcher Weise ich in den vergangenen Jahren schon bedroht worden bin. Ich könnte Ihnen das belegen, will aber den Betroffenen nicht den Gefallen tun, sie damit zu ehren.

Ich komme ganz kurz zum dritten Punkt, zu der Amnestie. Ich versuche eben, möglichst auf das einzugehen, was Sie gesagt haben. Mein Waffenbesitz beißt sich auch nicht mit der Amnestie. Die Amnestie zielt darauf, dass wir Waffen aus dem Verkehr ziehen, die in illegalem Besitz sind, von denen wir vermuten, dass sie in Händen von Personen sind, die über keine Sachkenntnis im Umgang mit Waffen verfügen und bei denen keine ordnungsgemäße Aufbewahrung erfolgt. Das ist nicht gut. Dagegen wollen wir vorgehen.

Ich sage Ihnen ganz deutlich, was ich nie vorhatte: Es ging mir nie darum, den legalen Waffenbesitz abzuschaffen, den es bei den Jägern, den Schützen und bei gefährdeten Personen nun einmal gibt. Daran habe ich selbst nie gerüttelt, und das halte ich auch für eine vernünftige Regelung.

Ich habe aber umgekehrt zunehmend den Eindruck, dass die Debatte, die jetzt läuft – gerade auch um meine Person –, eigentlich in die Richtung läuft, dass man überhaupt keine Waffe bei irgendjemandem haben möchte. Dann sollte man aber ehrlich sagen, dass man überhaupt keine Waffe will, weder bei einem Justizminister noch bei sonst jemandem, statt bei mir alle möglichen Widersprüche zu entdecken. Denn ich verhalte mich eindeutig im Einklang mit dem bestehenden Recht – und aus meiner persönlichen Sicht auch aus gutem Grund.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Karl Zimmermann CDU: Sehr richtig!)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Vielen Dank, Herr Minister. – Eine Zusatzfrage von Frau Abg. Altpeter.

Abg. Katrin Altpeter SPD: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Auch ich möchte mich an Herrn Minister Goll wenden.

Herr Justizminister, Winnenden gehört zu unserem gemeinsamen Wahlkreis. Wir waren beide sehr vertraut mit den Ereignissen und Geschehnissen dort und haben mit vielen – auch

(Katrin Altpeter)

mit Angehörigen und Opfern – gesprochen. Vieles ist inzwischen wieder alltäglich geworden, in vielen Bereichen ist wieder Normalität eingekehrt. Dennoch berichten mir noch immer Schülergruppen, dass sie zusammenschrecken, wenn es einen lauten Knall gibt, und Ähnliches.

Herr Minister, würden Sie Ihre eigenen Aussagen in den letzten Tagen zum Gebrauch von Waffen auch im privaten Umfeld – Ihre Aussagen zu Ihren eigenen Waffen, die Sie zu Hause haben, die, wie Sie in Interviews gesagt und eben noch einmal wiederholt haben, dem Schutz Ihrer Familie bei Bedrohungssituationen dienen – vor diesem Hintergrund nicht als zynisch betrachten wollen? Das zum einen.

Zum anderen: Sie haben dazu aufgerufen, Waffen aus illegalem Besitz zurückzugeben.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Er hat ja legale!)

Ich denke, es wäre ein gutes Zeichen als Vorbild auch und vor allem der Familie gegenüber, die eigenen Waffen zurückzugeben, der staatlichen Gewalt zu vertrauen und hierbei insbesondere unseren Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten zu vertrauen.

(Beifall bei der SPD)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Bitte, Herr Minister.

Justizminister Dr. Ulrich Goll: Es ist ja auch der Eindruck entstanden, dass ich mich, wie es so schön hieß, geoutet hätte, und das auch noch zur Unzeit in der Landespressekonferenz. Tatsache ist, dass ich in der Landespressekonferenz von einem Journalisten, der wie viele andere Journalisten längst weiß, dass ich diese Waffen habe, gefragt wurde, ob ich diese sicher aufbewahre. Tatsache ist, dass ich daraus nie ein Geheimnis gemacht habe und in jeder Debatte über das Waffenrecht gesagt habe: Verzeihung, ich kenne mich da ein bisschen aus, weil ich seit 1996 selbst einen Waffenschein habe.

Ich habe selbstverständlich auch in dem Gespräch mit der Opferinitiative, das wir einige Zeit nach dem Amoklauf in meinem Wahlkreisbüro in Waiblingen geführt hatten, darüber geredet, weil auch die Forderung im Raum stand, Großkaliber zu verbieten. Da hatte ich gesagt, das würde bestimmt nichts nützen. Wir haben gemeinsam nach nützlichen Wegen gesucht. Ich habe vorgeschlagen, auf jeden Fall die Zahl der Waffen zu begrenzen. Ich habe ferner gesagt, es dürfe niemand 16 Waffen auf einer Waffenbesitzkarte haben, und die Frage aufgeworfen, wie es zu einer solchen Situation kommt. Ich habe ferner vorgeschlagen, den Waffenbesitz stärker an die Ausübung eines Sports zu binden. Das alles habe ich nach dem Amoklauf mit den Eltern dort erörtert.

Ich glaube, auch die betroffenen Eltern sind nicht auf die Idee oder den Duktus gekommen, den wir jetzt haben, dass man in dieser Debatte meines Erachtens die potenziellen Täter mit den potenziellen Opfern verwechselt. Man muss schon beide Augen zumachen, um nicht zu sehen, dass ich nicht nur im privaten Umfeld eine Waffe habe. Vielmehr – Verzeihung – bin ich nun einmal Repräsentant eines Teils der öffentlichen Gewalt, und zwar ausgerechnet der Strafverfolgung und des Strafvollzugs.

(Unruhe bei der SPD – Abg. Ursula Haußmann SPD:
Das rechtfertigt das doch nicht!)

Deswegen ist es seit Jahren und Jahrzehnten in der Justiz üblich, dass Staatsanwälte und Richter in besonders kritischen Verfahren, wenn sie sich dadurch sicherer fühlen und die erforderlichen Voraussetzungen mitbringen, auch eine Waffe bekommen. Für diesen Fall haben wir sogar Dienstwaffen. Das gilt beispielsweise auch für Strafvollzugsanstalten.

Ich habe heute gerade den betreffenden Brief unterschrieben. Ich werde mich noch einmal an die Eltern wenden. Ich hatte zumindest zum damaligen Zeitpunkt das Gefühl, dass der Unterschied klar war, sodass sie nicht auf die Idee gekommen sind, sich durch den Staat und durch mich bedroht zu fühlen.

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Eine Zusatzfrage von der FDP/DVP-Fraktion, Herr Abg. Dr. Wetzel.

Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Herr Minister, Herr Kollege Sckerl hat Ihnen gerade vorgeworfen, Sie würden am staatlichen Gewaltmonopol rütteln. Das habe ich noch nicht gesehen. Rütteln Sie?

(Abg. Reinhold Gall SPD: Völlig klar! – Abg. Rainer Stickelberger SPD: Ja! – Abg. Ursula Haußmann SPD: Das ist ja unglaublich! Hilfe! – Weitere Zurufe von der SPD und den Grünen)

Zweite Frage: Sie verzichten seit 1996 auf den Personenschutz.

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Jetzt kommt die Frage, was er eingespart hat!)

Ist schon einmal überlegt worden, was das für die Personalkosten bedeutet und was damit im Staatshaushalt eingespart wurde?

(Abg. Reinhold Gall SPD: Das habe ich mir gedacht! Unglaublich! – Gegenruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Jeder darf fragen, was er will! – Abg. Ursula Haußmann SPD: Das ist ja unglaublich, was der hier abliefern! – Gegenruf des Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Ruhe auf den billigen Plätzen! – Weitere Zurufe – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Bitte, Herr Justizminister.

Justizminister Dr. Ulrich Goll: Ich habe damals auch gesagt, dass es immerhin mindestens sechs Arbeitsplätze für die Polizei sind. Wahrscheinlich sind es viel mehr. Ich kann Ihnen keine absoluten Zahlen nennen.

Ich möchte aber bei dieser Gelegenheit noch einmal deutlich machen, dass ich die Diskussion, die wir jetzt führen, insgesamt auch wirklich für schädlich halte.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Zuruf von der SPD: Wer hat sie denn angefangen? – Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Wer hat denn die Frage gestellt? – Gegenruf des Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Kollege Sckerl!)

(Minister Dr. Ulrich Goll)

Es gibt ein bestimmtes Schutzbedürfnis. Damit geht jeder auf seine Weise um.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Eben nicht! Um Gottes willen! – Gegenruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: In seiner Position! Natürlich geht das! Selbstverständlich hat er die Alternative! Das ist doch völlig richtig! – Abg. Ursula Haußmann SPD: So ein Schwachsinn! – Weitere Zurufe)

– Natürlich in der legalen.

(Lebhafte Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Ich weiß, ehrlich gesagt, nicht genau, warum Sie sich an dieser Stelle so aufregen. Es gibt bestimmte Möglichkeiten des Schutzes.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU zur SPD: Schon wieder etwas hineininterpretiert! So ein Quatsch!)

Es gibt bestimmte Grundlagen für den Schutz. Ich sage ehrlich: So hat man darüber in der Öffentlichkeit bisher noch nie diskutiert, weil man gewusst hat, dass man an dieser Stelle vielleicht auch den Falschen nutzt. Aber wir sind uns einig: Es gibt unterschiedliche Möglichkeiten des Schutzes. Es gibt die Möglichkeit des Personenschutzes. Aber es gibt auch die Einstufung „gefährdete Personen“ und den Weg, den ich gegangen bin und der sicher nur einen Teilausschnitt des anderen abdeckt.

Insofern sage ich: Letzten Endes entscheidet das jeder für sich. Aber für mich sind beide Varianten respektabel.

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Vielen Dank, Herr Minister. – Für die Fraktion GRÜNE, Frau Abg. Neuenhaus.

(Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Die zweite Frage des Kollegen haben Sie gar nicht beantwortet, Herr Minister!)

– Welche? Die Frage nach den Kosten?

(Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Die Frage nach den Kosten haben Sie nicht beantwortet! Sie müssen auch blödsinnige Fragen Ihrer Kollegen von der FDP/DVP beantworten! – Gegenruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Er hat von sechs Personen gesprochen! – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Herr Kretschmann, Sie können es im Protokoll nachlesen! – Abg. Karl Zimmermann CDU: 300 000 €!)

– Herr Kollege Kretschmann, diese Frage ist beantwortet worden. Der Herr Minister hat gesagt, möglicherweise handle es sich um sechs Polizistenstellen. Jeder hat dann ein ungefähres Bild der Kosten.

Für die Fraktion GRÜNE, Frau Abg. Neuenhaus.

Abg. Ilka Neuenhaus GRÜNE: Vielen Dank. – Herr Goll, Sie teilen sicherlich mit uns die Auffassung, dass ein großer Teil der Bevölkerung ein Schutzbedürfnis hat und Angst vor der abstrakten Gefahr durch Menschen hat, die Waffen besitzen. Wir haben alle Anstrengungen unternommen – insbeson-

dere auch vor dem Hintergrund des Amoklaufs in Winnenden –, um den Waffenbesitz einzudämmen.

(Abg. Peter Hauk CDU: Den illegalen, Frau Neuenhaus! – Weitere Zurufe)

– Nicht nur den illegalen Waffenbesitz, sondern durchaus auch den legalen Waffenbesitz. Ein großer Teil der Bevölkerung fühlt sich dadurch sehr bedroht.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Von Waffen in legalen Besitz?)

Wie erklären Sie uns jetzt die Tatsache, dass Sie öffentlich geäußert haben,

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

dass Sie die Waffe jederzeit mit sich führen? Wie ist das aus Ihrer Sicht mit der Aufbewahrungspflicht und den besonderen Anforderungen an die Pflicht zur Aufbewahrung von Waffen vereinbar?

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Ein Blick ins Gesetz genügt, Frau Kollegin! Ihr habt keine Ahnung! – Gegenruf der Abg. Ursula Haußmann SPD: Oje, Herr Zimmermann! – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Man muss auch lesen können! – Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Jimmy, das stimmt: Keine Ahnung! – Weitere Zurufe – Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Bitte, Herr Minister.

Justizminister Dr. Ulrich Goll: Noch einmal zu dem Thema, wer sich bedroht fühlen könnte. Mir sagt mein bescheidener Verstand: Wer sich von einem Justizminister, der einen Waffenschein hat, bedroht fühlen wollte, der müsste wirklich Angst vor jedem Polizeibeamten haben.

(Beifall bei der FDP/DVP – Zuruf von der CDU: So ist es! – Abg. Reinhold Gall SPD: In die haben wir Vertrauen! In unsere Polizeibeamten haben wir Vertrauen!)

Deswegen hat die Diskussion etwas Erstaunliches: weil man die ganze Zeit an einem Umstand vorbeischießen will, an dem man gar nicht vorbeischießen kann.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Der Justizminister gefährdet Personen! – Abg. Ursula Haußmann SPD: Unglaublich! Unglaublich!)

Das war der Punkt, den ich vorhin angesprochen habe: Man muss in der Debatte zwischen potenziellen Tätern und potenziellen Opfern unterscheiden.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja!)

In der Tat: Die Erlaubnis, die ich habe, würde es mir auch gestatten, die Waffe zu führen. Ich habe bisher aus gutem Grund davon abgesehen, darüber nähere Angaben zu machen. Darüber kann man aber natürlich gern informieren. Ich habe vorherhin angedeutet, wo es für mich besonders wichtig ist. Diese Waffe ist natürlich auch bei mir im Haus ordentlich aufbewahrt.

(Zuruf des Abg. Walter Heiler SPD)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die SPD-Fraktion eine weitere Zusatzfrage, Herr Abg. Stickelberger.

Abg. Rainer Stickelberger SPD: Herr Minister, Sie haben sich über den Drive gewundert, den die Diskussion in den letzten Tagen bekommen hat. Den Drive haben Sie eigentlich selbst geschaffen, indem Sie von einer unbedachten Äußerung in die andere gestolpert sind.

Justizminister Dr. Ulrich Goll: Das stimmt nicht.

Abg. Rainer Stickelberger SPD: Das nur zur Klarstellung.

Zweite Klarstellung unsererseits: Dass Sie einem erhöhten Schutzbedürfnis unterliegen, ziehen wir überhaupt nicht in Zweifel. Dass Sie mit Ihrer Familie diesen Schutz subjektiv für sich beanspruchen, steht auch außer Zweifel. Aber wir sehen diesen Schutz am besten aufgehoben bei der Polizei, bei den Organen der Polizei, und insbesondere bei den Personenschutzern des Landes,

(Abg. Peter Hauk CDU: Das ist aber nicht die einzige Möglichkeit!)

die unser volles Vertrauen genießen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Vor diesem Hintergrund hätte ich noch eine Frage, weil Sie Ihr jüngstes Interview mit den „Stuttgarter Nachrichten“ sozusagen zu Ihrer Entlastung anführen. Darin sagen Sie:

Man sollte mir als Justizminister zutrauen, dass ich mit so viel Verantwortungsbewusstsein mit einer Waffe umgehe wie jeder Streifenbeamte.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Oje, oje!)

Halten Sie diese Aussage ernsthaft aufrecht? Das sind Beamte, die speziell für ihren Dienst ausgebildet und unterwiesen sind. Glauben Sie, dass das ein Justizminister eben einmal so nebenher mit erledigen könnte? Glauben Sie das wirklich ernsthaft?

Zweite Frage: Herr Minister, Sie haben gesagt:

Ich möchte nicht auf das Gefühl der Sicherheit verzichten, dass ich handlungsfähig wäre, wenn ich oder meine Familie bedroht werden.

Das kann ich auch verstehen. 99,9 % oder mehr unserer Familien im Land – Väter und Mütter – haben dieses Schutzbedürfnis genauso. Was sagen Sie eigentlich denen, die keine Waffe haben? Die vertrauen nämlich auf die Polizei in diesem Land. Mit Ihrer Äußerung untergraben Sie dieses Vertrauen in die Polizei.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen
– Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Quatsch!)

Die letzte Frage: Was für ein Staatsverständnis ist das und wie wirkt Ihre Äußerung in der Öffentlichkeit, wenn von höchster Stelle, von ministerieller Seite eigentlich die staatliche Autorität, das Gewaltmonopol des Staates in dieser Weise infra-

ge gestellt wird? Das ist für Baden-Württemberg auch einmalig.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen
– Abg. Peter Hauk CDU zu SPD und Grünen: Wollen Sie leugnen, dass der Justizminister Teil der Exekutive ist?)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Bitte, Herr Minister.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Er ist Teil der Staatsautorität! – Gegenruf des Abg. Dr. Nils Schmid SPD: Deswegen ist es ja so schlimm, was er sagt!)

– Herr Abg. Zimmermann, der Herr Justizminister hat das Wort.

Justizminister Dr. Ulrich Goll: Das ist schon arg an den Haaren herbeigezogen.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Dr. Nils Schmid SPD: Das war Ihr Interview! – Abg. Ursula Haußmann SPD: Er hat Sie nur zitiert!)

– Verzeihung, ich habe nie ein schlechtes Wort über die Polizei verloren und werde nie ein schlechtes Wort über die Polizei verlieren. Das ganze Thema hängt eng mit der Polizei zusammen. Ich habe alle Trainings dort gemacht. Ich fände es auch schade, wenn die Beziehungen zur Polizei dadurch leiden würden. Deswegen bin ich wirklich dankbar, das hier noch einmal klarstellen zu können.

Das eine hat für meine Begriffe mit dem anderen überhaupt nichts zu tun. Ich stelle die Polizeiarbeit an gar keiner Stelle infrage. Das muss man hier noch einmal betonen.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Zuruf der Abg. Rita Haller-Haid SPD)

Dann diese Sache – auch da bin ich übrigens der Meinung von Herrn Seidenspinner – – Übrigens, wenn Sie fragen: Wer hat die Diskussion bewegt? Jetzt bin ich auch noch derjenige, der die Diskussion bewegt haben soll.

(Zuruf von der SPD: Ja!)

Das Ganze wird aus wenigen Äußerungen aufgetürmt. Ich habe Ihnen die Äußerungen zum Personenschutz genannt und habe Ihnen gesagt, dass sie für mich logischerweise so gemeint waren, dass nicht einmal der Personenschutz hundertprozentige Sicherheit bietet.

Ich bin auch einer Meinung mit Herrn Seidenspinner, dass man nicht auf die Idee kommt, in einer Fußgängerzone herumzuballern, wie er sich ausgedrückt hat. Aber Verzeihung: Das gilt für jeden. Das wird niemand tun. Deswegen habe ich daran erinnert. Auch kein Personenschützer und kein normaler Polizeibeamter wird in einer Fußgängerzone irgendwelche Risiken eingehen.

In diesem Zusammenhang habe ich gesagt: Was den Schusswaffengebrauch angeht, kann man mir schon dasselbe zutrauen wie einem Streifenbeamten. Ich bin kein ausgebildeter Polizist. Aber was den Schusswaffengebrauch in einer Fußgängerzone angeht, den Herr Seidenspinner angesprochen hat,

(Minister Dr. Ulrich Goll)

braucht man sich wahrscheinlich nicht zu fürchten, wie das dort aufgemacht worden ist.

(Abg. Bärbl Mielich GRÜNE: Aber wie schützen Sie sich denn dann?)

Jetzt sind wir noch einmal bei der Frage der Bedrohung. Es ist eben so, dass ich beispielsweise, kaum als ich im Amt war, eine Morddrohung bekommen habe. Das unterscheidet einen vielleicht doch etwas von anderen Familien.

(Zuruf des Abg. Dr. Frank Mentrup SPD)

Auch wurde vor einigen Jahren jemand bekanntlich nur deshalb zu einer Freiheitsstrafe verurteilt, weil er mich und andere Leute aus der Justiz bedroht hat. Jetzt frage ich einmal umgekehrt: Wieso gab es denn selbstverständlich den Personenschutz bis 1996? Warum gab es ihn eigentlich? War das grundlos?

(Abg. Reinhold Gall SPD: Das bestreiten wir doch gar nicht! – Abg. Franz Untersteller GRÜNE: Das hat hier doch niemand infrage gestellt! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Da war Herr Sckerl noch auf der falschen Seite! – Abg. Rainer Stickelberger SPD: Das wäre doch ein Grund, Personenschutz in Anspruch zu nehmen!)

– Sicher. Aber Sie wissen, dass Personenschutz auch tief in familiäre Verhältnisse, in den Alltag usw. eingreift. Ich vertiefe diesen Punkt jetzt hier nicht. Denn jeder muss im Rahmen der gesetzlich gegebenen Möglichkeiten für sich selbst entscheiden, was er macht.

Jetzt zu Ihrer dritten Frage, wenn ich überhaupt noch Zeit habe:

(Abg. Rainer Stickelberger SPD: Nach dem Staatsverständnis!)

Ich finde Ihr Staatsverständnis insofern ein bisschen merkwürdig,

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Wie bitte? Fassen Sie sich an die eigene Nase!)

als Sie ständig und zäh daran festhalten, den Justizminister als Privatperson zu betrachten, obwohl es seit Jahren auch den Status gibt – –

(Abg. Rainer Stickelberger SPD: Kein Vertrauen in den Staat! Sie setzen doch das falsche Signal! – Abg. Ursula Haußmann SPD: Unglaublich, was Sie hier abliefern! – Glocke des Präsidenten)

– Über diesen meinen bescheidenen Waffenschein hinaus brauche ich wirklich noch jede Menge Vertrauen in den Staat. Dieses Vertrauen habe ich natürlich auch.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Ursula Haußmann SPD: Oje!)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Eine weitere Zusatzfrage für die Fraktion GRÜNE, Herr Abg. Wölfle.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Er soll auch ein Bekenntnis ablegen, oder?)

Abg. Werner Wölfle GRÜNE: Sehr geehrter Herr Minister, ich habe Ihren Ausführungen zu Ihrem individuellen Schutzbedürfnis sehr aufmerksam gelauscht. Ich hatte das Vergnügen, viele Jahre als Straßensozialarbeiter tätig zu sein. Da haben mir die Jungs mit ihren Messern und Nunchakus eine ähnliche Begründung gegeben.

(Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Das ist eine Frechheit! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ha no! So ein Seich! So etwas ist peinlich! Völlig daneben, dieser Vergleich! Das Hinterletzte! – Weitere Zurufe)

Ich habe aber eine ganz andere Frage, gar nicht an Sie, sondern an Minister Rech. Ich habe während Ihrer Ausführungen, Herr Goll, die Personenschützer des Herrn Rech beobachtet.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Das war eine interessante Beobachtung.

Herr Rech, ich würde Sie gern fragen: Fühlen Sie sich durch Ihre Personenschützer auch in Ihrem häuslichen Umfeld geschützt?

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Der wäre besser sitzen geblieben!)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Herr Innenminister, diese Frage geht an Sie. Das war keine Frage an Herrn Minister Dr. Goll.

Damit wäre die Fragezeit leider beendet. Wir sind gleich am Ende der Fragezeit.

Herr Minister Rech, bitte schön.

Innenminister Heribert Rech: Herr Präsident! Herr Kollege Wölfle, Sie haben gefragt, ob ich mich in meinem häuslichen Umfeld geschützt fühle.

(Abg. Werner Wölfle GRÜNE: Da hat er das Problem! – Abg. Claus Schmiedel SPD: Überhaupt! – Zuruf des Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP)

Ich will zunächst einen Satz voranstellen. Inwieweit ich gefährdet bin, würde ich mir nicht zutrauen, für mich selbst zu beurteilen. Ich fühle mich durch die Personenschützer nicht bewacht, um das auch noch einmal zu sagen, aber gut beschützt.

(Beifall bei allen Fraktionen – Abg. Walter Heiler SPD: Wie bewerten Sie die Aussage von Herrn Goll in diesem Zusammenhang?)

– Das kann ich nicht bewerten. Die Einschätzung der Gefährdungslage ist Sache des Landeskriminalamts und Sache des Landesamts für Verfassungsschutz. Der Ort, um darüber zu diskutieren, ist ganz sicherlich nicht ein öffentliches Plenum.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Karl Zimmermann CDU: Sehr gut!)

Herr Wölfle, um ganz konkret zu antworten: Im häuslichen Umfeld, das heißt, wenn ich im Haus bin – auch das dürfte ich eigentlich gar nicht öffentlich sagen –, zwischen 23:00

(Minister Heribert Rech)

oder 24:00 Uhr und 7:00 Uhr morgens, fühle ich mich durch all die Maßnahmen, die dort veranlasst sind, ebenfalls hinreichend geschützt.

Meine Damen und Herren Kollegen, ein letztes Wort – als Innenminister muss das sein –: Für jede Einzelne – es gibt auch Polizeibeamtinnen beim Personenschutz – und für jeden Einzelnen würde ich in umgekehrter Richtung genauso meine Hand ins Feuer legen und mich schützend vor diejenige oder denjenigen stellen.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Deswegen fühle ich mich durch Sicherheitsmaßnahmen, die von mir nicht beeinflusst werden, nicht beeinflusst werden können, nicht eingeschränkt, sondern ich danke all denjenigen, die diesen Dienst versehen.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Damit ist die Zeit für die Regierungsbefragung um und Tagesordnungspunkt 4 erledigt.

Ich rufe **Punkt 5** der Tagesordnung auf:

Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Fraktion GRÜNE – Gesetz zur Änderung des Landesjagdgesetzes – Drucksache 14/6150

Das Präsidium hat folgende Redezeiten festgelegt: für die Begründung fünf Minuten und für die Aussprache fünf Minuten je Fraktion.

Für die Fraktion GRÜNE darf ich Herrn Abg. Pix das Wort erteilen.

(Unruhe)

Abg. Reinhold Pix GRÜNE: Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren, Kolleginnen und Kollegen!

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn Sie Diskussionsbedarf haben, verlegen Sie die Diskussionen bitte nach außerhalb des Plenarsaals.

Das Wort hat Herr Abg. Pix.

Abg. Reinhold Pix GRÜNE: Worum geht es bei diesem Antrag zur Novellierung von § 31 des Landesjagdgesetzes?

(Anhaltende Unruhe – Glocke des Präsidenten – Abg. Bärbl Mielich GRÜNE: Ruhe jetzt!)

Sicherlich sind sehr viele von Ihnen der Meinung, dass es sich hierbei nur um ein kleines Detail handelt. Bei genauerer Betrachtung werden Sie, meine Damen und Herren, jedoch feststellen, dass es sich hierbei um ein sehr aktuelles und gleichzeitig auch akutes Problem handelt.

Das Landesjagdgesetz spiegelt die tatsächliche Entwicklung in unserer Landschaft leider nicht mehr wider.

(Zuruf des Abg. Hagen Kluck FDP/DVP)

Das Problem liegt in der Ungleichbehandlung, und zwar der Ungleichbehandlung zwischen Weinbauern und Obstbauern in diesem Land.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Liebe Kolleginnen und Kollegen, gehen Sie bitte für Ihre Gespräche hinaus.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Dann gehen wir halt!
– Abg. Dr. Bernhard Lasotta CDU: Alle? – Heiterkeit)

– Entschuldigung, jeder redet hier gerade.

(Zuruf: Ich habe nichts gesagt!)

– Ich habe diejenigen gemeint, die hier reden. Wenn man dreimal auffordert, ruhig zu sein, müssten sie es eigentlich allmählich kapieren.

Bitte, Herr Kollege.

Abg. Reinhold Pix GRÜNE: Ich möchte an dieser Stelle ein Motto des Landesjagdverbands Baden-Württemberg aufgreifen. Das Leitbild des Landesjagdverbands lautet: Jagd ist Auftrag und Leidenschaft. Für uns ist es Auftrag, die Probleme, die in diesem Land herrschen, zu erkennen, und es ist uns eine Art Leidenschaft, dafür zu sorgen, dass auch hier wieder Ungleichbehandlung in Gleichbehandlung zurückgeführt wird.

Ich möchte mich zu Ihrem besseren Verständnis erst einmal mit der Problemlage beschäftigen: Es geht darum, dass sich die Situation der Wildpopulationen in den letzten Jahrzehnten entscheidend verändert hat, und zwar verschärft hat. Das heißt, wir haben es mit einem gewaltigen Anstieg der Populationen bei Rehwild, aber vor allem auch bei Schwarzwild zu tun.

Das hat unterschiedliche Ursachen. In erster Linie ist dies der klimatische Wandel mit

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Bambis!)

zahlreichen milden Wintern. Weitere Ursachen liegen natürlich auch in den Veränderungen in der Landbewirtschaftung – Maisäcker, die bis an die Waldränder heranreichen – und natürlich auch in den Jagdmethoden; teilweise wird Wild angefüttert. Dies reicht dazu aus, dass sich diese Bestände in einem so erheblichen Maß verändert haben, dass die bisherigen Bestimmungen des Landesjagdgesetzes nicht mehr ausreichen, um Obstbauern ausreichend bei ihrer Tätigkeit und ihrer Absicht, Obst zu produzieren, um ihre Existenz zu sichern, zu schützen.

Wir haben es gewissermaßen mit einem Paradoxon zu tun. Wenn das Landesjagdgesetz bisher vorgeschrieben hat, dass nur dann ein Wildschadensersatz geleistet wird, wenn die entsprechende Obstanlage eingezäunt ist, dann haben wir es heute mit dem umgekehrten Sachverhalt zu tun, dass durch den starken Druck von Schwarzwild die Zäune niedergedrückt werden und dadurch Rehwild einfällt und für extreme Schäden sorgt.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Man muss gegen Einsprung gesichert sein!)

(Reinhold Pix)

Rehwild ist eigentlich kein Waldtier, sondern es hat als Niederwild seinen Lebensraum eher in der freien Landschaft. Deswegen ist es genetisch gesehen kein Wunder, dass sich das Rehwild in diese Obstanlagen eindrückt und hier für gewaltige Schäden sorgt. Das heißt also, das Wild kommt hinein, aber nicht mehr heraus. Deswegen ist die Schadenssituation mitunter größer als bei Anlagen ohne Zaun. Das wird uns auch von der Jägerschaft bestätigt.

Deswegen halten wir es für unglaublich wichtig, dass man das Landesjagdgesetz an dieser Stelle ändert und damit zu einer Gleichbehandlung kommt. Denn was den Winzern in Baden-Württemberg bisher möglich ist, nämlich auch ohne Einzäunung ihre Trauben zu erzeugen und im Schadensfall Wildschadensregulierungen anzuwenden, ist den Obstbauern bisher nicht möglich. Deshalb heißt die Lösung, den § 31 des Landesjagdgesetzes zu ändern und hier neben Weinbergen auch Obstanlagen und insbesondere Streuobstwiesen aufzunehmen.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die CDU-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Locherer das Wort.

(Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Paul, da kannst du nichts dagegen haben!)

Abg. Paul Locherer CDU: Du wirst es gleich hören.

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Der von den Grünen eingebrachte Gesetzentwurf zur Änderung des Landesjagdgesetzes ist weder zweckmäßig noch sinnvoll. Er ist deshalb unnötig.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Das kannst du jetzt nicht sagen! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: So ist es! Völlig unnötig!)

Ich begründe es Ihnen gleich sauber und glatt. Wir alle reden sehr gern von der Deregulierung, auch Sie, lieber Herr Kollege Pix. Sie wollen wieder einmal das Gegenteil tun. Wir sind absolut dagegen.

(Abg. Peter Hofelich SPD: Wir? Was heißt „wir“?)

Wir brauchen keine Änderung des Landesjagdgesetzes. Wo kämen wir hin, wenn wir bei jedem Amtsgerichtsurteil, z. B. jetzt bezogen auf Schorndorf, übereilt ein Gesetzesänderungsverfahren einleiten wollten? Liebe Kolleginnen und Kollegen, hier geht wieder einmal Gründlichkeit vor Schnellschüssen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: So ist es richtig!)

Was wollen die Grünen? Die Grünen wollen Obstanlagen und Streuobstwiesen in die allgemeine Wildschadensentschädigungsregelung aufnehmen. Das lehnen wir ab. Zunächst einmal ist das Problem regional begrenzt. Aber – das möchte ich auch sagen, Herr Pix; davon haben Sie als Jäger nicht gesprochen – die Jagdpächter müssten mit zusätzlichen Kosten rechnen, was sich wiederum negativ auf die Grundbesitzer aus-

wirkte. Übrigens: Jäger sind wirklich Jägermeister und nicht Zahlmeister der Nation. Das darf ich auch einmal sagen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: So ist es!)

Ich denke dabei vor allem an die vielen kleinen, bäuerlichen Jäger, die es sich nicht leisten können, hier immer zur Kasse gebeten zu werden.

Darüber hinaus haben Sie selbstverständlich zwischen Obstanlagen und Streuobstwiesen ein Abgrenzungsproblem. Das sieht man Ihrem Antrag auch an.

Ich möchte noch einmal festhalten – da sind wir uns sicher alle einig –: Die Streuobstwiesen sind ein wertvoller Teil unserer Kulturlandschaft, und wir dürfen uns bei allen Streuobstwiesenbesitzern bedanken, die diese Kulturlandschaft pflegen. In unserem Land machen Streuobstwiesen übrigens eine Fläche von 100 000 ha aus. Wie Sie wissen, besteht per se, unabhängig von diesem Urteil von Schorndorf, auch ohne Schutzvorrichtungen eine uneingeschränkte Schadensersatzpflicht. Wir brauchen in ein Gesetz nichts hineinzuschreiben, was es schon gibt.

Übrigens ist Baden-Württemberg – das haben Sie, Herr Kollege Pix, gerade mit Blick auf die Weinberge erwähnt – das einzige Land in Deutschland, das überhaupt eine Ausnahme in der Zäunungspflicht macht. Eine Grundsatzdiskussion über weitere Ausnahmen könnte dazu führen, dass seitens der Jägerschaft auch die Ausnahme für die Weinberge infrage gestellt wird.

Lassen Sie mich zum Schluss noch einmal den Dank an alle Besitzer und Pfleger von Streuobstbeständen in unserem Land als wichtiges Gut in unserer baden-württembergischen Kulturlandschaft wiederholen. Mein Dank gilt aber auch den Jägern, die ihren Beitrag zum Erhalt der Kulturlandschaft leisten.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, das auskömmliche Miteinander von Streuobstwiesenbesitzern und der Jägerschaft auf der Grundlage auch des gesunden Menschenverstands ist uns allemal lieber als eine weitere Bevormundung, wie sie im Antrag der Grünen wieder einmal beabsichtigt ist.

Ich danke Ihnen sehr herzlich, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Dietmar Bachmann FDP/DVP – Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Sehr gut!)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Winkler das Wort.

Abg. Alfred Winkler SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die mit dem vorliegenden Antrag angestrebte, eigentlich harmlos klingende Änderung bzw. Ergänzung des Landesjagdgesetzes hat es in sich. Sie ist gar nicht so harmlos, wie sie sich liest.

(Abg. Reinhold Pix GRÜNE: Wir haben nie behauptet, dass wir harmlos sind!)

Als einzige Kategorie für eine Entschädigung für Wildschäden steht dort als Zusatz der Weinbau. Ansonsten ist alles im

(Alfred Winkler)

Bundesjagdgesetz ausführlich geregelt. Nun sollen nach dem Wort „Weinbergen“ die Worte „Obstanlagen und Streuobstwiesen“ eingefügt werden. Das ist ganz schwierig, weil es enorme Auswirkungen beispielsweise auf die Schadensersatzforderungen bei Sonderkulturen haben würde, die bisher zu Recht extra geschützt werden mussten – im Gegensatz zur freien Landschaft und zur normalen Landwirtschaft.

(Abg. Fritz Buschle SPD: Genau!)

Wir sind deshalb der Meinung, dass wir dies, auch im Hinblick auf die Veränderungen bei der Jagd, nicht machen müssen. Wir haben nicht die Feudalstrukturen, die noch vor einigen Hundert Jahren für die Jagd galten.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Die wollen die Grünen wieder zurückhaben!)

Wir haben auch keine Neu- oder Altreichen, die Jagd betreiben, sondern wir haben engagierte Naturschützer, die sich heute in der Jagd betätigen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: So ist es!)

Die Jägerschaft, meine Damen und Herren, ist überaltert. Sie hat Nachwuchsprobleme. Nachwuchs wäre genau das, was sie eigentlich bräuchte. Sie reguliert den Wildbestand, und die Landwirtschaft würde stark darunter leiden, wenn wir keine Jägerschaft hätten, die den Wildbestand in der Natur reguliert. Das tut sie sicherlich auch nicht immer optimal; wir wissen, dass die Situation in Bezug auf den Schwarzwildbestand schon seit Längerem aus dem Ruder läuft.

Der Naturraum Wald und Forst wird von der Jägerschaft in wichtiger Art und Weise bearbeitet. Deswegen müssen wir aufpassen, wenn wir die Verlagerung von Kosten einfach von der einen auf die andere Gruppe vornehmen, so, wie es der Antrag der Grünen zur Folge hätte.

(Beifall des Abg. Fritz Buschle SPD)

Wir wollen die Angelegenheit deshalb unter Berücksichtigung aller Meinungen ausführlich im zuständigen Ausschuss diskutieren. Bislang liegen uns keine Stellungnahmen vonseiten der Jägerschaft oder der Landwirtschaft vor. Diese brauchen wir jedoch. Über einen solchen Gesetzentwurf kann man nicht im Schnellverfahren von heute auf morgen befinden. Dies würde wirklich etwas über den Haufen werfen, was bis jetzt etabliert ist und sich bereits viele Jahre lang bewährt hat.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Hervorragend!)

Hinzu kommt Folgendes: Der Bundesgerichtshof hat ein ganz eindeutiges Urteil gefällt.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Jawohl!)

Er hat befunden, dass ein Teil der Schadenssituation ohnehin schon insofern auf die Jägerschaft verlagert wurde, als Sonderkulturen, die bislang ja nicht von der Schadensersatzpflicht betroffen waren, mittlerweile so eingestuft werden, dass sie, wenn sie in einer Region einen starken, maßgeblichen Anteil an der Wirtschaftskraft dieser Region haben, als normale Landwirtschaft gelten können. Dieses Urteil liegt bereits vor, und hier kommt bereits etwas auf die Jägerschaft zu. Spargel-

felder oder Erdbeerkulturen beispielsweise könnten nicht mehr als Sonderkulturen eingestuft werden, sondern als reguläre offene Flächen der Landwirtschaft.

(Abg. Fritz Buschle SPD: Genau!)

Das ist etwas, was sich regelt, und das bedeutet für die Jägerschaft, dass sich die Jäger, wenn sie das Problem lösen wollen, mit den Landwirten zusammensetzen müssen, um vielleicht gemeinsame Schutzmechanismen zu entwickeln. Das ist der richtige Weg.

Eine Bemerkung zum Streuobst: Meine lieben Kollegen von den Grünen, wenn Sie die Streuobstgebiete in das Landesjagdgesetz aufnehmen, wird die Jägerschaft für alle Schäden, die in der Landwirtschaft entstehen, haftbar gemacht. Streuobstflächen machen einen großen Teil der landwirtschaftlichen Flächen aus. Streuobst ist jedoch gerade nicht etwas, was bislang durch Wildschäden besonders aufgefallen wäre.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, der CDU und der FDP/DVP)

Deswegen glaube ich, dass man sehr wohl über Anlagen des Intensivobstbaus diskutieren und die Frage stellen kann, ob sich hier etwas ändern muss. Dies kann jedoch sicherlich nicht dadurch geschehen, dass der umfassende Begriff „Streuobst“ gewählt wird. Dadurch würde die gesamte landwirtschaftliche Fläche hineingenommen werden, die bisher von der Schadensregulierung ausgenommen wird.

Wir sollten die Jäger nicht vergrämen, und wir sollten sie auch nicht verjagen. Wir brauchen die Jäger. Auch im Interesse der Landwirtschaft und der Forstwirtschaft werden die Jäger auch in Zukunft gebraucht. Deswegen glaube ich, dass diese Fragen hinsichtlich möglicher Auswirkungen sehr aufmerksam und sehr intensiv betrachtet werden müssen. Wir müssen uns mit der Jägerschaft und den Landwirten zusammensetzen und herausfinden, mit welchen Folgen zu rechnen wäre. Die Folgen, die sich jetzt abzeichnen, können so nicht einfach akzeptiert werden.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die Fraktion der FDP/DVP erteile ich Herrn Abg. Dr. Bullinger das Wort.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Der sagt jetzt auch etwas Vernünftiges! – Abg. Ursula Haußmann SPD: Mit oder ohne Pistolen? – Gegenruf des Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Ein Jäger braucht eine Waffe!)

Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren! Bei Schauanträgen sollte man sich kurzfassen.

(Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Sehr gut!)

Meine Damen und Herren, das, was Herr Kollege Locherer gesagt hat, und auch das, was Kollege Winkler gerade ausgeführt hat, kann ich – fast ohne irgendeine Ergänzung – nur bestätigen und unterstreichen. Daher werde ich auch abwarten, was die einzelnen Verbände, z. B. die Naturschutzverbände, und die Landwirte dazu sagen.

(Dr. Friedrich Bullinger)

Ich darf darauf hinweisen, dass ich Mitbegründer des Streuobstfördervereins Kirchberg/Jagst – der Apfelsaft ist ein „Grünspecht“-Produkt – im Rahmen des NABU bin. Und ich kann hier nicht darüber berichten, dass die Jägerschaft und die Streuobstwiesenbesitzer große Probleme miteinander hätten. Daher halte ich es für falsch, in diesem Bereich ein Gesetz einzubringen. Trotzdem möchte ich abwarten, was die Fachverbände dazu sagen bzw. was der Sachverstand dazu sagt.

Darauf werde ich mich beschränken. Ich freue mich auf die Beratungen im Ausschuss und auf die darauf folgende weitere Lesung im Plenum.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die Landesregierung erteile ich dem Minister für Ländlichen Raum, Ernährung und Verbraucherschutz, Herrn Köberle, das Wort.

Minister für Ländlichen Raum, Ernährung und Verbraucherschutz Rudolf Köberle: Lieber Herr Präsident, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Der Gesetzentwurf der Grünen zielt darauf ab, Streuobstwiesen und intensiv bewirtschaftete Obstanlagen in Bezug auf den Schadensersatz bei Wildschäden den Weinbergen und sonstigen landwirtschaftlichen Flächen gleichzustellen.

Ich glaube, lieber Kollege Pix, darüber sollten wir sehr sachlich diskutieren und Vor- und Nachteile gegeneinander abwägen. Dann kann ich mir kaum vorstellen, dass wir zu einer anderen Entscheidung kommen, als es meine Vorredner, die Kollegen Locher, Winkler und Dr. Bullinger, bewertet und angedeutet haben.

Wenden wir uns zunächst einmal den Streuobstwiesen zu. Schon bisher wurden Streuobstwiesen so behandelt wie andere landwirtschaftliche Flächen, also z. B. Grünland oder Getreideäcker. Dort wurden Wildschäden auch dann ersetzt, wenn die Flächen nicht gegen das Wild geschützt waren. Das ist auch sinnvoll so, denn eine Vorbeugung gegen Wildschäden ist bei Streuobstwiesen unmöglich. Sie sind meist viel zu groß, um umzäunt zu werden. Außerdem gibt es ein freies Betretungsrecht und oft auch naturschutzrechtliche Vorgaben.

Das Urteil des Amtsgerichts Schorndorf, das Sie in der Begründung zu Ihrem Gesetzentwurf erwähnen, ist ein Einzelfall und steht im Widerspruch zur bisherigen Rechtsprechung. Ein Gesetzentwurf für die Streuobstwiesen ist deswegen unserer Meinung nach überflüssig. Damit haben wir schon einmal die Hälfte Ihres Antrags erledigt.

Bei den Obstgärten oder intensiv bewirtschafteten Obstanlagen haben wir eine andere Situation. Durch die intensive Bewirtschaftung ist der Wildschaden im Einzelfall außerordentlich hoch. Zurzeit wird der Ersatz von Wildschäden von der Jagdgenossenschaft – das ist die Gemeinschaft der Grundstückseigentümer – zu 100 % auf die Jagdpächter abgewälzt.

Was würde passieren, wenn die Obstgärten nun den übrigen landwirtschaftlichen Kulturen gleichgestellt wären, wie dies der Gesetzentwurf vorsieht? Die Zäune könnten fallen. Wer zäunt noch ein? Zäune sind teuer. Die Obstgärten würden dann zum Schlaraffenland für das Wild – mit all den entsprechen-

den Schäden. Für viele Jäger würde die Jagdpacht wegen der wertvollen Obstanlagen zu einem unkalkulierbaren Risiko. Bei diesem hohen Risiko würde sich z. B. im Bodenseekreis, wo wir viele Sonderkulturen und Obstanlagen haben, kaum mehr ein Jäger bereitfinden, eine Jagd zu pachten.

(Abg. Alfred Winkler SPD: So ist es!)

Eine solche Änderung des Landesjagdgesetzes würde sich schlussendlich zum Nachteil und nicht zum Vorteil der Obstbauern auswirken. Sie müssten auf die Einnahmen aus der Jagdpacht verzichten, und sie müssten als Mitglieder der Jagdgenossenschaft auch noch den Wildschaden ersetzen.

Wenn wir die Obstgärten im Landesjagdgesetz rechtlich besserstellen würden, würden wir darüber hinaus einen Präzedenzfall schaffen, an dem sich die Betreiber anderer Sonderkulturen, z. B. Gemüse- und Beerenerzeuger, orientieren könnten. Damit hätten wir schnell eine landesweite Diskussion über die Grenzen des Wildschadens, und die bereits schwierige Situation würde noch weiter angeheizt.

Meine sehr verehrten Damen, meine Herren, ich weiß, der Antrag der Grünen geht im Grunde auf die Probleme eines einzelnen Obstbauern zurück,

(Abg. Alfred Winkler SPD: So ist es!)

der nach langer Suche endlich bei der Fraktion GRÜNE Gehör gefunden hat.

(Heiterkeit)

Ihr Vorschlag würde aber sehr viel mehr Probleme schaffen als beheben. Deshalb lehnen wir diesen Gesetzentwurf ab. Ich schlage vor, dass Sie diesen Gesetzentwurf umweltverträglich und politisch unschädlich, aber schnell entsorgen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Sehr gut! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Bravo! – Abg. Katrin Altpeter SPD: Aber nicht auf den Streuobstwiesen!)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die Fraktion GRÜNE darf ich Herrn Abg. Pix das Wort erteilen.

Abg. Reinhold Pix GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Minister Köberle, Sie machen Ihrer konservativen Grundhaltung alle Ehre, weil Sie die Situation gerade so beschrieben haben, wie sie sich vor 20 Jahren dargestellt hat. Ich habe Ihnen aber vorhin erklärt, dass sich hier grundsätzlich vieles geändert hat, dass der Druck enorm zugenommen hat, dass das Rehwild, das in die Streuobstwiesen hineingeht, nicht mehr herauskommt und dadurch die Schadenssituation für die Obstbauern anders ist. Dies ist übrigens kein Einzelfall; das will ich ausdrücklich betonen. Wir wurden aus allen Landesteilen von Baden-Württemberg mehrfach auf dieses Problem hingewiesen.

Es gibt immer eine typische Situation: Hier ist Wald, dann kommt – wie es am Bodensee der Fall ist – die Obstbauzone, und dann kommt der See. Das Rehwild drückt nun einmal da hinein. Es kommt auch trotz des Zaunes auf diese Wiese. Der Zaun bringt nichts mehr.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Man muss geschickt einzäunen!)

(Reinhold Pix)

Wir haben das beim Wald schon lange erkannt. Wir haben Weißtannenverjüngungen als Schutzmaßnahme immer eingezäunt. Da gab es die gleichen Effekte: Das Rehwild kommt hinein, es drückt sich durch den Zaun und kommt nicht mehr heraus.

(Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Die Schäden durch den Verbiss sind groß. Wenn mir Jäger versichern, dass die Wildschadenssituation für sie ohne Zaun verträglicher wäre, dann wird umgekehrt ein Schuh daraus.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ein fester Zaun ist gefordert und kein wackeliger Schrott! – Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD)

Ich teile die Meinung meines Kollegen Winkler. Er sagt, dass wir die Angelegenheit erst einmal mit allen Beteiligten, mit allen Betroffenen bereden sollten.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Warum haben Sie das nicht gemacht?)

– Natürlich machen wir das auch.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Warum haben Sie das nicht gemacht, bevor Sie den Entwurf eingebracht haben?)

Wir sind heute in der ersten Lesung. Wir werden auch eine zweite Lesung haben. Wir werden das auch nicht irgendwie auf dem Altar des Konservativismus entsorgen,

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Erst denken! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Wenn Sie uns nicht glauben, dann glauben Sie doch wenigstens dem Alfred Winkler! – Glocke des Präsidenten)

sondern wir werden uns der Situation stellen. Die Situation hat sich nämlich gewaltig verändert.

Ich werde Ihnen zeigen, dass sowohl die landwirtschaftliche Seite als auch die jagdliche Seite einen anderen Eindruck davon hat. Herr Präsident, mit Ihrer Erlaubnis möchte ich aus einem Schreiben des Badischen Landwirtschaftlichen Hauptverbands vom 3. Mai 2010, also von vor zwei Tagen, zitieren:

Mit Unverständnis nehmen wir die Tendenz wahr, dass die Jägerschaft unter Berufung auf das Urteil des Amtsgerichts Schorndorf aus dem Jahr 2009 sich zunehmend der Verantwortung für Wildschäden auf Streuobstwiesen zu entziehen sucht.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, eine solche Äußerung deutet doch darauf hin, dass hier sowohl die landwirtschaftliche als auch die jagdliche Seite tatsächlich Probleme hat.

(Minister Rudolf Köberle: Lesen Sie das Ganze vor!)

Herr Köberle, ich weiß, dass Sie gern Äpfel essen. Hier geht es auch darum, dass Sie das weiterhin tun können.

(Heiterkeit des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Genau!)

Aber wenn die Rehe vorher die Knospen abfressen, werden Sie keine Äpfel mehr bekommen. Das weiß doch jedes Kind.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Die Rehe bekommen den Rest, den Trester! – Zuruf des Ministers Rudolf Köberle)

Deswegen halten wir diesen Gesetzentwurf natürlich aufrecht und freuen uns auf die weitere Beratung im Ausschuss, vor allem mit allen Betroffenen und Beteiligten.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Der Minister bekommt den Apfel, das Reh den Trester!)

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Winkler das Wort. Ich weise darauf hin, dass es nur noch eine ganz kurze Redezeit gibt.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Schlusssatz!)

Abg. Alfred Winkler SPD: Ich will nur deutlich machen, warum es geht: Es geht um die Abschaffung der Zäune.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Genau!)

Wenn wir Sonderkulturen nicht einzäunen, werden diese Flächen zu Fressplätzen für das Wild.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: So ist es!)

Wenn wir den Zaun abschaffen, wird zuerst einmal der Jäger entschädigungspflichtig. Dieser ist Vertreter der Jagdgenossenschaft. Die Jagdgenossenschaft sind die Grundstücksbesitzer. Das heißt, der Grundstücksbesitzer Landwirt wird sich selbst gegenüber als Besitzer einer Obstanlage entschädigungspflichtig.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: So ist es!)

Das ist absurd,

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Grotesk!)

weil es überhaupt nicht leistbar ist.

Der eigentliche Hintergrund sind die Zäune. Sie schreiben in der Begründung des Gesetzentwurfs:

Die durch den § 31 Landesjagdgesetz implizierten Zäune widersprechen außerdem den Zielen des Landschaftsschutzes.

Das ist sogar richtig. Aber sie sind unersetzlich für die Ertrags-sicherung, für die Sicherung dessen, was in einer Obstanlage produziert wird. Wir können Obstanlagen nicht als Fressplätze für das Wild einrichten.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Bravo! Super!)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Vorschlag: Überweisung an den Ausschuss Ländlicher Raum und Landwirtschaft. – Kein Widerspruch. Dann ist das so von Ihnen beschlossen.

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

(Stellv. Präsident Wolfgang Drexler)

Damit ist Tagesordnungspunkt 5 beendet.

Wir kommen zu **Tagesordnungspunkt 6:**

Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport – Umgang mit kritischen Schulleitern und Lehrkräften – Drucksache 14/4073

Das Präsidium hat folgende Redezeiten festgelegt: fünf Minuten für die Begründung und für die Aussprache fünf Minuten je Fraktion, gestaffelt.

Für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Zeller das Wort.

Abg. Norbert Zeller SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Am 5. Februar 2009 wurde in Ravensburg von der lokalen Agendagruppe eine Podiumsdiskussion zum Thema „Schule neu denken – bessere Bildung für alle“ veranstaltet. Das ist eigentlich eine ganz normale Sache, sollte man meinen, gibt es doch häufig solche Veranstaltungen. Fachleute unterschiedlicher Herkunft ringen um die beste Schule, um beste Lernmöglichkeiten und Lernbedingungen für unsere Kinder. Darüber wird gestritten.

Ein Lehrer allerdings erhielt nachweislich eine – ich sage es einmal so – „Belehrung“. Er erhielt einen Hinweis, wie er sich zu verhalten habe, und er solle sachlich bleiben. Die Frage ist eigentlich: Wird ihm Unsachlichkeit unterstellt? Das Kultusministerium informierte das Regierungspräsidium Tübingen und das RP wiederum den Seminarleiter. Der Seminarleiter schließlich musste dann die Lehrkraft entsprechend unterweisen. Hierbei lasse ich jetzt einmal die hierarchischen Spielchen weg. Andere Teilnehmer, die auf dem Podium saßen – vom Philologenverband, vom Realschullehrerverband –, erhielten keinen Anruf.

Der Hinweis, der auch in der Stellungnahme der Regierung zu dem vorliegenden Antrag steht, war, dass Beamte die Treuepflicht zu erfüllen haben. Daran gibt es keinen Zweifel. Ich frage mich aber: Mit welcher Begründung haben Sie genau diesem Beamten unterstellt, dass er die Treuepflicht nicht einhalte? Wurde hier das Gebot der Mäßigung überschritten? Was ist der Anlass, dass sich das Kultusministerium gerade diesen Beamten herausgepickt hat? Nebenbei: Bei der Veranstaltung wurde dann fleißig mitgeschrieben.

Ich sage Ihnen auch: Auch der damalige CDU-Fraktionsvorsitzende Mappus hat über das Wissenschaftsministerium versucht, eine Teilnehmerin von der Podiumsdiskussion abzubringen. Ich frage mich, Frau Ministerin Schick: Haben Sie eigentlich Angst vor einer offenen Diskussion? Ich weiß, das betrifft Ihren Amtsvorgänger.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Das ist egal! Sie ist gerade so wie Herr Rau!)

Was sollen eigentlich solche Einschüchterungsversuche? Ich sage Ihnen: Das geht für mich in die Nähe einer Blockwartmentalität.

(Oh-Rufe von der CDU – Abg. Karl Zimmermann CDU: Na, na, na!)

Das Beamtentum verpflichtet die Beamten nicht auf die CDU, Herr Zimmermann, sondern auf die Treue zu unserem Staat und zu den Werten, die wir in unserem Staat haben.

(Beifall bei der SPD)

Parteilichkeit soll damit verhindert werden. Wenn es das Ziel war, die oberschwäbischen Rebellen zum Schweigen zu bringen, sage ich nur: Ziel verfehlt.

(Zuruf von der CDU: „Blockwart“ geht zu weit!)

Ich könnte Ihnen jetzt weitere Fälle anführen, nenne aber, wie Sie gemerkt haben, keine Namen. Maßnahmen wie das Führen von Dienstgesprächen werden immer dann ergriffen – so heißt es auch in der Stellungnahme –, wenn hierzu ein Anlass besteht. Mich würde interessieren, Frau Schick: Was sind denn Anlässe für solche Dienstgespräche?

Ist es z. B. ein Anlass, wenn sich ein Schulleiter aus Südbaden für seine Schule einsetzt, sich für die Fortführung eines integrativen Schulversuchs einsetzt, der sehr erfolgreich war, und auch die Eltern dies wollen? Ist das dann ein Anlass für ein Dienstgespräch? Denn dieser Schulleiter wurde auf das Schulamt zitiert und wurde entsprechend belehrt.

Nebenbei: Wenn er das vor der Debatte über die UN-Konvention gemacht hätte, die Sie in Ihrer Regierungserklärung genannt haben, hätte die Schulverwaltung vielleicht anders reagiert.

Man könnte nun sagen, Frau Ministerin: Das alles ist unter Ihrem Vorgänger geschehen, das alles ist vorbei. Aber ich sage Ihnen: Auch unter Ihrer Ägide ist nichts besser geworden. Jüngstes Beispiel: Die SPD hat in Vogt zu einer Podiumsdiskussion geladen und dazu ebenfalls einen Lehrer eingeladen. Auch dieser Lehrer bekam einen Anruf von der Schulverwaltung

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Unglaublich!)

mit dem Tenor, er solle vorsichtig sein, was er sage.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Das geht gerade so weiter!)

Ich sage Ihnen eines: Diese Einschüchterungsversuche, die letztendlich dahinterstecken, dürfen wir in einem demokratischen Staat nicht akzeptieren.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Es ist unseres Staatswesens nicht würdig, die Meinungsfreiheit engagierter Lehrkräfte, die sich für die Kinder einsetzen, die das Beste für sie wollen und dies dann auch vertreten, einzuschränken. Das halte ich für sehr problematisch. Das hat nichts mit dem Beamtentum bzw. mit einer Treuepflicht gegenüber dem Staat zu tun. Dann müssten Sie sagen, an welcher Stelle welche Beamten diese Pflicht tatsächlich nicht eingehalten haben.

Das alles sind engagierte Lehrkräfte, das alles sind engagierte Leute, die sich für die Verbesserung der Schule, der Bildungschancen ihrer Kinder einsetzen und im Übrigen das sagen, was in vielen anderen CDU-regierten Ländern gang und

(Norbert Zeller)

gäbe ist. Diese Einschränkung, meine Damen und Herren, darf in Baden-Württemberg nicht länger hingenommen werden.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD – Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Herr Kollege Zeller, gestatten Sie noch eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Kluck?

Abg. Norbert Zeller SPD: Bitte.

Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Herr Kollege Zeller, was für Leute müssen das sein, die einen Anruf von Kollegen als eine Einschüchterung betrachten?

(Vereinzelt Heiterkeit – Abg. Siegfried Lehmann
GRÜNE: Es ist die Frage, was da gesagt wurde!)

Abg. Norbert Zeller SPD: Sie lenken ab, Herr Kluck. Wir kritisieren die Tatsache als solche, dass die Schulverwaltung Lehrerinnen und Lehrer sowie Schulleitungen dahin gehend einzuschüchtern versucht, dass sie ihnen sagt, sie sollten aufpassen, was sie sagten. Da wird – obwohl die Einhaltung der Treuepflicht selbstverständlich ist – an die Treuepflicht erinnert, wie es bei anderen nicht passiert. Gott sei Dank gibt es Leute, die sich dadurch nicht einschüchtern lassen. Das ist richtig.

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Gestatten Sie eine weitere Zusatzfrage, eine Zusatzfrage des Herrn Abg. Locherer?

Abg. Norbert Zeller SPD: Bitte.

Abg. Paul Locherer CDU: Herr Kollege Zeller, Sie haben vorhin das Wort „Blockwartsmentalität“ in den Mund genommen. Angesichts der Tatsache, dass wir seit 65 Jahren die schlechtesten und schlimmsten geschichtlichen Erfahrungen hinter uns haben, halte ich diesen Begriff für unangemessen und nicht passend. Den sollten Sie zurücknehmen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/
DVP)

Abg. Norbert Zeller SPD: Lesen Sie nach, was ich gesagt habe. Ich hatte gesagt: Das erinnert mich daran. Dabei bleibe ich.

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Herr Kollege Zeller, gestatten Sie eine weitere Zusatzfrage?

Abg. Norbert Zeller SPD: Nein.

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Nicht mehr. Gut.

Dann erteile ich Herrn Abg. Schebesta für die CDU-Fraktion das Wort.

Abg. Volker Schebesta CDU: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben mit der SPD-Fraktion, was historische Vergleiche, Vergleiche mit anderen Staaten angeht, auch in jüngster Vergangenheit Erfahrungen gemacht. Ich finde, dass manche Begrifflichkeiten Sie einfach auch in der Sache, um die es darüber hinaus geht, disqualifizieren. Aber je

lauter der Lärm ist, desto genauer muss man hinschauen, worum es eigentlich geht.

Deshalb will ich Ihnen einfach sagen, dass gestern Abend eine Podiumsdiskussion am Goldberg-Gymnasium in Sindelfingen stattgefunden hat. Das Goldberg-Gymnasium macht regelmäßig mit einem Seminarkurs der gymnasialen Oberstufe des Gymnasiums eine Veranstaltungsreihe. In dieser Reihe werden verschiedene politische Themen angesprochen. Die Schülerinnen und Schüler haben bei mir als bildungspolitischem Sprecher der CDU-Landtagsfraktion angefragt. Ich habe meine Teilnahme zugesagt. Deshalb habe ich gestern Abend in einer Debatte über die Schulstruktur mit Herrn Bosch eine Diskussion geführt.

Wir haben unterschiedliche Meinungen, und wir haben diese ausgetauscht, so, wie wir es auch hier im Parlament tun. Wir haben das in einer Umgangsform getan, die, glaube ich, nicht von Politik abgeschreckt hat.

Ich muss auch sagen: Mir hat die anspruchsvolle Diskussion Spaß gemacht, mehr Spaß als manche Diskussion, die wir hier über dieselben Themen führen.

(Beifall des Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP –
Zuruf des Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE)

Ich habe Rückmeldungen von Zuhörerinnen und Zuhörern bekommen, die mir gesagt haben, die Diskussion sei gut gewesen, der Umgang sei wohlthuend gewesen.

(Abg. Walter Heiler SPD: Obwohl Sie dabei waren?)

Ich bitte Sie jetzt, dies zur Frage nach dem Umgang mit Stellungnahmen im politischen Prozess zur Kenntnis zu nehmen und dann zu dem zurückzukehren, worum es eigentlich geht, nämlich zu den inhaltlichen Fragen, mit denen wir uns in der Bildungspolitik beschäftigen müssen, damit die Kinder in unseren Schulen gut aufs Leben und auf den beruflichen Alltag vorbereitet werden.

(Zurufe der Abg. Claus Schmiedel und Norbert Zeller SPD)

Bei diesen inhaltlichen Fragen erheben wir keinen Absolutheitsanspruch, und auch Sie sollten keinen Absolutheitsanspruch erheben.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Es geht ums Schulamt, nicht ums Wohlfühlen! – Zuruf des Abg. Norbert Zeller SPD)

Bei dieser Frage kann auch keine Hauptschulrektorin und kein Hauptschulrektor oder keine Lehrkraft sagen, sie allein wüssten, wie es geht. Vielmehr geht es darum, Argumente, Diskussionsbeiträge abzuwägen und in der Verantwortung für das Schulsystem, für die Schulen in unserem Land – wie auch auf anderen politischen Feldern – zu den richtigen Entscheidungen zu kommen. Wir setzen uns mit diesen Argumenten auseinander. Ich habe das gestern Abend gemacht. Lassen Sie uns deshalb dazu zurückkommen.

(Abg. Walter Heiler SPD: Zum Thema haben Sie nichts gesagt!)

(Volker Schebesta)

Denn alles andere bringt unsere Schulen und unsere Kinder um keinen Punkt weiter.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Haarscharf am Thema vorbei! – Abg. Walter Heiler SPD: Herr Schebesta, das war jetzt zu einem anderen Tagesordnungspunkt!)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die Fraktion GRÜNE darf ich jetzt Frau Abg. Rastätter das Wort erteilen.

Abg. Renate Rastätter GRÜNE: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Zeller hat hier ganz konkrete Vorgänge genannt, die sich vor gut einem Jahr in Ravensburg ereignet haben. Ich möchte ganz allgemein zum Thema „Umgang mit kritischen Schulleitern“ sprechen.

Die Aufgabe von Schulleitern ist in den letzten Jahren immer anspruchsvoller geworden. „Zwischen allen Stühlen: Schulleitung im (Hoch)Spannungsfeld vielfältiger Erwartungen“ hieß vor zwei, drei Wochen eine Tagung der GEW, die von rund 500 Schulleitern und Schulleiterinnen besucht wurde. Auch hier haben sich Fragen gestellt wie: Wie wird mit Schulleitungen in Baden-Württemberg umgegangen? Wie wird ihre Rolle definiert? Welche Möglichkeiten haben Schulleiter und Schulleiterinnen, ihre Meinung zu sagen, Kritik zu üben?

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Jederzeit!)

Dazu möchte ich jetzt auch einige Anmerkungen machen.

Wir brauchen in Baden-Württemberg wirklich starke Persönlichkeiten als Schulleiter und Schulleiterinnen. Sie brauchen hohe Kompetenzen auf den Gebieten Pädagogik, pädagogische Führung, Management

(Zuruf des Abg. Albrecht Fischer CDU)

und Personalführung sowie bei der Vermittlung zwischen zum Teil auch divergierenden Interessen von Eltern, Lehrerkollegen und Schulleitung sowie Schülern und Schülerinnen. Sie brauchen außerdem die Fähigkeit, zu begeistern, mitzunehmen, Schulentwicklungsprozesse in Gang zu setzen und in der Schule bestmögliche Bildungschancen und bestmöglichen Bildungserfolg für Schülerinnen und Schüler zu gewährleisten.

Gerade solche Schulleiter und Schulleiterinnen sind diejenigen, die auch die Schwachpunkte aufdecken, die ein Gespür dafür entwickeln, worin die Probleme liegen. Es sind diejenigen, die auch in dieser Hinsicht mit ihren Erkenntnissen sowohl mit der Schulverwaltung

(Zuruf des Abg. Hagen Kluck FDP/DVP)

als auch mit der Politik und mit der Öffentlichkeit in einen Dialog treten müssen. Deshalb sagen wir: Solche kritischen Schulleiterinnen und Schulleiter, die aus einem berechtigten Interesse für eine bessere Förderung der Schüler und Schülerinnen auch in den Dialog gehen und Kritik äußern,

(Zuruf des Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP – Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Die sind alle kritisch!)

dürfen nicht mundtot gemacht werden. Das ist unsere zentrale Forderung: Sie dürfen nicht mundtot gemacht werden.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD – Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Die sind alle kritisch! – Abg. Volker Schebesta CDU: Haben Sie den Eindruck, dass Herr Bosch mundtot ist? – Weitere Zurufe – Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Wir wollen nicht, dass die Schulleiter an den Schulen zu Duckmäusern werden,

(Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Eine dumme Unterstellung, Frau Kollegin!)

die blind gehorchen sollen, die ausschließlich umsetzen sollen.

(Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Eine dumme Unterstellung! Die sind alle kritisch!)

Deshalb kritisieren wir auch, dass es solche Einschüchterungsversuche gibt. Diese hat es gegeben. Da gibt es tatsächlich Fälle.

(Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Abwegig!)

Kollege Zeller hat deutlich gesagt, dass der Rektor einer ober-schwäbischen Hauptschule angerufen und zur Mäßigung aufge-rufen wurde, aber nicht der Lehrer vom Philologenverband, von dem man weiß, dass er zu 100 % ohne jeden Funken Kritik genau die Position des Landes vorträgt.

Für uns ist es ganz wichtig, dass man, statt disziplinarische Maßnahmen zu ergreifen, in einen Dialog mit diesen kritischen Schulleitern tritt.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Den gibt es doch! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Es gibt aber eine Loyalitätspflicht für Beamte! – Gegenruf des Abg. Claus Schmiedel SPD: Aber nicht gegenüber dem CDU-Programm!)

Jetzt komme ich zu Ihnen, Frau Kultusministerin Schick. Sie sind neu im Amt. Sie haben bei der Tagung der GEW-Schulleiter in der Tat einen neuen Ton angeschlagen. Sie haben zwar zu Recht betont, Schulleiter und Schulleiterinnen seien keine freischaffenden Künstler und Künstlerinnen, sondern Führungskräfte.

(Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Da hat sie recht!)

Sie haben aber auch gesagt, Schulleiter hätten auch ein Recht auf ihre eigene Meinung,

(Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Das ist doch selbstverständlich!)

sie könnten ihre Meinung auch offen und öffentlich äußern, allerdings mit der Einschränkung – da müssten Sie erklären, was Sie damit meinen –:

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Über die Form kann man reden!)

(Renate Rastätter)

„Kampagnen werden nicht akzeptiert.“

(Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Das ist doch klar! Das ist doch selbstverständlich!)

Insoweit würde ich Sie bitten, einmal zu erläutern: Wo ist die Grenze des Rechts auf freie Meinungsäußerung,

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Gucken Sie doch ins Gesetz!)

und wo beginnt eine Kampagne?

(Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Sie machen eine Kampagne!)

Das wäre hier und heute erklärungsbedürftig.

Wir sagen: Wenn es einen solchen offenen Brief von 100 ober-schwäbischen Schulleitern und Schulleiterinnen gibt, der binnen weniger Tage die Unterstützung von weiteren 400 Schulleitern und Schulleiterinnen findet, dann gibt es hier ein Problem, das man nicht einfach durch Einschüchterungsversuche vom Tisch wischen kann. Denn gerade diese Hauptschulrektoren und Hauptschulrektorinnen haben sich über Jahrzehnte hinweg zum Wohl gerade dieser Jugendlichen, die sich an den Hauptschulen befinden, am meisten engagiert. Sie haben alle Stärkungsprogramme des Landes mit großem Engagement umgesetzt und sind nun zu der Erkenntnis gekommen, dass es für diese Schulform mittlerweile keine Zukunft mehr gibt.

Deshalb würde ich Sie – –

(Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Frau Abgeordnete, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Dr. Wetzel?

Abg. Renate Rastätter GRÜNE: Ich möchte erst noch den Appell an die Frau Kultusministerin loswerden. Dann lasse ich die Frage gern zu.

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Sie haben Ihre Redezeit weit überschritten.

Abg. Renate Rastätter GRÜNE: Deshalb ist mein dringender Appell an Sie, Frau Kultusministerin Schick, im Gegensatz zu Ihrem Vorgänger, der diese Schulleiter sozusagen beim RP vortanzen ließ, wo sie sich dann einen Rüffel abholen mussten, zeitnah das Gesprächsangebot dieser ober-schwäbischen Schulleiter anzunehmen und ernsthaft und seriös mit ihnen zu reden.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Ergebnisoffen! – Zuruf des Abg. Dr. Klaus Schüle CDU)

Sie haben doch angeboten, Sie würden „reden, reden, reden“. Dazu gehört aber auch „zuhören, zuhören, zuhören“.

(Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: So ein oberflächliches Geschwätz!)

Das halte ich für wichtig, damit Sie daraus auch Erkenntnisse gewinnen, die sicher auch für Ihre Zeit als Kultusministerin von zentraler Bedeutung sein werden.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Da erfährt sie sicher nichts Neues!)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Herr Abg. Dr. Wetzel, bitte Ihre Zwischenfrage. Aber fassen Sie sich kurz.

Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Frau Kollegin Rastätter, was machen Sie denn mit einem parlamentarischen Berater der Fraktion GRÜNE, der wie Herr Bosch auch Beamter ist, der öffentlich die Politik der Fraktion GRÜNE im Landtag von Baden-Württemberg kritisiert?

(Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Richtig! – Abg. Claus Schmiedel SPD: Das heißt, man darf als Rektor nur die CDU-Politik vertreten! Das ist ja lächerlich! Das ist unglaublich! – Abg. Klaus Herrmann CDU: Das ist für Frau Rastätter etwas völlig anderes! Die Grünen haben halt keine Ahnung vom Beamtenrecht! Herr Schmiedel schon gleich gar nicht!)

Abg. Renate Rastätter GRÜNE: Diesem Grünen biete ich selbstverständlich sofort ein Gespräch an.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Also Einschüchterung! – Zurufe von der CDU und der FDP/DVP: Einschüchterung!)

Ich freue mich übrigens, wenn es Grüne sind, die auch kritische Nachfragen stellen. Da freue ich mich auf die Auseinandersetzung mit ihnen, wunderbar.

(Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Öffentlich!)

– Gern auch öffentlich.

(Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Einschüchterung von Ihnen!)

– Im Gegenteil, wir pflegen ausdrücklich die Kultur,

(Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Sie wollen einschüchtern!)

dass wir Debatten öffentlich führen und unsere Positionen austauschen.

(Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Das ist doch scheinheilig, was Sie da sagen!)

Das halte ich für sehr wichtig. Das mache ich auch, sobald es notwendig wird.

Vielen Dank.

(Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Das ist doch scheinheilig, was Sie da sagen!)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Frau Abg. Dr. Arnold für die Fraktion der FDP/DVP.

(Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Die FDP/DVP glaubt, dass das Land ein Tendenzbetrieb ist! Das ist so neben der Kapp'! – Abg. Claus Schmiedel SPD zur CDU: Er meint, das Land sei ein Tendenzbetrieb, und ihr glaubt das auch! Das ist der Fehler!)

Abg. Dr. Birgit Arnold FDP/DVP: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist schon ein besonderes Verhältnis, das Verhältnis zwischen Beamten und ihrem Dienstherrn. Das zeigt sich allein daran: Es gibt keinen Arbeitsvertrag wie sonst üblich, sondern wie dieses Verhältnis

(Dr. Birgit Arnold)

gestaltet werden soll, was die beiden Seiten voneinander erwarten, wird gesetzlich geregelt.

Hier, Frau Rastätter – vielleicht schauen Sie da einmal hinein –, steht all das drin, wonach Sie eben gefragt haben. Da ist genau festgelegt: Wie kann sich ein Beamter als Privatperson verhalten, und wie hat er sich im Dienst zu verhalten, auch was seine eigene Meinung anbelangt?

(Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Die wollte eine Show machen, aber es ist ihr nicht gelungen! – Zuruf der Abg. Renate Rastätter GRÜNE)

Natürlich kann sich ein Beamter kritisch äußern, er kann auch Anträge und Beschwerden einbringen, aber er muss dabei den Dienstweg einhalten, und er darf damit – das ist gesetzlich geregelt – nicht an die Öffentlichkeit gehen.

(Abg. Albrecht Fischer CDU zu SPD und Grünen: Zuhören!)

Wenn man sich das vergegenwärtigt, so muss man sagen: Es ist schon eine risikoreiche Gratwanderung, wenn unsere sogenannten Schulrebelln den Brief zwar an ihren Dienstherrn schreiben, aber damit eben an die Öffentlichkeit gehen. Die Reaktionen waren dann auch entsprechend.

(Beifall des Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP – Zuruf des Abg. Claus Schmiedel SPD)

Herr Zeller, ich möchte mich dem Appell von Herrn Kollegen Locherer anschließen. Sie sollten dieses Wort wirklich zurücknehmen. Sie haben sich hier deutlich vergriffen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU – Zuruf des Abg. Claus Schmiedel SPD – Gegenruf des Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Oberflächliches Geschwätz!)

Aber, meine Damen und Herren – ich sage wirklich ganz gezielt: aber –, ich denke, wir müssen uns an dieser Stelle schon fragen: Wie groß muss der Druck sein,

(Abg. Reinhold Gall SPD: Eben!)

wenn sich ein verbeamteter Schulleiter zu einem solchen Schritt entschließt?

(Abg. Renate Rastätter GRÜNE: So ist es!)

Wie groß muss der Druck sein, wenn viele diesen Schritt auch mitgehen?

(Abg. Reinhold Gall SPD: Darum geht es! – Abg. Karl Zimmermann CDU: Wenn einer dünnhäutig ist, dann muss er nicht groß sein! – Gegenruf des Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Dieser Zimmermann weiß zu allem etwas Blödes zu sagen! – Gegenruf des Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Aber Ihre Zwischenrufe sind auch nicht immer Gold, Herr Kretschmann!)

Schauen wir uns das Wort „Dienstaufsicht“ einmal vom Wort-sinn her ein bisschen näher an. Was bedeutet das Wort „Dienstaufsicht“ eigentlich? Ich denke, es ist im eigentlichen Wort-sinn ein Stück weit ein anachronistischer Begriff. Denn es ist

sicherlich nicht so, dass hier noch Leute dienen, die von anderen beim Dienen beaufsichtigt werden. Ich denke, dieses Wort wird der Lebenswirklichkeit an unseren Schulen eigentlich nicht mehr gerecht.

Ich habe landauf, landab in vielen Gesprächen Schulleiter kennengelernt, die sich über die Verbesserung der Qualität des Unterrichts intensiv Gedanken machen, die mit großem Engagement ihre Schulen führen und die auch konzeptionell innovativ denken. Ich meine, diesen Schatz an Leistungsbereitschaft, dieses Potenzial an Kreativität gilt es zu heben, zu nutzen und auch in unsere bildungspolitische Arbeit einfließen zu lassen.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Sie treffen aber immer auf die Betonköpfe im Kultusministerium!)

Deshalb sollten wir weniger von Dienstaufsicht, sondern auch bei diesem Verhältnis eher von Betriebsklima reden. Ein offener, konstruktiver Umgang miteinander, Kritik zulassen und auch ernst nehmen, gemeinsam nach Lösungen suchen, ich denke, das wird der Lebenswirklichkeit an unseren Schulen sehr viel mehr gerecht als dieser alte juristische Begriff „Dienstaufsicht“. Das nimmt den Druck aus dem Kessel.

Herr Zeller, es ist schon deutlich besser geworden.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Oje!)

Ich möchte zum Abschluss ein kleines Erlebnis erzählen, das ich neulich auf dem Hauptbahnhof in Heidelberg hatte. Frau Dr. Schick, ich will Ihnen jetzt wirklich keinen „Honig ums Maul schmieren“.

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Na, na, na! – Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Sie hat auch kein Maul, sondern einen Mund!)

Darum geht es mir nicht. Aber es war ein sehr positives Erlebnis. Ich habe einen ehemaligen Schulleiter wieder getroffen, der jetzt im Schulamt arbeitet. Ich kam von Stuttgart, er kam auch aus Stuttgart, von einer Konferenz mit der Ministerin. Ich habe ihn in früheren Gesprächen als einen sehr kritischen Schulleiter kennengelernt. Ich fragte: „Na, wie war’s?“ Er hat mich angestrahlt und gesagt: „Es war aufbauend, es war hoch motivierend, und ich gehe mit viel Elan in meine Schule zurück.“

(Beifall des Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP – Abg. Claus Schmiedel SPD: Halleluja!)

– Halleluja, jawohl. Dreimal Halleluja.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Die zweite Reihe hinter der Frau Ministerin wird ihn schon wieder ausbremsen! – Weitere Zurufe – Glocke der Präsidentin)

Bei einem so guten Betriebsklima, Herr Schmiedel, erübrigen sich Rebellenbriefe.

Ich kann Sie nur aufmuntern: Weiter so! Wir sind hier auf einem deutlich anderen und besseren Weg.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Frau Ministerin Professorin Dr. Schick.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Wie hieß der Schulleiter? – Heiterkeit)

Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Dr. Marion Schick: Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich denke, wir sprechen hier über eines der wichtigsten Themen überhaupt. Deswegen bitte ich uns alle, dies mit den passenden Worten zu tun. Nicht alle Worte, die wir bisher gehört haben, passen zur Ernsthaftigkeit des Themas.

Wir sprechen nämlich über das Grundrecht der freien Meinungsäußerung, das eines der wesentlichen Grundrechte unserer Verfassung ist und das wir alle durch tägliches gutes Vorbild in die gelebte Praxis umsetzen sollten. Freie Meinungsäußerung beinhaltet dann auch, die richtigen Worte zum richtigen Zeitpunkt zu finden. Dies gilt für dieses Hohe Haus. Dies gilt aber auch für Führungskräfte im baden-württembergischen Bildungssystem; das ist eine Umschreibung für Schulleiterinnen und Schulleiter; sie sind Führungskräfte im Bildungssystem Baden-Württembergs.

Frau Abg. Rastätter, Sie haben vorhin die Konferenz der GEW mit dem Titel „Zwischen allen Stühlen“ erwähnt. Dort habe ich auch gesagt: Meine Damen und Herren, als Schulleiter und Schulleiterinnen haben Sie nicht eine Schule als Lehren bekommen und nicht Schüler als Geißel Ihrer persönlichen Meinung, sondern Sie leiten eine Schule im baden-württembergischen Bildungssystem.

(Zuruf des Abg. Johannes Stober SPD)

Gleichwohl sind sie selbstverständlich – ich bin erstaunt, dass dies hier überhaupt noch einmal thematisiert werden muss – Bürger eines Landes, in dem Meinungsfreiheit gilt.

Meine Damen und Herren, jetzt gilt es, dies so zusammenzubringen, wie es heute jeder Mensch tun muss, der in einer beruflichen Organisation tätig ist, ob er Mitarbeiter einer Partei ist, wie vorhin als Beispiel zitiert wurde, oder anderswo arbeitet. Jeder Berufstätige steht vor genau dieser Herausforderung.

(Zuruf des Abg. Norbert Zeller SPD)

seine persönliche Meinung, die manchmal auch emotional geprägt sein mag, die manchmal aufgrund von Einzelerlebnissen geprägt sein mag, mit seiner verantwortungsvollen Position in einem System in Einklang zu bringen und dies so zu leben, dass er sich trotzdem im Spiegel, gleichwohl aber auch seinen Arbeitgeber anschauen kann.

Das ist eine Gratwanderung, meine Damen und Herren. Das verlangen wir jeden Tag von den Berufstätigen draußen im Land. Warum sollten wir es nicht von einem Schulleiter oder einer Schulleiterin in Baden-Württemberg verlangen können? Wir verlangen dies, und 99,99 % dieser Personengruppe haben überhaupt kein Problem damit, diese Gratwanderung so hinzubekommen, dass sie sowohl in den eigenen Spiegel als auch in den Spiegel der Bildungspolitik schauen können.

Meine Damen und Herren, ich muss mich über das Bild von baden-württembergischen Beamten im Schuldienst wundern,

das hier gezeichnet wird. Wir sind doch nicht mehr im 19. Jahrhundert,

(Abg. Reinhold Gall SPD und Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Wem sagen Sie das?)

wo ein Anruf eines Schulamts, eines Regierungspräsidiums einen Gehorsam auslösen würde, eine Habtachtstellung bei den Beamten.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Aber es wird versucht! Darum geht es doch! – Abg. Claus Schmiedel SPD: Genau so ist es!)

Sie tun den Lehrerinnen und Lehrern in einer Art und Weise unrecht.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP und Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: So ist es! – Abg. Hagen Kluck FDP/DVP zur SPD: Das ist euer Menschenbild vom Untertan! – Gegenruf der Abg. Ursula Haußmann SPD)

Sie unterstellen, dass dann jemand „habtacht steht“. Meine Damen und Herren, diese Lehrer und Lehrerinnen, die Sie hier meinen verteidigen zu müssen, gibt es überhaupt nicht mehr.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Wir haben selbstbewusste Lehrerinnen und Lehrer. Wir haben aktive Lehrerinnen und Lehrer.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Um Gottes willen!)

Wir haben Lehrerinnen und Lehrer, die ihre Meinung äußern und für sie einstehen.

(Abg. Renate Rastätter GRÜNE: Sie lassen sich nicht einschüchtern!)

Diejenigen, über die Sie reden, gibt es nicht. Ich bin stolz darauf, dass die Lehrerschaft in Baden-Württemberg ihre Meinung äußert und für sie einsteht.

(Zurufe der Abg. Reinhold Gall und Claus Schmiedel SPD)

Meine Damen und Herren, müssen wir es tatsächlich als unsittlich ansehen, wenn ein Schulamts mit einem Schulleiter in ein Gespräch tritt? Es passiert – das wissen Sie vielleicht noch nicht; ich verrate es Ihnen – am Tag wahrscheinlich Tausende Male, dass ein Schulamts einen Schulleiter anruft. Allerdings erhalten wir dann nicht Tausende Male eine Beschwerde: „Hier hat jemand unbotmäßig versucht, mich in meiner Amtsausübung zu beeinträchtigen.“ Vielmehr werden in solchen Gesprächen Probleme und anderes besprochen. Dies ist gelebter Alltag und wird auch so bleiben.

(Zuruf von der CDU: Sehr gut! – Abg. Reinhold Gall SPD: Wieder am Thema vorbei!)

Meine Damen und Herren, Meinung ist erwünscht, und Meinung wird natürlich auch diskutiert. Wenn nicht jeder jede Gelegenheit nutzt, dann tut mir das leid.

In Ravensburg scheint irgendwie ein Nest zu sein.

(Vereinzelt Heiterkeit)

(Ministerin Dr. Marion Schick)

Anscheinend gibt es dort jährlich eine Situation, bei der man diskutieren kann oder diskutieren könnte. Ich war am dritten Tag nach meinem Amtsantritt bei einer Diskussionsveranstaltung in Ravensburg. Im Publikum befand sich ein namentlich hier nicht zu bezeichnender, aber als oberschwäbischer Rebell, glaube ich, im Land bekannter kritischer Kopf. Ich hatte mich darauf gefreut, dass er die Diskussion sucht und die Gelegenheit nutzt, mit mir zu diskutieren. Leider hat er es nicht getan. Schade.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Weil der Schulleiter danebensaß!)

– Oh Gott, oh Gott. Es war eine freie Veranstaltung. Andere Menschen haben die Möglichkeit genutzt und hatten keine Angst davor, dass vielleicht jemand dabei ist und dies hört.

Meine Damen und Herren, seit meinem Amtsantritt führe ich regelmäßig – mindestens alle zwei Wochen – Gesprächsrunden mit Lehrerinnen und Lehrern durch. Ich würde Sie gern einmal dazu einladen; denn da würden Sie sehen, dass sie überhaupt keine Angst davor haben, einer Kultusministerin kritische Dinge ins Gesicht zu sagen, dass es nur so pfeift. Da geht es um Einzelthemen, wofür die Lehrer jeden Tag kämpfen und sagen: „Das sind unsere Probleme.“ Es ist noch niemand in Ohnmacht gefallen, weil er Angst hätte, ich würde es hinterher seinem Staatlichen Schulamt mitteilen.

Meine Damen und Herren, reden Sie mit den Leuten, gehen Sie hinaus, begleiten Sie mich, wenn Sie möchten,

(Zuruf des Abg. Reinhold Gall SPD)

und sehen Sie, wie mutig die Lehrerinnen und Lehrer in der Wahrnehmung ihrer Grundrechte sind. Wir haben dieses Problem nicht. Schon gar nicht sollten Sie meinen, Sie müssten denjenigen rote Teppiche ausbreiten, die einmal einen Brief schreiben. Breiten Sie denjenigen rote Teppiche aus und reden Sie mit denjenigen, die sich täglich bemühen, in konstruktiver Kritik das Schulsystem weiterzuentwickeln und für die jungen Menschen etwas zu tun. Denen rollen wir rote Teppiche aus.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Oi! – Zuruf des Abg. Claus Schmiedel SPD)

Ich tue das fast täglich. Es macht Spaß und macht mich stolz auf die Lehrerinnen und Lehrer im Land; die sind viel mutiger, als Sie denken.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Zurufe von der CDU und der FDP/DVP: Jawohl! – Bravo! – Abg. Karl Zimmermann CDU: Wenn das so weitergeht, will die GEW noch bei der CDU eintreten!)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Zeller für die Fraktion der SPD.

(Zuruf von der CDU: Es wird nicht mehr besser! – Zuruf des Abg. Hagen Kluck FDP/DVP)

Abg. Norbert Zeller SPD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren!

(Zuruf von der CDU: Jetzt kommt die Entschuldigung! – Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Der Untertan!)

In der Tat sind die Lehrerinnen und Lehrer entweder Beamte oder Nichtbeamte. Sie sind der Verfassung und den Gesetzen unterworfen, Herr Kluck, und nicht einer Partei. Sind wir uns da einig?

(Zuruf des Abg. Volker Schebesta CDU – Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Völlig abwegige Unterstellung!)

– Herr Schebesta, ich finde es toll, dass Sie gestern mit Herrn Bosch ein gutes Gespräch geführt haben.

(Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Da hat er sich getraut!)

Jetzt spitze ich pointiert zu, damit Ihnen klar wird, was ich meine. Offensichtlich gibt es bei dieser Veranstaltung mit einem Vertreter der CDU keine vorhergehenden Hinweise. Bei einer Veranstaltung mit der SPD – es war eine Veranstaltung der ältesten demokratischen Partei in diesem Land –

(Abg. Claus Schmiedel SPD: So sieht es aus! – Zuruf des Abg. Volker Schebesta CDU)

bekommt der Lehrer einen Hinweis, er solle aufpassen, was er sagt.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Das war eine Veranstaltung einer Schule!)

Er wird damit eindeutig reglementiert. Dies halte ich für inakzeptabel.

(Beifall bei der SPD – Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Das war eine Veranstaltung einer Schule! Sie haben gar keine Ahnung!)

Frau Arnold, vielen Dank, wenn Sie mir zustimmen.

Deswegen geht es nicht darum, ob wir im 19., 20. oder 21. Jahrhundert sind. Dies ist konkret erst kürzlich passiert, Frau Schick. Darum geht es. Sie haben sich nicht dazu geäußert, ob Sie eine solche Vorgehensweise für gerechtfertigt halten oder nicht.

Ich kann Ihnen sagen: Dieser Lehrer, den ich sehr gut kenne, ist kein Schulleiter. Er ist ein sehr engagierter Lehrer, der sich für seine Schülerinnen und Schüler in der Hauptschule einsetzt. Er setzt sich für sie ein und versucht das Beste.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Warum wollen Sie ihm das abgewöhnen?)

Dieser Lehrer hat andere schulische Vorstellungen. Dafür wird er von Ihrer Verwaltung angerufen und „belehrt“. Darum geht es. Dies ist nach unserem Staatsverständnis nicht zu akzeptieren, und das sollte eigentlich auch nach Ihrem Staatsverständnis so sein.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Meine Damen und Herren, es liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Der Antrag ist durch die Aussprache erledigt. Es handelt sich um einen reinen Berichtsantrag. – Sie stimmen dem zu. Es ist so beschlossen.

Damit ist Punkt 6 der Tagesordnung erledigt.

(Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte)

Ich rufe **Punkt 7** der Tagesordnung auf:

a) Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst – Vollständiger Ersatz der durch die neue Geschwisterregelung bei der Befreiung von den Studiengebühren entstandenen Einnahmeausfälle an unseren Hochschulen – Drucksache 14/4115

b) Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst – Sachstand Studiengebühren im Sommersemester 2009 – Drucksache 14/4469

Das Präsidium hat folgende Redezeiten festgelegt: für die Begründung zu a und b fünf Minuten und für die Aussprache fünf Minuten je Fraktion.

Das Wort erteile ich Herrn Abg. Stober für die Fraktion der SPD.

Abg. Johannes Stober SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben heute eigentlich über drei Themenbereiche zu diskutieren: über den Sinn und Unsinn von Studiengebühren, über ihre Verwendung und über die Vertragstreue der Landesregierung bezüglich ihres Solidarpakts mit den Hochschulen.

Ich beginne mit dem letzten Thema. Am 2. März 2007 hat die Landesregierung für die Jahre 2007 bis 2014 den sogenannten Solidarpakt II mit den baden-württembergischen Hochschulen – ich habe ihn hier vorliegen – abgeschlossen. Ich zitiere aus diesem Solidarpakt II. In Ziffer 1.2 ist zu lesen:

Während der Laufzeit der Vereinbarung werden keine weiteren Kürzungen, Stelleneinsparungen und sonstige Haushaltssperren (einschließlich Stellenbesetzungssperren) erfolgen.

In Ziffer 2 – Studiengebühren – heißt es:

Die auf der Grundlage des Landeshochschulgebührengesetzes in der Fassung vom 19. 12. 2005

– darauf kommt es an –

von den Hochschulen und Berufsakademien vereinnahmten Studiengebühren stehen diesen zweckgebunden für die Erfüllung ihrer Aufgaben in Studium und Lehre zur Verfügung.

Ich muss feststellen, liebe Kolleginnen und Kollegen: Das Landeshochschulgebührengesetz wurde seitdem durch die Einführung der Geschwisterregelung verändert. Den Hochschulen sind dadurch durchschnittlich 26 % ihrer Einnahmen aus Studiengebühren weggefallen; an einzelnen Hochschulen waren es gar bis zu 45 %.

(Abg. Winfried Scheuermann CDU: Ihr wolltet doch gar keine Studiengebühren!)

In der Summe haben die Hochschulen in Baden-Württemberg dadurch im Jahr 60 Millionen € weniger zur Verfügung.

Ich kann daher nur sagen: Sie haben den Solidarpakt mit unseren baden-württembergischen Hochschulen gebrochen, so, wie Sie im Lauf dieser Legislaturperiode viele Zusagen und Versprechungen gebrochen haben.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Quatsch!)

Die richtige Konsequenz aus der Geschwisterregelung – der auch wir, wenn auch mit einer etwas anderen Zielrichtung als Sie, hier im Landtag zugestimmt hatten –

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Sie sind doch gegen Studiengebühren!)

wäre daher gewesen, diesen Einnahmeausfall auszugleichen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das ist doch Heuchelei! Sie sind doch prinzipiell dagegen! – Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Sie wollen doch überhaupt keine Studiengebühren!)

– Lassen Sie mich doch erst einmal ausreden, lieber Kollege.

Dass das verheerende Auswirkungen auf die Haushalte unserer Hochschulen hatte, lässt sich nicht leugnen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Warum sind Sie denn für die Abschaffung?)

Ich nenne hier nur das Beispiel der PH Heidelberg, die nach Bekanntwerden dieser Zahlen – für die PH Heidelberg führt die Geschwisterregelung zu Einnahmeverlusten in Höhe von 1,2 Millionen € pro Haushaltsjahr – eine Haushaltssperre verhängen musste.

Sie behaupten in solchen Situationen immer, die Fehler hätten die anderen gemacht, und geben den Schwarzen Peter nach unten weiter. Ich frage aber: Sind es denn immer nur die anderen, die schuld sind, oder hat der „schwarze Peter“, hier mit dem Nachnamen Frankenberg, nicht selbst einen großen Fehler gemacht, indem er unsere Hochschulen mit diesen Millionenkürzungen im Regen stehen lässt?

(Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Was soll denn diese billige Polemik? Das ist doch kein Sachargument!)

Deshalb brauchen unsere Hochschulen einen Ausgleich für die fehlenden Einnahmen aus Studiengebühren. Wenn es nach uns geht, würden die gesamten Studiengebühren wegfallen, und damit brauchten die Hochschulen einen kompletten Ausgleich. Eben darauf zielt unser Antrag, über den es heute zu entscheiden gilt.

(Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Dr. Wetzel?

(Abg. Reinhold Gall SPD: Lieber nicht!)

Abg. Johannes Stober SPD: Ich schlage vor, dass ich meine Ausführungen zu Ende bringe. Möglicherweise ist die Frage dann auch beantwortet. Wenn nicht, kann gern eine Nachfrage gestellt werden.

(Johannes Stober)

Immer nur die eigene Klientel zu bedienen, etwa indem man die Steuern für Hoteliers, für Erben und für Besserverdienende senkt, gleichzeitig aber die Leistungsträger –

(Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Das hat die SPD auch gewollt!)

– Das sogenannte Steuerentlastungsgesetz, das zu diesen Ausfällen in diesem Jahr führt,

(Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Eure Genossen wollten das auch!)

haben nicht wir beschlossen, sondern das haben CDU und FDP in diesem Jahr im Bundestag beschlossen, und das haben Sie als Landesregierung hier mitgetragen; nur um das hier einmal eindeutig klarzustellen.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Herr SELLERING!)

Wer das tut, gleichzeitig aber die Leistungsträger in unserer Gesellschaft – dazu zähle ich auch unsere Studierenden und ihre Familien – einfach abzockt, vollzieht eine zutiefst unsoziale Politik, die in einem reichen Land wie Baden-Württemberg eigentlich nichts verloren hat.

(Abg. Werner Pfisterer CDU: Niemand ist sozialer als wir!)

Dass Studiengebühren vom Studium abschrecken können, ist spätestens seit der HIS-Studie aus dem Jahr 2008 – ich habe sie mitgebracht –, die uns Frau Schavan damals vorenthalten wollte, belegt.

(Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Jetzt wollen Sie die Geschwisterregelung streichen?)

Natürlich gibt es auch noch andere Gründe als Studiengebühren, warum sich junge Menschen gegen ein Studium entscheiden. Schließlich soll jeder – wir haben heute Morgen auch darüber diskutiert – die Ausbildung bekommen, die er möchte. Ob er studieren, nach der Realschule aufs berufliche Gymnasium gehen oder nach dem Abitur einfach eine Ausbildung machen und möglichst schnell Geld verdienen möchte, das soll seine Sache und seine Entscheidung bleiben.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Unabhängig von Ge-eignetheit!)

Wenn gut ein Viertel aller Studienberechtigten, die sich gegen ein Studium entschieden haben, als Grund dafür anführen, dass ein Studium ihre finanziellen Möglichkeiten übersteigt, dann wissen wir, dass Studiengebühren, wie wir sie in Baden-Württemberg haben, abschrecken

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Das stimmt doch gar nicht!)

und mit dazu beitragen, dass 71 % aller Akademikerkinder studieren, aber nur 24 % der Kinder aus Nichtakademikerfamilien.

(Zuruf des Abg. Winfried Scheuermann CDU)

– Nehmen Sie sich doch einfach einmal die Zeit, lieber Kollege Scheuermann, um sich die neue Sozialerhebung des

Deutschen Studentenwerks aus dem Jahr 2009 durchzulesen. Dann werden Sie genau diese Zahlen finden.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Die Studierendenzahlen steigen doch!)

– Alles Schreien hilft nicht. Lesen Sie sich diese Zahlen durch,

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Völliger Quatsch!)

dann wissen Sie, wie die Situation hier im Land Baden-Württemberg bzw. in der gesamten Bundesrepublik ist.

(Abg. Werner Pfisterer CDU: Die Lage ist sehr gut!)

– Diese Zahlen finden Sie sehr gut, Herr Pfisterer?

(Abg. Werner Pfisterer CDU: Nein, die Lage! Die Lage ist gut!)

Wenn Sie die Situation, die ich gerade beschrieben habe, richtig und gut finden, dann stelle ich mir aber wirklich andere Fragen, lieber Herr Kollege.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Die Lage findet er gut!)

Die soziale Selektivität ist vielmehr weiterhin erschreckend stabil, wie der Präsident des Deutschen Studentenwerks, Professor Dobischat, zu Recht gegenüber der „taz“ bemerkte. Was uns aber wirklich Sorgen machen muss, ist, dass erstmals die Eltern finanziell weniger zum Studium ihrer Kinder beigetragen haben. Ich bin sicher, dass das nicht am fehlenden Willen der Eltern liegt, sondern schlicht und ergreifend daran, dass die Mittelschicht in unserem Land am Rande ihrer finanziellen Möglichkeiten angekommen ist.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Genau! Deshalb brauchen wir Steuerentlastungen!)

Genau diese, lieber Kollege Kluck, belasten wir bzw. belasten Sie noch einmal, wenn Sie ihnen jährlich 1 000 € aus der Tasche ziehen.

(Beifall bei der SPD – Abg. Dietmar Bachmann FDP/DVP: Weil wir auch an die Arbeitnehmer denken, nicht nur an die Studierenden!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es bringt die Studierenden besonders auf die Palme, wenn diese Mittel eben nicht zusätzlich sind, wie es bei der Einführung versprochen wurde.

(Abg. Werner Pfisterer CDU: Sind sie doch!)

Vielmehr müssen wir feststellen, dass nach dem Motto „Rechte Tasche, linke Tasche“ inzwischen Maßnahmen aus Studiengebühren bezahlt werden, die bisher aus allgemeinen Haushaltsmitteln finanziert wurden.

Die Universitäten haben auch gar keine Alternative dazu, wenn ihnen die Kosten – ich nenne hier beispielhaft einmal die Energiekosten – davonlaufen und sie dafür keinen Ersatz vom Land bekommen. Nicht zufällig war daher bei den Studierendenprotesten im letzten Herbst nicht nur der Bologna-

(Johannes Stober)

Prozess eines der großen Themen, sondern auch die Studiengebühren.

(Abg. Werner Pfisterer CDU: Bundesweiter Protest! Bundesweit!)

Dieser Protest galt auch denen – den Studierenden und ihren Eltern, den Leistungsträgern unserer Gesellschaft –, denen Sie immer mehr in die Tasche greifen.

Deshalb – ich habe zwar nicht den Eindruck, dass Sie dem folgen, aber ich spreche den Appell hier noch einmal aus –: Kommen Sie endlich zur Einsicht, und schaffen Sie zusammen mit uns die Studiengebühren, aber auch viele andere Bildungshemmnisse in unserem Land ab,

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Was jetzt? Die Geschwisterregelung oder die Studiengebühren? – Abg. Dietmar Bachmann FDP/DVP: Wir wollen an die Arbeitnehmer denken und nicht nur an die Studierenden!)

damit das Wort „Chancengleichheit“ auch in Baden-Württemberg endlich wieder großgeschrieben werden kann.

Jetzt zu Ihrem Zwischenruf, Herr Kluck: Wir wollen die Studiengebühren ganz abschaffen, und zwar Schritt für Schritt.

(Abg. Werner Pfisterer CDU: Die Arbeitnehmer zahlen es!)

Den ersten Schritt haben wir mit der Geschwisterregelung geschafft. Aber dafür brauchen die Hochschulen einen entsprechenden Ausgleich,

(Zurufe von der CDU: Woher?)

weil es nicht sein kann, dass man ihnen von heute auf morgen 60 Millionen € jährlich nimmt und sie im Regen stehen lässt.

Danke schön.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Zurufe von der CDU, u. a. Abg. Dr. Klaus Schüle: Schuldenmacher! Wie immer ungedeckte Schecks verteilen!)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Locherer für die Fraktion der CDU.

Abg. Paul Locherer CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich will zunächst einmal mit großer Freude einen Glückwunsch aussprechen – das, Herr Kollege Stober, hört sich anders an als Ihre Schwarzmalerei –, nämlich einen herzlichen Glückwunsch an die baden-württembergischen Hochschulen Freiburg, Karlsruhe, Heidelberg, Konstanz, Tübingen, Esslingen, Ulm und Biberach. Sie sind beim Hochschulranking der Wochenzeitung „Die Zeit“ wieder ganz vorn. Das sollte hier auch einmal erwähnt werden.

(Beifall bei der CDU)

Das zeigt einmal mehr, wie leistungsfähig die Hochschulen in unserem Land sind.

(Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Bremen ist ganz hinten!)

Es zeigt auch, dass wir die Hochschulpolitik in Baden-Württemberg wohl durchdacht, mit Augenmaß und mit Kompetenz gestalten, meine Damen und Herren. Das spricht für uns, und das spricht für die Hochschulen in unserem Land.

Wenn wir gerade beim Loben sind, Herr Kollege Stober: Ich lobe Sie für Ihre Ehrlichkeit. Sie haben tatsächlich darauf hingewiesen, dass die SPD im Dezember 2008 beim Beschluss über das ZHFRUG in einer Paketlösung auch der Geschwisterregelung zugestimmt hat.

(Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Wunderbar! – Abg. Werner Pfisterer CDU: Unglaublich!)

Ich kritisiere aber den Widerspruch, den Sie hier an den Tag legen: Zum einen sind Sie gegen Studiengebühren,

(Abg. Johannes Stober SPD: Wir haben den Ausstieg beschlossen!)

dann sind Sie für die Geschwisterregelung, die wir gemeinsam tragen, und dann beklagen Sie drittens den Ausfall von Einnahmen für die Hochschulen aufgrund dieser Geschwisterregelung. Ja was denn jetzt, lieber Herr Stober? Das ist ein Durcheinander hoch drei.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Ja! So ist es! – Abg. Werner Pfisterer CDU: Keine Linie!)

Ich möchte nur eines sagen – jetzt komme ich zur Geschwisterregelung im Rahmen der Studiengebühren –: Wir entlasten hier vor allem – im Übrigen nicht allgemein, sondern ganz gezielt – kinderreiche Familien. Dies ist auch ein wohl durchdachter Bestandteil baden-württembergischer Hochschulpolitik.

Natürlich, die Befreiungsregelung hat – das wurde gesagt – tatsächlich die Einnahmen der Hochschulen durch Studiengebühren insgesamt um rund 26 % geschmälert. Weitere 15 % der Studierenden waren aus anderen Gründen von der Studiengebührenpflicht befreit. Allerdings haben diese Einnahmeverluste nur zu kurzfristigen Anpassungsschwierigkeiten geführt.

Es ist doch klar, dass Familien die Studiengebührenbefreiung für die ältesten Kinder in Anspruch genommen haben. Diese Befreiung kann dann für die nachfolgenden Geschwister nicht mehr gewährt werden. Gleichzeitig kann in der derzeitigen Situation auch noch der Jüngste in einer Familie die Befreiung in Anspruch nehmen, falls seine Geschwister bereits studiert oder eine andere Berufsausbildung absolviert haben. Auch von dieser Regelung wurde verstärkt Gebrauch gemacht.

Einige im Haus vergessen auch immer wieder: Die Studiengebühren sind zusätzliche Einnahmen der Hochschulen. Die Hochschulen haben sich im Rahmen ihrer Autonomie

(Abg. Katrin Altpeter SPD: Quatsch! – Zuruf des Abg. Johannes Stober SPD)

und der sich daraus ergebenden Finanzkompetenz souverän und flexibel darauf eingestellt.

Durch die veränderten Einnahmen aus Studiengebühren ist die Grundfinanzierung der Hochschulen in keiner Weise be-

(Paul Locherer)

rührt. Das Land steht vielmehr – da widerspreche ich Ihnen, Herr Kollege Stober – zum Solidarpakt II, der den Hochschulen bis zum Jahr 2014 unter Anpassung der Tarifsteigerungen im größten Kostenbereich – dem des Personals – verlässliche Planungen ermöglicht. Der Solidarpakt ist für die Hochschulen gerade in der Wirtschaftskrise eine Absicherung gegen Einsparungen. Andere Institutionen und Politikfelder haben diese Absicherung so nicht, liebe Kolleginnen und Kollegen. Das muss auch einmal klar und deutlich gesagt werden.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und des Abg. Ernst Behringer CDU)

Trotz der Mindereinnahmen bei den Studiengebühren erhalten die Hochschulen noch immer erhebliche zusätzliche Beiträge zum Einsatz in Studium und Lehre.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja! – Abg. Dietmar Bachmann FDP/DVP: So ist es!)

Meine Damen und Herren, nicht von ungefähr haben wir einen solchen Zulauf an die baden-württembergischen Hochschulen.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: So ist es! – Abg. Johannes Stober SPD: Bei hohen Jahrgängen ist das kein Wunder!)

Wenn alles so schlecht wäre, wie Sie, Herr Stober, es darstellen, dann wäre dies doch nicht der Fall.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Lassen Sie mich ganz besonders noch einmal auf die Geschwisterregelung eingehen. Ich betone noch einmal: Hier werden kinderreiche Familien berücksichtigt. Denn pro Kind entstehen ein zusätzlicher Finanzbedarf und zusätzliche Belastungen, insbesondere ab dem dritten Kind. Bei Familien mit mehr als drei Kindern sinkt erwiesenermaßen das Pro-Kopf-Einkommen, und die Wahrscheinlichkeit für eine Berufstätigkeit beider Elternteile nimmt signifikant ab.

Eine Familie wendet – das sollte man auch einmal erwähnen – nach Aussagen des Statistischen Bundesamts pro Kind zwischen 70 000 € und 120 000 € auf. Diese Kosten entstehen unabhängig von der Altersstaffelung der Kinder. Die baden-württembergische Regelung trägt diesem Bedarf deshalb bewusst auch dann Rechnung, wenn dieser zeitlich gestreckt auftritt.

Übrigens ist auch sehr wichtig: Im Vergleich und im Verhältnis zum Bundesland Bayern ist eine Begrenzung der Befreiungsregelung auf einen gleichzeitigen Kindergeldbezug nicht maßgebend. Wir entlasten hier die Familien allgemein. Insbesondere durch die Absenkung der Altersgrenze für den Kindergeldbezug mit Wirkung vom 1. Januar 2007 von vormals maximal 27 Jahre auf 25 Jahre entstand für die Familien eine neue Situation. Auch darauf nehmen wir Rücksicht und entlasten kinderreiche Familien.

Meine Damen und Herren, deshalb wurde die Geschwisterregelung von der Bevölkerung in Baden-Württemberg positiv aufgenommen.

(Abg. Johannes Stober SPD: Das haben die Studentenproteste gezeigt!)

Sie zeigt den Menschen, dass die Ziele der Initiative „Kinderland Baden-Württemberg“ ernst genommen werden. Mit der Geschwisterregelung werden finanzpolitische und familienpolitische Komponenten vereint.

Der Vollzug der Regelung erwies sich trotz vielfach vorgetragener Bedenken – heute haben wir sie wieder gehört – als nicht problematisch. Nachdem die erste Antragswelle zum Sommersemester 2009 von den Hochschulen bewältigt wurde, sind keine besonderen Schwierigkeiten beim weiteren Vollzug der Regelung eingetreten oder für die Zukunft abzusehen.

Die Zielrichtung der recht alten SPD-Anträge ist übrigens zwischenzeitlich aus den vorgenannten Gründen verpufft. Wegen fehlender Gegenfinanzierungsvorschläge der SPD lehnen wir diese Anträge entschieden ab.

Vielen Dank, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU – Abg. Werner Pfisterer CDU: Sehr gut!)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Frau Abg. Bauer für die Fraktion GRÜNE.

Abg. Theresia Bauer GRÜNE: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir reden heute – so habe ich die Anträge der SPD verstanden – nicht über das grundsätzliche Pro und Kontra von Studiengebühren.

(Abg. Werner Pfisterer und Abg. Paul Locherer CDU: Auch!)

Diese Diskussion ist vielfach geführt worden. Heute stehen das Thema Geschwisterregelung und das Thema „Verwendung von Studiengebühren“ zur Debatte. Das sind die beiden Aufhänger der Anträge der SPD. Da haben Sie als Landesregierung und auch als Regierungsfractionen ein Problem. Denn Sie haben beim Thema Studiengebühren – an diesen beiden Fragen festgemacht – das Vertrauen verspielt.

(Lachen des Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP)

Beim Punkt Studiengebühren traut man Ihnen nicht mehr über den Weg, und das geht selbst Leuten so, die noch nicht einmal grundsätzliche Gegner von Studiengebühren sind. Sie haben Ihre Versprechen gebrochen, dafür zu sorgen, dass erstens sozial verträgliche Regelungen geschaffen werden und dass die Studiengebühren zweitens zusätzlich zur Verbesserung der Lehre dienen. Bei beiden Punkten ist inzwischen klar, dass Sie Ihre Versprechen nicht gehalten haben.

(Abg. Werner Pfisterer CDU: Beides haben wir gemacht!)

Deswegen hat sich das Misstrauen so festgesetzt, und zwar nicht nur bei denen, die sowieso auch mit guten Gründen schon immer gegen Studiengebühren waren, sondern auch bei den anderen, die sagen, man könnte damit unter Umständen etwas Gescheites machen. Auch diese sagen inzwischen zum baden-württembergischen Gebührenmodell: So geht es nicht.

Zum Punkt Geschwisterregelung: Als sozial verträglich kann man die Geschwisterregelung beileibe nicht darstellen. Denn

(Theresia Bauer)

sie bedeutet ja, dass z. B. die drei Kinder eines Chefarztes genauso in den Genuss der Gebührenbefreiung kommen – eines von den drei Kindern – wie die Kinder einer Verkäuferin. Mit Sozialverträglichkeit hat das nichts zu tun.

(Abg. Werner Pfisterer CDU: Man kann alles herunterreden! – Abg. Winfried Scheuermann CDU: Einen Haufen Bürokratie!)

Selbst familienpolitisch ist eine solche Maßnahme weder sonderlich sinnvoll noch sonderlich zielgerichtet. Man kann auch nicht behaupten, dass Familien, die aufgrund der Ausbildungskosten für ihre Kinder finanziell besonders belastet sind, gezielt gefördert worden seien. Denn nach der Geschwisterregelung hierzulande können die Geschwister inzwischen auch über 50 Jahre alt sein und lange im Berufsleben stehen und dennoch berücksichtigt werden. Wer zwei Geschwister hat – egal, wie alt und wie erfolgreich sie im Leben sind –, kann sich auf die Befreiungsregelung berufen. Auch eine solche Regelung ist zumindest einmal Murks und hat mit Sozialverträglichkeit und Familienfreundlichkeit nichts zu tun, sondern mit ungezieltem Ausgeben von Geldern.

(Abg. Werner Pfisterer CDU: Man kann alles herunterreden!)

Hätten Sie eine sozial verträgliche Regelung machen wollen, hätten Sie es viel einfacher haben können. Entweder hätten Sie es wie in Bayern machen können, wo man sagt, Familien mit Kindern, die Kindergeld beziehen, deren Kinder also in der Ausbildung stehen, werden befreit – was einen Sinn gemacht hätte –, oder Sie hätten – noch viel besser – schlicht und einfach sagen können: Alle Studierenden, die BAföG beziehen, werden von den Gebühren freigestellt. Dann wären Sie die ganze Debatte um die Frage der sozial verträglichen Studiengebühren los. Das wäre ein klares Signal gewesen.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Meister-BAföG können sie beantragen!)

Das wäre ein zielgerichtetes Signal an diejenigen gewesen, die wirklich aus einkommensschwachen Familien kommen. Damit hätten Sie auch einen gescheiterten Ausstiegsplan. Diesen lege ich Ihnen heute noch einmal ans Herz – mit dem Anliegen der SPD, mit dem ich konform gehe: Machen Sie einen Plan zum Ausstieg aus dem Studiengebührenmodell. Der beste erste Schritt zum Ausstieg wäre, die Studiengebühren für BAföG-Bezieher sofort zu streichen. Dann würden Sie sich auf einem richtigen Pfad bewegen.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Das BAföG streichen?)

Die Leute, die BAföG beziehen, müssten lediglich ihren BAföG-Nachweis bei der Immatrikulation vorlegen

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Ach so! Ich dachte, Sie wollten das BAföG streichen!)

und wären damit ohne weiteren bürokratischen Aufwand von Studiengebühren freigestellt. Das ginge ganz einfach und verursachte keinen zusätzlichen Prüfaufwand.

Zwei Gedanken zum Thema „Verwendung von Studiengebühren“. Ich weiß nicht, wie oft es der Minister bei der Einfüh-

rung versprochen hat; auch auf dem alten Flyer stand es. Studiengebühren sind den Studierenden und den Hochschulen immer verkauft worden als das zusätzliche Element, um die Studienbedingungen und die Qualität des Studiums weiter zu verbessern.

(Abg. Werner Pfisterer CDU: Ist es doch!)

Inzwischen zeigt der Blick ins Gesetz: Die Zusätzlichkeit ist kein hartes Kriterium, sondern die Studiengebühren müssen lediglich für Studium und Lehre verwendet werden. Inzwischen wissen wir und kennen mehrere Beispiele, dass die Mittel zunehmend schlicht zur Finanzierung der ganz normalen, grundständigen Lehre eingesetzt werden. Es gibt Bereiche, in denen die Lehre zusammenbrechen würde, wenn man die Mittel aus Studiengebühren herausziehen würde.

(Zuruf des Abg. Hagen Kluck FDP/DVP)

Da ist nichts zusätzlich, sondern da wird schlicht die Grundlast über Studiengebühren finanziert.

Wir kennen inzwischen Beispiele, wonach Studiengebühren dafür verwendet werden, die undichten Dächer und die zusammenfallenden Bauten auszubessern. In die Bereiche Renovierung und Instandhaltung sowie Neubau fließen Studiengebühren ein. Im weitesten Sinn ist es natürlich in der Tat besser für die Lehre, wenn es nicht aus der Decke im Hörsaal tropft.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Es kommt auf das Dach an! – Abg. Werner Pfisterer CDU: Immer nur Negatives!)

Trotzdem kann man doch nicht behaupten, dass dieses Geld zur Verbesserung der Studienbedingungen verwendet wird. Sie verwenden das Geld inzwischen nachgewiesenermaßen schlicht dafür, um Haushaltslücken zu schließen. Da geht es nicht um Zusätzlichkeit.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Abg. Johannes Stober SPD: So ist es!)

Studierende, die sich dagegen wehren, können lange das Wort erheben und die Mittelverwendung kritisieren – am Ende hat der Rektor das letzte Wort. Deswegen werden die Studierenden auch müde, das Wort zu erheben, weil sie nämlich nicht verbindlich mitentscheiden können und ihr Wort und ihre Kritik letztlich nicht zählen.

Deswegen bin ich fest davon überzeugt: Studiengebühren müssen dafür herhalten, die Haushaltslücken in den Hochschulen zu schließen. Schlimmer, als es die Haushaltslücken sind, ist aber die riesengroße Glaubwürdigkeitslücke, die Sie in der Hochschulpolitik haben.

(Zuruf des Abg. Werner Pfisterer CDU – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Frau Abgeordnete, bitte kommen Sie zum Ende.

Abg. Theresia Bauer GRÜNE: Ein letzter Satz. – Um auf den Antrag der SPD-Fraktion, Drucksache 14/4469, zurück-

(Theresia Bauer)

zukommen: Es ist der richtige Weg, einen Ausstiegsplan zu verabreden und über nachhaltige Hochschulfinanzierung zu reden, die die Hochschulen entlastet.

(Unruhe bei der CDU)

Wir haben bei den letzten Haushaltsberatungen drei ganz einfache Vorschläge dazu gemacht:

Erstens: Die Hochschulen sind von globalen Minderausgaben zu entlasten.

Zweitens: Den Hochschulen wird die Verpflichtung zur Akkreditierung von Studiengebühren erlassen, zumindest so lange, bis das Akkreditierungswesen auf neue Füße gestellt ist.

(Beifall bei den Grünen)

Drittens: Erlassen Sie den Hochschulen die Pflicht zur Durchführung von Aufnahmeprüfungen. Damit sparen die Hochschulen und die Studienbewerber viel Zeit und viel Geld. Damit wäre für die Hochschulen konkret etwas gewonnen.

(Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Frau Abgeordnete, bitte beenden Sie Ihre Rede.

Abg. Theresia Bauer GRÜNE: Das sind unsere drei Vorschläge zur Stärkung einer nachhaltigen Hochschulfinanzierung.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Bachmann für die Fraktion der FDP/DVP.

Abg. Dietmar Bachmann FDP/DVP: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Bei so viel Ausstieg – ich sage es Ihnen ganz ehrlich – wäre uns einmal wieder der Einstieg lieber. Denn sonst geht nichts voran. Sonst wird gar nichts mehr.

(Beifall des Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP –
Zuruf des Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP)

Am 4. November 1982, also vor über einem Vierteljahrhundert, brachte der wissenschaftspolitische Sprecher und Vorsitzende der FDP/DVP-Fraktion Hinrich Enderlein einen Antrag ein, der sich u. a. mit Studiengebühren befasste. Sie sollten nachlaufend sein, also erst zwei Jahre nach Studienende gezahlt werden, und sie sollten sozial verträglich zurückgezahlt werden, also nur dann, wenn man in einem festen Berufsverhältnis steht. Ferner sollten sie der Gesellschaftsgerechtigkeit Rechnung tragen; gut verdienende Akademiker sollten elternunabhängig in größerem Umfang zur Finanzierung ihrer Ausbildung beitragen. Sie sehen, meine Damen und Herren, wie sozial FDP/DVP-Politik schon damals war.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Heute, ein Vierteljahrhundert später, hat unser Koalitionspartner mit uns genau diesen Ansatz verwirklicht.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist ein sehr sozialer Ansatz. Gerade die SPD müsste als soziale Partei doch dafür eintreten,

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Oje!)

dass nicht die Kassiererin an der Supermarktkasse oder die Kollegin Haußmann über ihre Steuern das Studium der späteren Vorstände

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: So ist es!)

ihres Konzerns finanziert. Gerade die SPD müsste doch fordern, dass die soziale Umverteilung von unten nach oben, die in einem ausschließlich steuerfinanzierten Studium liegt, gestoppt wird.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: So ist es!)

Gerade die SPD müsste doch ein Modell nachlaufender und damit elternunabhängiger Studiengebühren – das ist Ihnen doch immer ein Anliegen – fordern.

(Abg. Johannes Stober SPD: Es geht um ein gerechtes Steuersystem!)

Wir jedenfalls, die Koalition in den Landesfarben Schwarz-Gelb, stehen zu unserer sozialen Verantwortung. Wir haben Studiengebühren eingeführt,

(Abg. Rita Haller-Haid SPD: Die Verkäuferin mit ihren zwei Kindern muss Studiengebühren zahlen!)

und wir haben diese Studiengebühren im Interesse der Studierenden als unecht nachlaufende Studiengebühren ausgestaltet.

(Zuruf des Abg. Johannes Stober SPD)

Das Geld steht während des Studiums der Betroffenen zur Verfügung, und zwar zur Verbesserung von Lehre und Studium. Kollege Locherer hat schon Beispiele genannt; der Minister wird Ihnen noch andere nennen.

(Abg. Walter Heiler SPD: Kennen Sie seine Rede?)

Das Geld kann über einen Studiengebührenkredit so zwischenfinanziert werden, dass es wie beim BAföG erst im Berufsleben zurückgezahlt werden muss. Ein Erfolg, auf den wir noch immer stolz sind, ist die neue Zinsobergrenze von 5,5 %. Tatsächlich – das muss man einmal loben – liegen die Zinsen der L-Bank für derartige Kredite derzeit bei durchschnittlich 3,869 %. Das entspricht in etwa dem Zinssatz für normale Immobilienkredite. Die Höhe ist marktüblich.

Damit ist sichergestellt, dass die Studierenden die Gebühren nicht während des Studiums aufbringen müssen. Es ist eine billige Mäx der Opposition, dass das Einkommen der Eltern eine Rolle spielt. Es gibt den Studiengebührenkredit. Es ist eine Mäx, dass Studierende deswegen arbeiten müssten. Es gibt nämlich den Studiengebührenkredit.

Es ist auch eine noch viel billigere Nummer, jetzt Ausnahmetatbestände anzugreifen. Natürlich – es wurde gesagt – könnten wir die Geschwisterregelung wieder abschaffen. Aber wir

(Dietmar Bachmann)

wollen es kinderreichen Familien im „Kinderland“ Baden-Württemberg leicht machen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU – Abg. Ursula Haußmann SPD: Oje!)

Das ist keine hochschulpolitische, sondern ausschließlich eine familienpolitische Maßnahme.

Natürlich fehlt das aufgrund dieser Ausnahme nicht eingenommene Geld an den Hochschulen. Aber was ist denn die Alternative? Ihr Rezept einer Abschaffung – Herr Kollege Stober hat es ja dargestellt – würde nur dazu führen, dass nicht nur ein Drittel des Geldes fehlen würde – zwei Drittel sind nämlich mehr als ein Drittel –, denn dann würde alles fehlen.

(Oh-Rufe)

So viel Mathematik sollte man schon voraussetzen können. Können Sie sich einmal entscheiden? Jammern Sie jetzt, weil den Hochschulen das Geld fehlt? Es ist ganz einfach – es wurde schon gesagt –: Dann muss man die Studiengebühren erhöhen oder die soziale Abfederung streichen. Dann wäre Geld da. Oder jammern Sie – Herr Kollege Stober war ja sehr ehrlich –, weil es Studiengebühren gibt? Dann müssten Sie doch ehrlich zugeben, dass ohne Studiengebühren das Geld fehlt.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Sie haben doch keine Ahnung!)

– Frau Haußmann, kommen Sie uns nicht schon wieder mit dem „Irgendwo-finden-wir-das-Geld“-Weg. Das ist sozialdemokratische Politik à la Griechenland und Berlin!

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU)

Wie sagte Ihr Genosse Wowereit? „Arm, aber sexy!“ Was hat er gemeint? Reich und sexy mit anderer Leute Geld.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU)

Ihre Wählerinnen und Wähler müssen an den Supermarktkassen hier in Baden-Württemberg das Geld ertippen oder sich auf den Spargelfeldern Geld erstechen, das Ihr Genosse in Berlin ausgibt, um angehenden Investmentbankern das Studium zu schenken.

(Widerspruch bei der SPD)

Das ist Ihre Idee von sozialer Gerechtigkeit!

Unsere Idee von sozialer Gerechtigkeit ist, dass gut verdienende Akademiker auch zur Finanzierung ihres Studiums beitragen dürfen.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: So ist es!)

Wir sind davon überzeugt

(Dem Redner wird das Ende seiner Redezeit angezeigt. – Abg. Thomas Blenke CDU: Für die FDP kann man Eintritt verlangen! – Abg. Dieter Hillebrand CDU: Gleich bekommt er einen Herzinfarkt! – Unruhe – Glocke der Präsidentin)

– ich komme zum Ende, Frau Präsidentin –, dass unsere Idee von sozialer Gerechtigkeit, unsere gemeinsame Idee im Jahr 2011 genauso ankommen wird wie im Jahr 2006 nach der Einführung der Studiengebühren.

Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Herrn Minister Professor Dr. Frankenberg für die Regierung.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Oje! – Abg. Werner Pfisterer CDU: Herr Stober, jetzt bitte aufpassen!)

Minister für Wissenschaft, Forschung und Kunst Dr. Peter Frankenberg: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren!

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Lauter! Wir wollen Sie hören, Herr Minister! Es darf nichts untergehen! – Weitere Zurufe von der CDU – Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU)

– Ich bin auch Kunstminister und beginne wie bei einer Sinfonie mit verschiedenen Lautstärken.

(Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Ursula Haußmann SPD: Wenn etwas Gescheites dabei herauskommt, dann ist es gut!)

Ausnahmsweise darf ich mit einem Zitat eines deutschen Philosophen beginnen, nämlich mit einem Zitat von Karl Marx.

(Oh-Rufe von der CDU und der SPD)

Es wissen nur wenige, dass sich Karl Marx in „Das Kapital“ zu Studiengebühren geäußert hat.

(Zuruf von der SPD: Das ist mir neu!)

Er hat sinngemäß Folgendes ausgeführt: Die Abwesenheit von Studiengebühren ist die Ausbeutung der Arbeiterschicht durch das Bildungsbürgertum.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Ein paarmal gelesen! – Abg. Werner Pfisterer CDU: Schweigen bei der SPD! – Abg. Peter Hofelich SPD: Wer hat denn das herausgefunden? – Weitere Zurufe von der SPD, u. a. der Abg. Ursula Haußmann und Dr. Rainer Prewo)

Der Philosoph Marx – –

(Der Redner hält sein Manuskript hoch.)

Damit Sie es sehen: Ich habe es mir selbst aufgeschrieben, weil ich es weiß.

(Heiterkeit bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Klaus Herrmann CDU: Sie haben „Das Kapital“ gelesen? – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ach, Sie haben das gelesen, Herr Minister? – Unruhe – Glocke der Präsidentin)

(Minister Dr. Peter Franckenberg)

– Es scheint so, als ob Karl Marx Sie noch immer aufregen kann. Ich dachte, seit dem Godesberger Programm hätten Sie sich davon verabschiedet.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das ist ein Genuss! Ganz unglaublich! – Abg. Johannes Stober SPD: Das scheint Ihr Idol zu sein!)

Das Thema, das Sie zur Debatte gestellt haben, ist alles andere als neu. Wir haben uns hier im Plenum und im Ausschuss schon intensiv darüber ausgetauscht.

(Zuruf des Abg. Werner Pfisterer CDU)

Auch die Argumente, die Sie vorgetragen haben, sind nicht neu.

(Abg. Johannes Stober SPD: Ihre auch nicht!)

– Auch meine Argumente und unsere Logik können nicht neu sein, weil sie nach wie vor richtig sind und Bestand haben.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Bravo!)

Man kann auf bekannte Fragen und Argumente, die nicht richtig sind, schlichtweg nicht mit neuen Argumenten antworten.

(Heiterkeit des Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP)

Sie wollen letztlich die Einnahmeverluste bei den Mitteln, die Sie überhaupt nicht wollten, durch Haushaltsmittel ersetzen.

(Abg. Werner Pfisterer CDU: Genau! Das ist die Logik!)

Wenn es nach Ihnen ginge, hätten die Hochschulen schlichtweg 130 Millionen € weniger zur Verfügung, als sie jetzt haben.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Jawohl! So ist es! – Abg. Ursula Haußmann SPD: Wenn ihr es nicht ordentlich finanziert! – Gegenruf des Abg. Werner Pfisterer CDU: Genau zuhören!)

– Ich komme noch zur Finanzierung.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Oh ja!)

Übrigens haben Sie mit keinem Wort gesagt, woher Sie die Haushaltsmittel nehmen wollen, die Sie für die Verluste bei den Mitteln, die Sie gar nicht haben wollten, einsetzen wollen.

(Abg. Johannes Stober SPD: Den ganzen Steuersenkungen nicht zustimmen! – Gegenruf des Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Welche? Ihr macht doch gar keine!)

Man kann es in den Ländern sehen, in denen Sie regieren: Sie würden diese Mittel durch Schulden ersetzen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Schulden zu machen hieße jedoch, dass die Studierenden, die heute eventuell die Studiengebühren nicht zahlten, die Sie abschaffen wollen, mit Zins und Zinseszins die Schulden, die

Sie im Gegenzug machen würden, zurückzahlen müssten. Das ist unehrlich gegenüber der jetzigen Generation und gegenüber den späteren Generationen.

(Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Griechenland lässt grüßen! – Zuruf der Abg. Rita Haller-Haid SPD)

Wenn wir uns fragen, in welchen Ländern es Studiengebühren gibt und in welchen nicht, stellen wir fest, dass überwiegend die Geberländer im Länderfinanzausgleich Studiengebühren nehmen und die Nehmerländer glauben, auf Studiengebühren verzichten zu können.

(Beifall der Abg. Beate Fauser FDP/DVP – Abg. Paul Locherer CDU: So ist es!)

Auch das ist eine Verteilungsgerechtigkeit in diesem Staat. Deshalb ist es richtig, dass wir das Thema Länderfinanzausgleich wieder auf die Tagesordnung gesetzt haben.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Prima!)

Denn es kann nicht sein, dass Länder soziale Wohltaten verteilen, die sie selbst gar nicht erwirtschaften – und zwar auf Kosten der Länder, die diese erwirtschaften.

Wenn wir uns die Hochschulfinanzierung in den Ländern mit Studiengebühren ansehen, etwa in unserem Land – also die Hochschulfinanzierung durch das Land, durch den Landeszuschuss –, dann ist festzustellen, dass diese Hochschulfinanzierung weit besser ist als die Hochschulfinanzierung in den meisten Ländern, die auf Studiengebühren verzichten. Denn uns geht es nicht nur darum, Hochschulen mit möglichst vielen Studierenden zu haben, sondern darum, einem Qualitätsanspruch und einem Anspruch auf Verantwortbarkeit von guter Ausbildung, Forschung und Lehre gerecht zu werden.

Dass die Studiengebühren zusätzlich sind, bestätigt sich durch den Solidarpakt. Es gibt übrigens kein anderes Land in der Bundesrepublik mit einer vergleichbaren Finanzgarantie für die Hochschulen. Wie wertvoll diese Finanzgarantie ist, zeigt sich gerade in dieser Finanz- und Wirtschaftskrise. Es gibt bei uns keinen anderen Haushalt, der so vor Kürzungen geschützt ist wie der Hochschulhaushalt. Das ist eine ungeheure Privilegierung, die man durchaus einmal in Rechnung stellen sollte.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Wenn Sie nun sagen, Herr Stober, die Einführung der Geschwisterregelung sei ein Bruch des Solidarpakts,

(Abg. Johannes Stober SPD: Das sage nicht nur ich so, sondern das sagen auch die Hochschulen!)

muss ich dazu sagen: Sie sind Gott sei Dank kein Jurist.

(Abg. Rainer Stickelberger SPD: Na, na, na! – Heiterkeit – Abg. Ursula Haußmann SPD: Oje!)

Wenn Sie ein Jurist wären, dann würde ich jetzt Ihre Fähigkeiten als Jurist anzweifeln.

(Abg. Rainer Stickelberger SPD: Ah!)

– Sind Sie jetzt einverstanden? Danke.

(Minister Dr. Peter Frankenberg)

(Abg. Walter Heiler SPD: Da haben Sie aber gerade noch die Kurve gekriegt!)

– Nein, die Kurve war vorher angelegt.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ein Genuss! – Abg. Peter Hofelich SPD: Der Mann redet mit sich selbst!)

Der Solidarpakt garantiert die Höhe des Landeszuschusses.

(Abg. Johannes Stober SPD: Inklusive der Studiengebühren!)

Er garantiert, dass die Studiengebühren den Hochschulen zufließen. Es ist schon völlig unlogisch, dabei von einer gewissen Größe auszugehen, weil auch niemand die Zahl der Zahler festgelegt hat.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja!)

Denn diese ändert sich nicht nur durch die Geschwisterregelung, sondern schlicht auch je nachdem, wie viele sich für das Erstsemester einschreiben und wie viele Studierende die Hochschule verlassen. Hier zu glauben, man hätte sozusagen einen Anspruch auf eine bestimmte Zahl von Studiengebührenzählern, ist eigentlich völlig absurd.

(Zuruf des Abg. Johannes Stober SPD)

Wenn hier etwas gebrochen worden ist, dann ist es nicht ein Versprechen von unserer Seite, sondern Ihr juristischer Sachverstand.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja!)

Der Vorwurf, man hätte ein Versprechen gebrochen, ist ja kein gelinder. Man sollte ihn sorgfältig überlegen, bevor man ihn macht.

Warum die familienfreundlichen Regelungen? Man kann natürlich sagen, wie Herr Bachmann das hier ausgeführt hat: Eigentlich ermöglicht der Kredit jedem, unabhängig vom Einkommen der Eltern seine Studiengebühren zu finanzieren. Das Wichtigste ist, dass dieses Kreditsystem sozial verträglich ist.

Wichtig ist auch, Frau Bauer – wenn Sie an BAföG denken –: Es gibt im Gesetz eine Gesamtkreditobergrenze von 15 000 €. Diese Obergrenze bedeutet praktisch, dass jemand, der in durchschnittlicher Höhe BAföG bezieht, den Kredit erhält, ihn aber zinslos erhalten würde. Damit ist eigentlich die Sozialverträglichkeit gegeben. Denn die Logik der Studiengebührenkredite heißt ja: Die Frage ist nicht, was meine Eltern verdienen, sondern die Frage betrifft die Höhe dessen, was ich später selbst verdiene. Insofern ist Ihre Chefarztfrage andersherum zu stellen: Warum sollte der BAföG-Empfänger, der später Chefarzt wird, dann seinen Studiengebührenkredit nicht zurückzahlen? Das ist die Frage, um die es eigentlich geht.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Jawohl!)

Insofern brauchen wir hier auch keine Erweiterung der sozialen Tatbestände. Es gibt in keinem anderen Studiengebüh-

renge setzt so viele wie in dem unseres Landes. Die Dreikinderregelung, der Sie übrigens zugestimmt haben

(Zuruf der Abg. Theresia Bauer GRÜNE)

– Frau Bauer, alle Argumente, die Sie heute eingebracht haben, hätten Sie damals bei der Beratung des betreffenden Gesetzentwurfs argumentativ einbringen können –,

(Abg. Theresia Bauer GRÜNE: Habe ich alle eingebracht! Alle miteinander!)

ist im Kern eigentlich eine familienfreundliche politische Maßnahme der Koalition.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: So ist es!)

Wir wollen Familien mit Kindern im Grunde dafür belohnen, dass sie die Mühe auf sich nehmen – das ist eine positive Mühe –, viele Kinder großzuziehen.

(Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Wie der Justizminister!)

– Wie der Justizminister. – Denn diese Kinder sind unsere Zukunft. Sie zahlen zukünftig unsere Steuern, Renten und Pensionen.

(Zuruf der Abg. Theresia Bauer GRÜNE)

Dafür etwas für die Familien zu tun, das ist der richtige Ansatz.

Wenn nun jemand mit allen möglichen, nicht vollständig zitierten HIS-Studien behauptet, Studiengebühren würden vom Studium abschrecken, so muss man sagen: Dafür gibt es nicht den geringsten Beleg. Unser Land ist inzwischen Importland geworden; das heißt, es kommen mehr Studierende nach Baden-Württemberg, als von Baden-Württemberg weggehen.

(Zuruf von der CDU: Trotz Studiengebühren!)

Es kommen auch viele Studierende aus Rheinland-Pfalz, jedenfalls weit mehr, als nach Rheinland-Pfalz gehen. Bekanntlich ist Rheinland-Pfalz ein Land, das keine Studiengebühren erhebt. Man zieht aber die Hochschulen Mannheim und Heidelberg den rheinland-pfälzischen Hochschulen – ich will jetzt keine Namen nennen – vor.

(Abg. Werner Pfisterer CDU: Weil sie besser sind!)

Rheinland-Pfalz erbringt für seine Hochschulen pro Student und pro Jahr einen Zuschuss, der um ungefähr 2 000 € geringer ist als der, den wir für unsere Hochschulen leisten. Da darf man sich nicht wundern, warum man hierherkommt, um zu studieren.

(Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Weil es einfach gut ist! Weil die Regierung gut ist!)

– So ist es. Wo Sie recht haben, haben Sie recht, Herr Wetzel.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Oje!)

Übrigens ist es auch nach der letzten Sozialerhebung so, dass die Zahl der Studierenden aus bildungsfernen Schichten – dort gibt es noch die Kategorie „Arbeiterfamilien“ – steigt, und

(Minister Dr. Peter Frankenberg)

zwar zum ersten Mal wieder steigt, auch in den Ländern mit Studiengebühren. Dabei muss man statistisch dagegenrechnen, dass der Anteil der Arbeiterfamilien an der Gesamtbevölkerung zurückgeht. Auch das berücksichtigt man nicht, wenn man argumentiert, die Zahl der Studierenden würde zurückgehen.

(Zuruf des Abg. Johannes Stober SPD)

Insofern muss man, wenn man schon statistisch argumentiert, auch die volle Argumentation einbeziehen.

Meine Damen und Herren, Studiengebühren sind nach wie vor richtig. Es ist vernünftig, dass Studierende für ihre spätere Karriere auch einen gewissen Eigenanteil an den Kosten tragen. Es ist auch all denjenigen, die etwa eine Meisterausbildung machen, kaum nahezubringen, warum die einen völlig privilegiert sind, während die anderen ihre Ausbildung selbst bezahlen müssen – bis hin zu Therapeuten, Krankenschwestern und Hebammen.

(Abg. Elke Brunnemer CDU: Und Rettungsassistentinnen!)

– Und Rettungsanesthetikerinnen.

Insofern sind Studiengebühren, um mit Karl Marx zu enden, wirklich gerecht; denn sie bedeuten, dass die Arbeiterklasse nicht durch das Bildungsbürgertum ausgebeutet wird.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Stober.

Abg. Johannes Stober SPD: Lieber Herr Frankenberg, wir können uns die HIS-Studie gern noch einmal gemeinsam anschauen. Hierin ist eindeutig zu lesen, dass die Studiengebühren für 4 bis 5 % der Hochschulzugangsberechtigten der entscheidende Punkt dafür sind, dass sie ein Studium nicht aufnehmen.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Ja!)

Ich finde 4 % viel. Es ist viel, wenn 4 % – vier von hundert – letztendlich aus diesem Grund kein Studium aufnehmen.

(Zuruf des Abg. Hagen Kluck FDP/DVP)

Eines möchte ich noch einmal ganz klar sagen: Es ist, glaube ich, klar und eindeutig und eine erfreuliche Tatsache, dass der Anteil der Nichtakademikerkinder, die auf die Hochschule gehen, nach der neuen Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks von 23 auf 24 % gestiegen ist.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: So ist es!)

Das hat mit Sicherheit nichts mit den Studiengebühren zu tun

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Doch, doch! – Zuruf des Abg. Dietmar Bachmann FDP/DVP)

– die Auswirkungen haben wir hier gelesen –, sondern mit den erhöhten BAföG-Sätzen, die wir sowohl unter Rot-Grün als auch in der Großen Koalition zum Glück erhöht hatten.

Zum Schluss noch eine Anmerkung zum Thema Solidarpakt. Herr Frankenberg, Sie haben mit einer Aussage recht: Ich bin kein Jurist. Aber ich kann lesen. Im Solidarpakt II wird eindeutig auf die Studiengebührenregelung vom 19. Dezember 2005 verwiesen und nicht auf eine spätere. Weiter unten steht der Satz: „Die staatliche Finanzierung wird aus diesem Anlass nicht abgesenkt.“ Für mich ist diese Aussage letztes Endes eindeutig. Ich bin kein Jurist, aber ich muss auch sagen: Sie haben mit manchen juristischen Auseinandersetzungen auch kein Glück gehabt. Aber der Wortlaut und der Sinn sind wohl klar. Vor diesem Hintergrund sollte man sich, denke ich, daran halten.

Danke schön.

(Beifall bei der SPD)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir kommen zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung der Anträge.

Der Antrag Drucksache 14/4115 besteht aus zwei Abschnitten. Abschnitt I ist durch die Aussprache erledigt, Abschnitt II durch den Zeitablauf.

Der Antrag Drucksache 14/4469 besteht ebenfalls aus zwei Abschnitten. Abschnitt I ist ein Berichtsantrag und damit als erledigt zu betrachten.

Über Abschnitt II ist abzustimmen. Wer diesem Abschnitt zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Das Zweite war die Mehrheit. Damit ist Abschnitt II dieses Antrags abgelehnt.

Tagesordnungspunkt 7 ist damit erledigt.

Ich rufe **Punkt 8** der Tagesordnung auf:

Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Wirtschaftsministeriums – Förderung der Weiterbildung während Kurzarbeit aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds – Drucksache 14/4117

Das Präsidium hat für die Begründung eine Redezeit von fünf Minuten und für die Aussprache eine Grundredezeit von fünf Minuten je Fraktion festgelegt, wobei gestaffelte Redezeiten gelten.

Das Wort erteile ich Herrn Abg. Hausmann für die Fraktion der SPD.

Abg. Rudolf Hausmann SPD: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir diskutieren heute über einen Antrag, der vor einem Jahr entstanden ist, nachdem der Wirtschaftsminister im Februar 2009 angekündigt hatte, ein eigenes Baden-Württemberg-Programm aus ESF-Mitteln zur Förderung der Weiterbildung während der Wirtschafts- und Finanzkrise bzw. der Kurzarbeit aufzulegen.

Der Antrag stellt sich durch Zeitablauf heute anders dar, weil die Bundesagentur für Arbeit ein solches Programm aufgelegt und das Wirtschaftsministerium das Vorhaben zurückgezogen hat. Deshalb könnte man fast meinen, der Antrag sei erledigt. Leider ist er es nicht, weil wir noch mitten in der Wirtschafts- und Finanzkrise stecken und das Thema Weiterbildung für uns weiterhin ein Thema bleiben wird.

(Rudolf Hausmann)

Wir hatten im letzten Jahr, in einer Zeit der Kurzarbeit, einen Höchststand von 1,5 Millionen Betroffenen.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Meine Damen und Herren, ich darf Sie bitten, die Unterhaltungen außerhalb des Plenarsaals zu führen. Es ist sehr unruhig hier im Raum.

Abg. Rudolf Hausmann SPD: Als Höchststand hatten wir 1,5 Millionen Menschen, die in Kurzarbeit waren. Nach den Schätzungen wurden dadurch 500 000 Arbeitsplätze gerettet. Ich glaube, das ist in allen Parteien unbestritten.

Spannend ist, zu erfahren, wer das Kurzarbeitergeld in Anspruch genommen hat: Im Bereich der Metallindustrie wurde für 25 % der Beschäftigten, im Maschinenbau für 22 %, im Textilbereich für 18 % und in der Automobilindustrie für 17,5 % der Beschäftigten Kurzarbeitergeld in Anspruch genommen. Damit sind wir in Baden-Württemberg angekommen; denn dies sind genau die Industriebranchen, in denen Baden-Württemberg insgesamt sehr stark ist. Weil wir so stark davon betroffen sind, bleibt die Frage, wie wir mit Weiterbildung umgehen, für uns weiterhin ein Thema.

Dieses Thema ist auch deswegen so wichtig, weil wir in Baden-Württemberg, was den Strukturwandel angeht, in der Zukunft noch einiges vor uns haben, was andere Bundesländer bereits hinter sich haben. Wir haben nämlich beim Vergleich zwischen Produktion und Dienstleistung im Vergleich zu anderen Bundesländern den höchsten Anteil von Beschäftigten in der Produktion. Das heißt, da wird insgesamt ein Strukturwandel auf uns zukommen. Es geht nicht nur um Weiterbildung in der Kurzarbeit, sondern auch über die Zeit der Kurzarbeit hinaus.

Olaf Scholz hat in der Großen Koalition die Regeln für die Kurzarbeit modifiziert und das konjunkturelle Kurzarbeitergeld eingeführt. Zum konjunkturellen Kurzarbeitergeld hat er gesagt: Wir verändern das SGB III und erleichtern etliche Positionen. Zum einen ist der Förderzeitraum verlängert worden, zum anderen gab es die 100-prozentige Übernahme der Sozialversicherungsbeiträge ab dem siebten Monat oder sogar gleich von Anfang an, sofern Weiterbildung damit verbunden war.

Das ganze Programm – Gott sei Dank von der CDU in der Großen Koalition unterstützt – ist europa- und weltweit sehr anerkannt, weil sich die Arbeitsmarktzahlen in Deutschland insgesamt als so stabil erwiesen, dass wir im Vergleich zu allen anderen Ländern ein Vorzeigemodell hatten. Ich denke, deswegen müssen wir entsprechend weiter damit umgehen.

Gleichzeitig kam hinzu, dass die Unternehmen in Deutschland – so sehen wir das – ebenfalls umgedacht haben. Vor 15 Jahren hätte es mit Sicherheit Massenentlassungen gegeben. Heute haben ganz viele Unternehmen gesagt: Wir wollen die Kernbelegschaften halten, wenn es irgendwie möglich ist. Ich glaube, auch diese Veränderung der Haltung in Bezug auf die Beschäftigten, die man auch in Zukunft braucht, hat dazu beigetragen, dass die Lage insgesamt relativ stabil war.

Die Weiterbildung war eine Chance in der Krise. Sie wurde nicht genügend genutzt – um auch das einmal zu bewerten. Knapp 180 000 Menschen haben irgendeine Weiterbildungs-

maßnahme durchlaufen. Bemerkenswert ist, dass davon nur 15 % Frauen waren; 85 % davon waren Männer. Da gibt es wirklich noch Lücken, die man gezielt betrachten muss. Ich denke, insgesamt war und ist der Einsatz richtig, aber es ist noch nicht so gut umgesetzt, wie man es sich vorstellen könnte.

Baden-Württemberg ist besonders betroffen. Wenn man sich die Arbeitslosenzahlen ansieht, die die Bundesagentur für April 2010 ausgegeben hat, und diese mit den Zahlen des Vorjahresmonats – April 2009 – vergleicht, dann stellt man fest, dass Baden-Württemberg an letzter Stelle aller Bundesländer steht, und zwar nicht gemessen an der absoluten Arbeitslosenquote – da steht es mit 5,2 % und Platz 2 noch relativ gut da –, sondern gemessen an der Entwicklung. Dabei steht es nämlich an allerletzter Stelle. Alle Bundesländer außer Baden-Württemberg haben die Arbeitslosigkeit im Vergleich zum Vorjahresmonat reduziert. Das muss einem zu denken geben.

Ich will es gar nicht so stark werten. Ich will einfach sagen: Wir sind mittendrin. Wichtige Branchen bei uns sind besonders betroffen. Aber wir haben besondere Aufgaben, damit umzugehen. Sowohl Arbeitgebervertreter – ob das Gesamtmetall oder der Bundesverband der Arbeitgeber ist – als auch Arbeitnehmervertreter – ob das die IG Metall oder der DGB ist – sagen: Für viele Unternehmen wird die Krise erst in diesem Jahr oder im Jahr 2011 ankommen. Das bedeutet für unseren Umgang mit Kurzarbeit, dass wir politisch entsprechend flankieren müssen.

Da läuft auf Bundesebene eine Diskussion. Die CDU will kürzen bzw. will es jedenfalls nicht ausreichend verlängern. Die SPD hingegen fordert, 36 Monate lang müsse die Sache funktionieren, sodass die Unternehmen, die in diesem Jahr betroffen sein werden, zumindest in die gleiche Situation kommen wie die Unternehmen, die im letzten Jahr betroffen waren, und nicht schlechtergestellt werden.

Wir brauchen weiterhin die Sozialversicherungsbeitragsbefreiung – das ist nicht synchronisiert, auch nicht bei den aktuellen CDU-Vorschlägen –, und es ist auch zukünftig erforderlich, dass die Weiterbildung entsprechend gefördert wird.

Die Argumente – dies kommt vor allem von der FDP –, da gäbe es Mitnahmeeffekte und eine Verlängerung der Kurzarbeit würde den Strukturwandel, also sozusagen die Innovation, behindern, sind völlig daneben. Denn die Remanenzkosten, also die Kosten, die beim Arbeitgeber bleiben, selbst dann, wenn er Kurzarbeit mit Unterstützung macht, sind so hoch, dass kein Arbeitgeber freiwillig Kurzarbeit macht, wenn es nicht insgesamt notwendig ist.

Ich denke also, man muss einiges tun. Erstens brauchen wir die Verlängerung der Kurzarbeitsregelung, und zweitens brauchen wir eine Vereinfachung, wenn es darum geht, an Weiterbildung zu kommen.

Auf eine Anfrage auf Bundesebene hin ist von fast allen, die dort gesprochen haben, ganz deutlich zum Ausdruck gekommen: Es ist zu kompliziert, es ist mit zu viel administrativem Aufwand verbunden. Also muss man versuchen, diesen Aufwand abzubauen.

Unser Vorschlag lautet: Wir wollen eine Regelung, mit der wir denjenigen Arbeitgebern den administrativen Aufwand kom-

(Rudolf Hausmann)

plett abnehmen, die sich insgesamt anständig mit Finanzmitteln an Weiterbildungsmaßnahmen beteiligen. Wir wollen eine bessere Verknüpfung zwischen den Anbietern von Weiterbildung auf der einen Seite und den Unternehmen auf der anderen Seite. Wir wollen einen Rechtsanspruch auf individuelle Weiterbildung für von Kurzarbeit Betroffene. Insgesamt wollen wir Überlegungen dazu anstellen, wie wir in Baden-Württemberg landesspezifisch mit der Situation umgehen können, die uns in der Entwicklung von einer guten Ausgangsposition aus gegenüber anderen Bundesländern ins Hintertreffen geraten lässt. Da, denke ich, lohnt es sich, etwas Gehirnschmalz einzusetzen.

Wir wollen über den Antrag, den wir Ihnen vorgelegt haben, heute nicht abstimmen lassen, werden aber beantragen, diesen Antrag an den Ausschuss zu überweisen, damit wir uns dort weiter mit diesem Thema beschäftigen können.

Danke schön.

(Beifall bei der SPD)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Frau Abg. Schütz für die Fraktion der CDU.

(Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Das wird ein guter Beitrag!)

Abg. Katrin Schütz CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir alle wissen, dass die Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise derzeit noch keineswegs überwunden sind. Wir haben aber bis zum heutigen Tag viele der damit verbundenen Herausforderungen hervorragend gemeistert. Gerade in Baden-Württemberg sind wir auch weiterhin darauf eingestellt, den Fragestellungen ins Auge zu blicken und lösungsorientiert zu handeln.

(Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Sehr gut!)

Eine der bedeutsamen Konsequenzen, die viele Betriebe aus der Krise gezogen haben, ist die Einführung der Kurzarbeit. Unser Land ist hiervon leider besonders stark betroffen. Der erfreuliche Aspekt dieser Maßnahme ist jedoch zweifellos, dass Fachkräfte auch in diesen konjunkturell schwierigen Zeiten in den Betrieben gehalten werden.

Das Wirtschaftsministerium hat darüber hinaus schon sehr früh und rechtzeitig darüber nachgedacht, wie die Arbeitszeitverkürzungen für weiterbildende, qualifizierende Maßnahmen genutzt werden können,

(Beifall der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

damit die Krise wenigstens zum Teil auch als Chance genutzt werden kann und aus der Not eine Tugend gemacht wird.

Die Bundesregierung hat mit der Ausweitung des Konjunkturprogramms II weitreichende Regelungen getroffen, um die Kurzarbeit für die Abfederung der Wirtschaftskrise zu nutzen. Zeitgleich hat sie Förderprogramme aufgelegt, die es Betrieben ermöglichen, die Krise zur beruflichen Weiterbildung ihrer Mitarbeiter zu nutzen. Hierbei übernimmt die Bundesagentur für Arbeit während der Zeit der Kurzarbeit einen Teil der Weiterbildungskosten sowie die gesamten Sozialversicherungsbeiträge, die auf das Kurzarbeitergeld entfallen.

Zeitlich zunächst bis 2010 befristet können für Maßnahmen zur Qualifizierung von Beschäftigten im Rahmen von Kurzarbeit im Wesentlichen zwei Förderprogramme der Arbeitsverwaltung in Anspruch genommen werden. Das sind zum einen berufsqualifizierende Maßnahmen mit Facharbeiterabschluss für gering qualifizierte Beschäftigte oder Teilqualifizierungen. Finanziert werden diese aus eigenen Mitteln der Bundesagentur. 2009 wurden hierfür in Baden-Württemberg 3,7 Millionen € aufgewendet.

Zum anderen gibt es Qualifizierungsmaßnahmen für Fachkräfte, die die Bundesagentur für Arbeit aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds finanziert. Hierunter fallen für die Bezieher von saisonalem Kurzarbeitergeld die berufliche Weiterbildung für die Arbeit in ihren Betrieben selbst sowie für die Bezieher von Transferkurzarbeitergeld die Teilnahme an sinnvollen und arbeitsmarktpolitisch zweckmäßigen Maßnahmen, die ihnen als Arbeitnehmern den Übergang in eine andere Beschäftigung erleichtern und Arbeitslosigkeit vermeiden. Aus diesen Mitteln des Europäischen Sozialfonds flossen 2009 in Baden-Württemberg 5,8 Millionen € in entsprechende Weiterbildungsmaßnahmen.

Laut der aktuellen Statistik haben in Baden-Württemberg die Eintritte in Qualifizierungen gegenüber dem Vorjahr allerdings teilweise zugenommen. Beim konjunkturellen saisonalen Kurzarbeitergeld waren es 1 827 Eintritte im ersten Quartal 2010 gegenüber 144 Eintritten im ersten Quartal 2009. Beim Transferkurzarbeitergeld liegt die Anzahl der Eintritte bei 277 im ersten Quartal 2010 gegenüber 218 im ersten Quartal 2009.

Zunächst waren im Frühjahr 2009 die Reaktionen aus der betrieblichen Praxis auf die Neuregelungen unter dem Konjunkturpaket II sehr verhalten. Allerdings haben die Erfahrungen im letzten Jahr gezeigt, dass es für die erfolgreiche praktische Umsetzung von Qualifizierungsmaßnahmen bei Kurzarbeit mehrerer Faktoren bedarf. Es bedarf einer Weiterbildungsstrategie, die betrieblich verankert ist, gekoppelt mit Vorstellungen vom Qualifizierungsbedarf, den ein Betrieb hat. Es bedarf flexibler Weiterbildungsträger, die in Abstimmung mit den Partnern passgenaue Angebote machen, und es bedarf eigenverantwortlicher, bildungswilliger Mitarbeiter.

(Beifall bei der CDU)

Das ist uns wichtig: Wir wollen die betriebliche Weiterbildung nicht dem Ideenreichtum der Unternehmer und der Weiterbildungsträger allein überlassen. Die Initiative muss auch vom Arbeitnehmer ausgehen. Wir brauchen Beschäftigte, die aktiv an einer Verbesserung ihrer Beschäftigungsvoraussetzungen im Sinne eines lebenslangen Lernens interessiert sind.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Werner Pfisterer CDU: Sehr gut!)

Denn nur so können Zukunftsaufgaben gemeistert werden. Eine Gießkanne mit Weiterbildungsmaßnahmen hilft hier nicht viel weiter.

Neben der Weiterqualifizierung der Beschäftigten brauchen wir in unserer Wirtschaft die Konzentration auf die Entwicklung neuer Produkte, und wir brauchen zugleich auch die Konzentration auf die Dienstleistungen von morgen. Hierfür müssen wir politisch die entsprechenden Impulse setzen, wie dies

(Katrin Schütz)

mit den Empfehlungen des Innovationsrats für ausgewählte Projekte bereits geschehen ist.

Die Qualifizierung während der Kurzarbeit ist eine wichtige Maßnahme zur Überbrückung der derzeitigen arbeitspolitischen Situation. Aber Weiterbildung muss generell viel mehr zur Normalität im beruflichen Alltag werden und im Gedankengut jedes Bürgers verhaftet sein.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Rainer Stichelberger SPD: Und der Bürgerinnen!)

– Der Bürgerinnen natürlich auch.

Die Maßnahmen der Arbeitsagenturen zur Förderung der Qualifizierungsmaßnahmen bei Kurzarbeit in der Krise greifen gut und sind momentan hinreichend. In der Stellungnahme zum Antrag wurde bereits darauf hingewiesen, dass eine Installation parallel laufender und konkurrierender Förderstrukturen nicht zielführend ist. Die CDU-Fraktion schließt sich dieser Einschätzung an.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU – Abg. Werner Pfisterer CDU: Sehr gut!)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Frau Abg. Sitzmann für die Fraktion GRÜNE.

Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren! Wir alle sind uns hier einig, dass die Kurzarbeit in der derzeitigen Krise ein wichtiges und richtiges Instrument war und ist, um Arbeitslosigkeit abzufedern und um Fachkräfte in den Betrieben zu halten. Diese Einigkeit gibt es nicht nur hier im Landtag, sondern auch im Bundestag, und es gibt sie darüber hinaus bei Arbeitgebern, bei Gewerkschaften und in der Wissenschaft.

Mein Vorredner und meine Vorrednerin haben bereits gesagt, dass es ganz entscheidend ist, dass man die Kurzarbeit auch für Qualifizierung und für Weiterbildung nutzen muss. Wir alle wissen, dass eine unablässige Weiterqualifizierung ganz entscheidend für die zukünftige Beschäftigungsfähigkeit ist. Da hätte – Sie haben es beide gesagt – die Krise als Chance genutzt werden müssen. Das ist aber leider nicht in ausreichendem Maß geschehen.

Unseres Erachtens liegen die Probleme hierbei eindeutig auf Bundesebene. Sie bestehen zum einen darin, dass die ehemalige schwarz-rote Bundesregierung die Anreize für Weiterbildung während der Kurzarbeit abgeschafft hat, und zum anderen darin, dass die Förderprogramme der Bundesagentur für Arbeit sehr kompliziert waren und es große Anlaufschwierigkeiten gab, sodass die Chance auf Weiterbildung nicht ausreichend genutzt werden konnte.

Ganz allgemein – der Kollege Hausmann hat es bereits angesprochen –: Das Instrument der Kurzarbeit ist in der aktuellen Krise in einem Ausmaß angenommen worden, wie wir es bisher nicht kannten. Es gab seit Oktober 2008 einen rasanten Anstieg der Zahl derjenigen, die sich in Kurzarbeit befanden. Der Höhepunkt war dann im zweiten Quartal 2009, als 1,5 Millionen Beschäftigte in Kurzarbeit waren. Baden-Württemberg hatte Mitte des Jahres 2009 rund 240 000 Beschäf-

tigte in Kurzarbeit, also so viele Beschäftigte, wie es im gesamten öffentlichen Dienst des Landes gibt. Stuttgart hatte den zweifelhaften Ruf, Hauptstadt der Kurzarbeit zu sein.

(Zuruf des Abg. Albrecht Fischer CDU)

Wir dürfen dabei nicht vergessen, dass dies für die Menschen, die es betrifft, zum einen eine finanzielle Einbuße, zum anderen und vor allem aber auch eine psychische Belastung bedeutet, weil mit der Kurzarbeit die Angst vor dem Verlust des Arbeitsplatzes einhergeht.

Wir haben jetzt für Ende April von der Regionaldirektion der Arbeitsagentur gehört, dass die Zahl der Eintritte in Kurzarbeit seit dem 1. Januar 2010 bei 32 000 Beschäftigten lag. Ein Jahr zuvor waren es noch 320 000. Es gibt also eine leichte Entspannung, aber bei Weitem noch keine Entwarnung.

Passend zur heutigen Debatte hat das DIW vor einer Woche einen umfangreichen Bericht zum Thema Kurzarbeit vorgelegt. Das DIW ist zu dem Ergebnis gekommen, dass die Arbeitslosigkeit ohne Kurzarbeit deutlich höher wäre und dass der Schwerpunkt der Kurzarbeit im verarbeitenden Gewerbe liegt. Vier Fünftel aller kurzarbeitenden Menschen waren in dieser Branche beschäftigt, die sehr exportorientiert ist. Das erklärt auch, warum es in Baden-Württemberg besonders viele Beschäftigte in Kurzarbeit gibt.

Das Problem ist, dass die Kurzarbeit nur unzureichend für Weiterbildungen genutzt worden ist. Es gibt eine Stellungnahme des DGB zur Weiterentwicklung der Kurzarbeit auf Bundesebene. In dieser Stellungnahme kann man lesen, dass es bundesweit 110 000 Förderungen von Weiterbildungen gab. Das heißt, weniger als 10 % der Kurzarbeiter haben an einer Qualifizierungsmaßnahme teilgenommen. Das ist keine positive Bilanz, meine Damen und Herren. Dies hat dazu geführt, dass die Fördermittel nicht ausgeschöpft wurden.

Ursächlich hierfür sind zwei Probleme. Zum einen wurde unter der schwarz-roten Bundesregierung die Bedingung abgeschafft, dass ab dem siebten Monat in Kurzarbeit – dies war die ursprüngliche Regelung – Weiterbildung stattfinden muss, um als Arbeitgeber 100 % der Sozialversicherungsbeiträge ersetzt zu bekommen. Unseres Erachtens war diese Änderung ein gravierender Fehler. In der Anhörung zu den Reformen auf Bundesebene wurde eindeutig nachgewiesen, dass es damit einen Dämpfer in der Nachfrage nach Weiterbildungsangeboten gegeben hat.

Deshalb lautet für uns eine wichtige Forderung: Wenn es jetzt um Gesetzesanpassungen geht, muss dieser Anreiz für Weiterbildung wieder aufgenommen werden, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen)

Wichtig ist, dass die Förderprogramme weniger kompliziert werden. Hierzu gibt es einen Vorschlag des DGB, den es zu prüfen gilt.

(Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Frau Abgeordnete, bitte kommen Sie zum Ende.

Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Ich komme zum Ende.

Insgesamt ist die Kurzarbeit in Anbetracht der Krise ein richtiges Instrument. Es ist aber eben auch ein Instrument, das nicht zu einer Dauereinrichtung werden sollte. Wir müssen uns also überlegen, wie man schrittweise einen solidarischen Ausstieg aus der Kurzarbeit hinbekommen kann.

Für uns ist aber auch klar, dass es, selbst wenn die Landesregierung jetzt nicht für die Weiterbildung während der Kurzarbeit zuständig ist, trotzdem genügend Aufgabenfelder im Rahmen der Weiterbildung gibt. Baden-Württemberg ist das Land mit dem größten Anteil an An- und Ungelernten. Wir haben einen steigenden Anteil von Arbeitslosen gemäß SGB II. Mittlerweile sind dies 54 % aller Arbeitslosen. Hier gibt es also Handlungsbedarf. Wir brauchen eine Qualifizierungsoffensive der Landesregierung, und das schnell.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei den Grünen)

Stellv. Präsidentin Christa Vossschulte: Das Wort erteile ich Frau Abg. Fauser für die Fraktion der FDP/DVP.

Abg. Beate Fauser FDP/DVP: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Zu Beginn möchte ich etwas Positives sagen. Erstens hat die Politik wirklich hervorragend reagiert; das Thema Kurzarbeit wurde frühzeitig und umfassend aufgegriffen. Auf dem Arbeitsmarkt wurde wirklich Schlimmes verhindert; das ist großartig. Das Wirtschaftsministerium hat die Frage der Fort- und Weiterbildung sofort kommuniziert, als diese Mittel bewilligt wurden. Das war sehr gut; denn dadurch haben natürlich auch die Agentur für Arbeit und alle anderen relevanten Institutionen die Thematik frühzeitig begriffen und sie auch umgesetzt.

Meine Damen und Herren, gerade wurde kritisiert, dass zu wenig Fort- und Weiterbildung stattgefunden habe. Man muss natürlich betonen: Es ist nicht so, dass die qualifizierten Fort- und Weiterbildungsanbieter dasitzen, dass sie nichts zu tun haben und warten, bis die Krise kommt. Wichtig ist einfach, dass diese Angebote passgenau sind und dass die Unternehmen diese Angebote für die Fort- und Weiterbildung in ihren Werken und in ihren Firmen gebrauchen können. Wie wir alle wissen, muss diese Krise als Chance genutzt werden, zukünftig innovative und noch modernere, bessere Produkte herzustellen und auf den Markt zu bringen. Es ist ein Glück, dass wir heute flächendeckend wirklich eine Besserung sehen.

Unlängst war ich bei den Agenturen für Arbeit in Calw und in Freudenstadt. Die Arbeitslosenquote ist dort auf 4,6 % gesunken, was sehr erfreulich ist, und die Kurzarbeit ist um zwei Drittel gesunken. Ich kann nur hoffen, dass diese Entwicklung anhält. Alle Auguren sagen deutlich: „Im Grunde genommen sind wir auf dem Weg zum Aufschwung.“ Das ist für uns und für unsere Kurzarbeiter sehr wichtig.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Wir haben aber in dieser Krise wieder ganz deutlich gesehen, dass uns das Handwerk gerettet hat.

(Beifall des Abg. Thomas Blenke CDU – Abg. Thomas Blenke CDU: Jawohl! Sehr gut!)

Das Handwerk und der Mittelstand haben die Arbeitsplätze erhalten. Sie waren sehr aktiv am Arbeitsmarkt tätig. Es gab keine Entlassungen; das war hervorragend. Dass die Regierung und das Wirtschaftsministerium beim Thema Fort- und Weiterbildung selbstverständlich aktiv sind, sieht man an der Enquetekommission, die im Moment läuft und die ganz deutlich macht, wo man ansetzen kann. Man muss die Maßnahmen aber wirklich zielgenau und passgerecht weiterentwickeln.

Ich fand es ausgezeichnet, dass die Agenturen für Arbeit gemeinsam mit dem Wirtschaftsministerium sinnvolle Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen ergriffen haben wie die Fortbildung im kaufmännischen Bereich, Lehrgänge im Bereich Steuerungs- und Automatisierungstechnik sowie bei der Produktionstechnik und in der CNC-Technik. Zudem wurde eine EDV-Basisqualifikation angeboten. Das waren Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen, die man natürlich auch in Zukunft braucht.

Wir müssen aber den Unternehmen und den Arbeitnehmern, die ja diese Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen abrufen sollen und müssen, Freiheit geben. Sie wissen selbst genau, was sie jeweils brauchen. Es ist keineswegs so, dass die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer dumm wären. Auch die Unternehmer sind es nicht. Vielmehr wissen sie, dass sie, wenn sie in Zukunft bestehen wollen, die entsprechenden Mitarbeiter benötigen. Sie brauchen nicht nur große Theorien, sondern Teambildung und ein wirklich qualifiziertes Miteinander in den Betrieben.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Meine Damen und Herren, wir werden für die Zukunft entsprechende Maßnahmen anbieten, und ich hoffe, dass Herr Hausmann, wie immer, auch diesmal nicht recht behält. Ich darf Ihnen sagen: Wir haben in Baden-Württemberg den höchsten Anteil von Arbeitnehmern im Hightechbereich. Wir haben nicht nur die meisten Exzellenzuniversitäten und die besten Forschungsinstitute, sondern wir sind rundum auf allen Ebenen im Einsatz, um unseren modernen Wirtschaftsstandort mit den Bürgerinnen und Bürgern voranzutreiben, und das wird uns mit unserer Regierung hier auch gelingen.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Thomas Blenke CDU: Jawohl! Das muss immer wieder einmal gesagt werden!)

Ich werde in Zukunft weiter für passgenaue Fort- und Weiterbildung eintreten. Herr Hausmann, seien Sie nicht so skeptisch. Der Dienstleistungsbereich allein wird uns nicht retten.

Danke schön.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Stellv. Präsidentin Christa Vossschulte: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Hausmann für die Fraktion der SPD.

Abg. Rudolf Hausmann SPD: Ich darf geschwind am Schlusssatz der Kollegin Fauser anknüpfen,

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Lieber nicht!)

(Rudolf Hausmann)

ich solle nicht so skeptisch sein. Ich will Ihnen einmal sagen, was mich skeptisch macht: Skeptisch macht mich nicht die aktuelle Situation in Baden-Württemberg, einem starken Land mit guten Forschungseinrichtungen und guten Hochschulen.

(Abg. Beate Fauser FDP/DVP: Gute Arbeitnehmer!)

– Aufpassen. – Es gibt aber eine Regierung, die zu wenig tut, um den guten Stand zu halten.

(Beifall bei der SPD – Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Falsch! Völlig falsch! Es gibt keinen Wechsel in der Regierung, außer die FDP/DVP hätte die absolute Mehrheit! – Unruhe)

– Alles Geschrei nützt nichts. – Ich nenne Ihnen Beispiele.

(Zuruf des Abg. Hagen Kluck FDP/DVP)

Arbeitslosenquote: Wir stehen bei der absoluten Arbeitslosenquote – die Quote liegt bei 5,2 % – an der Spitze, auf Platz 2. Das ist für Deutschland insgesamt betrachtet ein richtig guter Wert. Jetzt nehme ich die aktuellsten mir vorliegenden Zahlen von der Agentur für Arbeit. Ich habe vorhin gesagt: Bei der Entwicklung der Arbeitslosenquote sind wir das Schlusslicht. Das heißt: null Bewegung. Alle anderen Bundesländer haben einen stärkeren Rückgang ihrer Arbeitslosenquote.

(Zurufe der Abg. Hagen Kluck FDP/DVP und Albrecht Fischer CDU)

– Passen Sie auf. Ich mache weiter.

SGB-II-Arbeitslosigkeit, also die Arbeitslosen, die schon lange in Arbeitslosigkeit sind: Baden-Württemberg lag im Jahr 2009 im Vergleich aller Bundesländer an letzter Stelle.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Also die wenigsten?)

– Wir haben mehr Langzeitarbeitslose. Alle anderen Bundesländer stehen besser da.

(Zuruf des Abg. Dieter Hillebrand CDU)

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte: Die Entwicklung innerhalb eines Jahres, nämlich 2009 – das alles sind die aktuellsten Zahlen der Agentur für Arbeit, vor wenigen Tagen herausgekommen –, zeigt: Baden-Württemberg ist auf dem letzten Platz. Der Abbau bei der Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten betrug 0,8 %.

Jetzt sage ich Ihnen, warum ich skeptisch bin: Ich bin deswegen skeptisch, weil z. B. ein Staatssekretär Hillebrand nicht einmal die Zahlen anhören kann, die die analytische Grundlage für eine anständige Politik in der Zukunft sein müssen. Wenn ich die Betriebe und Unternehmungen in Baden-Württemberg weiterentwickeln will, brauche ich Innovation. Dann darf ich aber nicht nur reden, sondern muss etwas tun. Ein Tun setzt jedoch voraus, dass ich überhaupt weiß, was im Land abgeht.

(Dem Redner wird das Ende seiner Redezeit angezeigt.)

– Ich komme zum Schluss.

Weil jetzt gleich der Staatssekretär im Wirtschaftsministerium reden wird, frage ich ihn: Was haben Sie denn konkret vor,

um auf der Basis dieser Voraussetzungen, die ich gerade stichwortartig genannt habe, möglichst baden-württemberg-spezifisch die Wirtschaftspolitik zu flankieren und den Betrieben zu helfen, dass sie sich tatsächlich weiterentwickeln, dass sie Weiterbildung anbieten und dass das lebenslange Lernen funktioniert, damit die Voraussetzungen für gute, innovative und hochwertige Produkte in Baden-Württemberg auch in Zukunft noch bestehen?

Danke.

(Beifall bei der SPD)

Stellv. Präsidentin Christa Vossschulte: Das Wort erteile ich Herrn Staatssekretär Drautz für die Landesregierung.

Staatssekretär Richard Drautz: Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete!

(Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Kavalier!)

Die Frühjahrsbelegung auf dem baden-württembergischen Arbeitsmarkt ist für mich ein klares Zeichen von Konjunkturerholung.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Dieter Hillebrand CDU: Sehr gut!)

Die Arbeitslosenquote sank von 5,4 % im März auf nunmehr 5,2 %.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Hört, hört!)

Diese gute Ausgangssituation auf dem Arbeitsmarkt haben wir in erster Linie der Bereitschaft der Unternehmen zu verdanken, die ihre Fachkräfte in konjunkturell schwierigen Zeiten gehalten haben. Dem Instrument der Kurzarbeit kommt dabei, wie Sie alle in Ihren Reden gesagt haben, eine große Bedeutung zu. Der Anstieg der Arbeitslosigkeit wäre sonst bundes- und landesweit sicher viel stärker ausgefallen.

(Abg. Dieter Hillebrand CDU: So ist es!)

Die Auswirkungen der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise auf den Arbeitsmarkt dauern noch an. Ich begrüße es daher, dass das Bundeskabinett eine Verlängerung befristeter Sonderregelungen zum Kurzarbeitergeld bis zum 31. März 2012 beschlossen hat.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Sehr gut!)

Meine Damen und Herren, die Landesregierung hat schon früh immer wieder betont, dass Unternehmen die Zeit der Kurzarbeit für die Qualifizierung ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nutzen wollen. Deshalb hatte das Wirtschaftsministerium bereits im Februar 2009 ein Förderprogramm zur Qualifizierung während der Kurzarbeit entworfen.

In einem abschließenden Abstimmungsgespräch mit der Arbeitsverwaltung im März 2009 zeigte sich aber, dass die Förderung von Qualifizierungsmaßnahmen während der Kurzarbeit durch Angebote der Arbeitsverwaltung hinreichend sichergestellt ist.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: So ist es!)

Deshalb haben wir den Entwurf zurückgezogen. Dies war auch aufgrund der Forderung nach einem verantwortungsvol-

(Staatssekretär Richard Drautz)

len Umgang mit den vorhandenen finanziellen Mitteln geboten.

Meine Damen und Herren, um konkurrenzfähig zu bleiben, benötigt unsere Wirtschaft nicht nur jetzt, sondern auch zukünftig Fachkräfte.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Abg. Dieter Hillebrand CDU: So ist es!)

Allein schon aufgrund der demografischen Entwicklung wird sich unsere Wirtschaft jedoch einem Fachkräftemangel gegenübersehen.

(Abg. Dieter Hillebrand CDU: Genau!)

Hinzu kommt, dass die Qualifizierungsanforderungen in der Arbeitswelt weiter zunehmen werden.

(Abg. Dieter Hillebrand CDU: Auch das ist richtig!)

Eine im Auftrag des Wirtschaftsministeriums erstellte Studie der Prognos AG zum Qualifizierungsbedarf in Baden-Württemberg kam zu dem Ergebnis, dass bereits im Jahr 2015 rund 280 000 Erwerbstätige fehlen werden.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Hört, hört!)

Deshalb brauchen wir eine systematische Personalentwicklung. Damit verbunden brauchen wir eine kontinuierliche Weiterentwicklung der Beschäftigten. Das Wirtschaftsministerium hat deshalb im Juli 2009 das Programm „Qualifizierungsberatung und Personalentwicklung“ aufgelegt.

(Abg. Dieter Hillebrand CDU: Sehr gut!)

Selbstverständlich wurden hierbei die Sozialpartner in der Metallindustrie, die Industrie- und Handelskammern, die Handwerkskammern sowie die Arbeitsverwaltung eingebunden. Das Programm wird aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds, Ziel 2, sowie aus Landesmitteln finanziert.

Unternehmen mit bis zu 500 Beschäftigten können im Rahmen des Programms bei der L-Bank einen Antrag auf Förderung eines externen Coachings stellen. Das Coaching hat zwei Schwerpunkte:

Der erste liegt in der Qualifizierungs- und Weiterbildungsberatung. Dadurch wird Betrieben eine Hilfestellung geleistet, um passgenaue Qualifizierungsangebote zu erhalten und umzusetzen. Ziel ist vor allem, kurzfristige Hilfe zu leisten, um die Zeit der Kurzarbeit für die berufliche Weiterbildung der betroffenen Beschäftigten sinnvoll zu nutzen.

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Bekommt das jeder?)

Der zweite Schwerpunkt des Coachings liegt in der systematischen Personalentwicklung. Das Programm wird gut angenommen, meine Damen und Herren.

Mit Stand vom 1. Mai 2010 sind bereits 142 Bewilligungen mit einem bewilligten Gesamtbetrag von 1,62 Millionen € zu verzeichnen.

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Kann das jeder bekommen?)

So sichert das Wirtschaftsministerium die stetige Qualifizierung und leistet damit einen wichtigen Beitrag zum Erhalt der Innovationsfähigkeit unserer Wirtschaft.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Dieter Hillebrand CDU: Sehr gut!)

Meine Damen und Herren, unterstützen Sie uns einfach weiterhin auf diesem Weg.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Thomas Blenke CDU: Das machen wir!)

Abschließend möchte ich für Herrn Hausmann noch eines feststellen,

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Abschließend?)

damit Herr Hausmann sich mit den Zahlen ein bisschen besser auskennt:

(Abg. Peter Hofelich SPD: Jetzt wird es lustig! – Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Das sagt der Richtige! – Weitere Zurufe)

Im Jahr 2009 haben in Baden-Württemberg 94 737 Betriebe mit 638 514 Beschäftigten an der Kurzarbeit teilgenommen – wobei im ersten Quartal 2009 die höchsten Zahlen ausgewiesen wurden –, während im ersten Quartal 2010 nur noch 2 660 Betriebe mit 31 765 Arbeitnehmern beteiligt waren.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Hört, hört! Also war das Miesmacherei!)

Die Zahl der in Kurzarbeit befindlichen Beschäftigten ist also von 638 514 auf 31 765 gesunken.

(Zuruf von der CDU: Alles geschwätzt! – Abg. Fritz Buschle SPD: Was will er uns damit sagen?)

Anhand dieser Zahlen können Sie sich ein Bild von der Lage machen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Zurufe von der CDU: Sehr gut! – Bravo!)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Es ist die Überweisung des Antrags Drucksache 14/4117 an den Wirtschaftsausschuss vorgeschlagen. Sie stimmen der Überweisung zu. – Es erhebt sich kein Widerspruch. Es ist so beschlossen.

Damit ist Punkt 8 der Tagesordnung erledigt.

Wir sind am Ende der heutigen Tagesordnung angelangt.

Die nächste Sitzung findet morgen, Donnerstag, 6. Mai, um 9:30 Uhr statt.

Ich danke Ihnen und schließe die Sitzung.

Schluss: 16:36 Uhr

Vorschlag

der Fraktion der CDU

Umbesetzungen in verschiedenen Ausschüssen

Ausschuss	Funktion	scheidet aus	tritt ein
Finanzausschuss	stellvertretendes Mitglied		Schütz
Umweltausschuss	stellvertretendes Mitglied		Behringer
Ausschuss Ländlicher Raum und Landwirtschaft	stellvertretendes Mitglied		Röhm
Ausschuss nach Artikel 62 der Verfassung	stellvertretendes Mitglied		Hitzler

05. 05. 2010

Peter Hauk und Fraktion